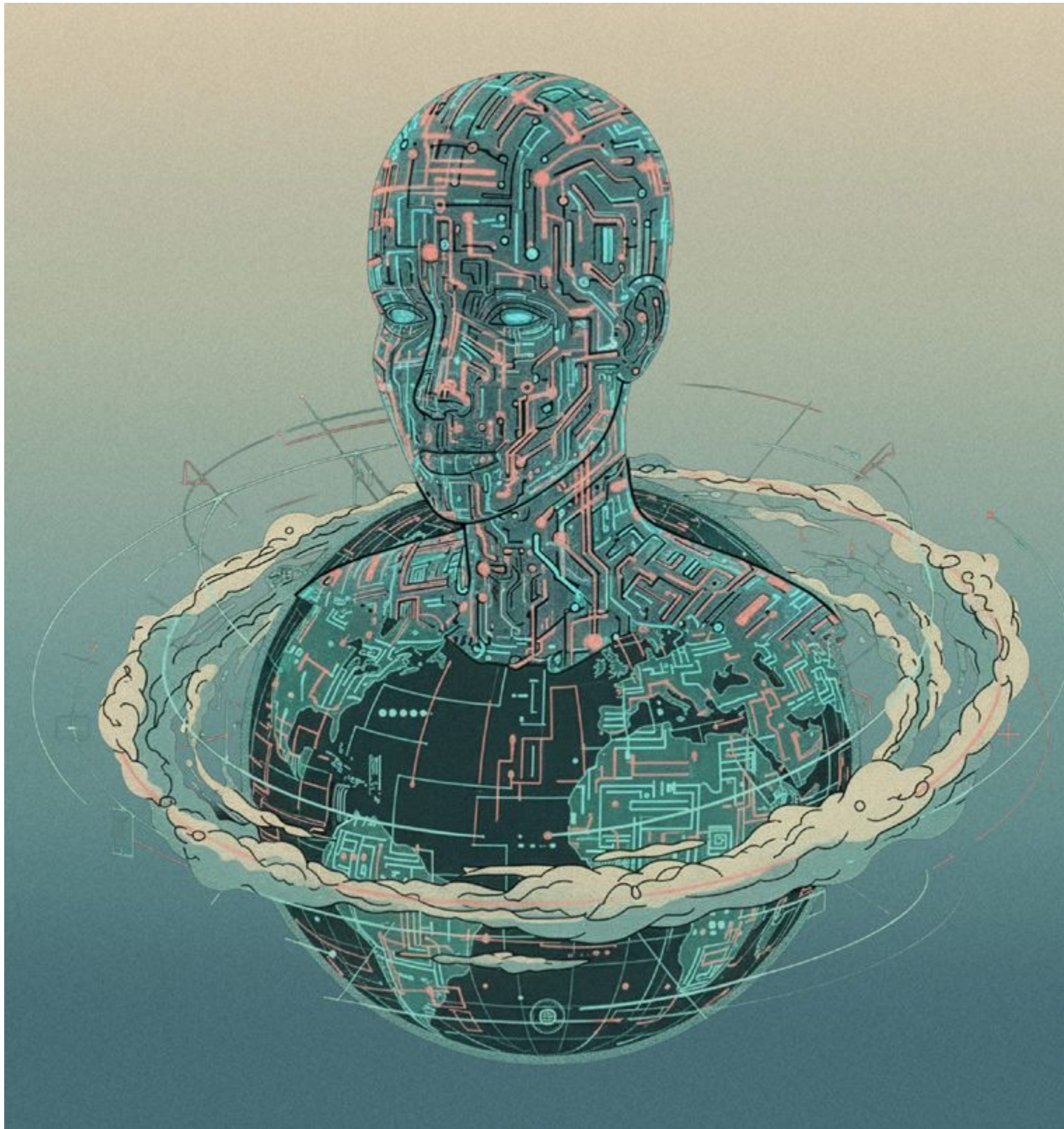


KI ist da. Sind wir bereit?

— **Schwerpunkt:** Wie Künstliche Intelligenz unsere Welt prägt — **Meinung:** USA und Israel agieren im Irankrieg völkerrechtswidrig — **Meinung:** Ohne starke Institutionen wird es im Norden Äthiopiens keinen dauerhaften Frieden geben — **Aus aller Welt:** Sexarbeiterinnen in Indien bewegen sich zwischen Selbstbestimmung und Ausbeutung



Meinung — 5

- 5 Der völkerrechtswidrige Irankrieg zeigt, dass der UN-Sicherheitsrat dringend reformiert gehört**

Kai Ambos

- 8 Im Norden Äthiopiens ist vier Jahre nach Kriegsende noch kein tragfähiger Friede erkennbar**

Hafta Gebreselassie Gebrihet

Aus aller Welt — 12

- 12 Den Teufelskreis aus fehlenden Perspektiven und Armut in Nigeria mit Arbeitsmarktreformen durchbrechen**

Audu Meera

- 15 Zwischen Selbstbestimmung und Ausbeutung – das Leben von Sexarbeiterinnen in Indiens Rotlichtvierteln**

Khushboo Srivastava

- 20 Unterwegs mit einem Minenräumkommando in Syrien**

Kim Berg

- 25 In Algerien machen Frauenrechte formal Fortschritte, stoßen aber in der Praxis immer wieder an die Grenzen einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft**

Khadidja Kelalech

- 29 Heutzutage: Junge Somalierinnen sichern den Lebensunterhalt ihrer Familien mit Start-ups, obwohl sie kaum Zugang zu Märkten und Finanzmitteln haben**

Bahja Ahmed



Foto: picture alliance / Anadolu / Stringer



Foto: Kim Berg

In ehemaligen Kriegsgebieten wie in Syrien geht von Minen und Blindgängern große Gefahr aus, S. 20.

31 — Schwerpunkt — KI ist da. Sind wir bereit?

32 Die Frage ist nicht, ob KI unser Leben verändert, sondern wie

Eva-Maria Verfürth

33 Sieben KI-Projekte, die dem Globalen Süden zugute kommen

Die E+Z-Redaktion

36 Politische Wahlen verändern sich in Zeiten von KI – kann die Demokratie bestehen?

Interview mit Katja Muñoz

39 Weshalb sich der Globale Süden Tech-Pessimismus nicht leisten kann

Interview mit Payal Arora

42 Wie Indonesiens Medienbranche um den richtigen Umgang mit KI ringt

Anastasya Andriarti

46 Afrikanische Regierungen sollten mehr auf exportierbare KI-Anwendungen setzen als auf teure Infrastruktur

Roger B. Jantio

50 KI-Unternehmen haben Lateinamerikas Ressourcen im Visier

Julia Gavarrete

53 Wie sich der Nutzen und Schaden von KI-Projekten im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Gemeinwohl bewerten lässt

Interview mit Theresa Züger

57 Wie würde ein KI-Chatbot Entwicklungspolitik machen?

Interview mit ChatGPT

Bild: E+Z, KI-generiert



KI verändert unseren Alltag bereits tiefgreifend. Entscheidend ist dabei vor allem die Frage, wer die Technologie kontrolliert. Nicht nur in Konflikten beschleunigt KI die Verbreitung täuschend echter Fälschungen und erschwert es, verlässliche Informationen von Manipulation zu unterscheiden. Gleichzeitig eröffnet sie große Chancen: von besseren Gesundheitsleistungen bis hin zu effizienteren Stromnetzen, Krisenhilfe und Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel. Damit dieses Potenzial nicht von profitorientierten Machtinteressen überlagert wird, braucht es Datensicherheit und klare ethische Leitplanken – auch gegen den Druck großer Tech-Konzerne.



VIDEO

Recherche in Tschad

Gemeinsam mit dem International Rescue Committee (IRC) reiste unsere Redakteurin Katharina Otieno im Januar in den Osten des Tschad, wo sich die Lage nach massiven Kürzungen der Hilfsleistungen zunehmend verschlechtert. [Ein kurzes Video](#) mit visuellen Eindrücken von ihrer Reise ist auf unserem LinkedIn-Kanal verfügbar.

Die gute Nachricht

Ein umfassender Ansatz zur Stärkung des Gesundheitswesens hat Indien geholfen, die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren zwischen 2015 und 2023 von 48 auf 28 pro 1000 Lebendgeburten zu senken, wie ein Bericht der [UN Inter-agency Group for Child Mortality Estimation](#) zeigt. Im gleichen Zeitraum ging auch die Neugeborenensterblichkeit von 28 auf 17 pro 1000 Lebendgeburten zurück.

Diese Entwicklung fügt sich in das Gesamtbild einer viel beachteten [Lancet-Studie](#) zu globalen Mortali­­tätstrends ein, die seit 1970 einen kontinuierlichen Rückgang der Kindersterblichkeit unter fünf Jahren zeigt, wobei sich der Fortschritt seit 2010 verlangsamt hat. Zudem stellt die Studie fest, dass die durchschnittliche Lebenserwartung wieder das Niveau vor der Covid 19-Pandemie erreicht hat.



40 Dollar

soll ein 4G-fähiges Smartphone in Zukunft kosten. Das geht zumindest [aus einem Pilotprojekt](#) hervor, das von der Handset Affordability Coalition der weltweiten Industrievereinigung von Mobilanbietern, GSMA, initiiert wurde, deren Ziel es ist, die Kosten für internetfähige Smartphones zu senken. In Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren soll dabei in sechs afrikanischen Pilotmärkten – DR Kongo, Äthiopien, Nigeria, Ruanda, Tansania und Uganda – getestet werden, ob Preisreduktion allein die Nutzung steigert. Ziel ist es, mehr Menschen in Afrika Zugang zu mobilem Internet zu ermöglichen – Millionen dort leben in Gebieten mit Breitbandabdeckung, nutzen das Internet jedoch nicht.

INTERNATIONALES RECHT

Irakrieg: Verstöße gegen Völkerrecht benennen, Reform vorantreiben

Aus völkerrechtlicher Sicht hätten die USA und Israel vor der Anwendung militärischer Gewalt zunächst alle diplomatischen Möglichkeiten, insbesondere im Rahmen des kollektiven Sicherheitssystems der UN, ausschöpfen müssen. Der Krieg macht schmerzlich deutlich, dass eine Reform des multilateralen Friedenssicherungssystems, insbesondere des UN-Sicherheitsrats, überfällig ist. Darauf sollten die EU und Deutschland hinwirken und zugleich ihr normatives Bekenntnis zum Völkerrecht bekräftigen.

VON KAI AMBOS



Durch eine US-amerikanische Rakete zerstörte Grundschule für Mädchen in der Stadt Minab in der iranischen Provinz Hormozgan. Bei dem Angriff Ende Februar kamen zahlreiche Zivilist*innen ums Leben, die meisten davon Kinder.

Das Gewaltverbot der UN-Charta (Artikel 2, Absatz 4) ist kein bloßer Formalismus, sondern eine Grundnorm der völkerrechtlichen Nachkriegsordnung und eine zivilisatorische Errungenschaft ersten Ranges. Der berühmte Völkerrechtler Hans Kelsen hat es als schlechthin konstitutiv für die internationale Ordnung bezeichnet. Ohne ein grundsätzliches Verbot von Gewalt, so Kelsen, könne das Völkerrecht nicht als „Rechtsordnung“ begriffen werden. Wenn jeder Staat nach seinem Gutdünken kriegerische Gewalt gegen einen anderen Staat einsetzen könne, dann gäbe es überhaupt keinen staatlichen Schutzbereich mehr, und der Zustand der internationalen Beziehungen könne nicht als ein „rechtlicher Zustand“ bezeichnet werden.

Das Gewaltverbot ist nicht Ausdruck eines romantisierenden Idealismus oder Pazifismus, sondern – als Folge der Gewalterfahrung zweier Weltkriege – von der historischen Erkenntnis getragen, dass die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte keinen nachhaltigen Erfolg verspricht und wegen der damit verbundenen Kosten nur ultima ratio sein kann. Die Väter der UN-Charta, allen voran US-Präsident Franklin D. Roosevelt, haben sich von der realpolitischen Überzeugung leiten lassen, dass das Gewaltverbot und das zu seiner Absicherung mit der Charta eingeführte multilaterale und institutionalisierte Friedenssicherungssystem notwendig seien, um zukünftige Kriege zu verhindern.

Wir wissen heute, dass militärische Gewaltanwendung als problemlösende prima ratio dysfunktional ist und dass diplomatisch-multilaterale Konfliktlösungen nachhaltiger wirken als die allenfalls kurzfristigen Erfolg versprechende militärische Gewaltanwendung. Deshalb ist nach der UN-Charta militärische Gewalt nur ausnahmsweise zulässig, nämlich zur Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff und aufgrund einer Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat.

Das „naturgegebene“ Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung (Artikel 51 der UN-Charta) erlaubt dabei – trotz des strengeren Wortlauts der Charta („im Falle eines bewaffneten Angriffs“) – auch eine präventive Selbstverteidigung, sofern ein Angriff unmittelbar bevorsteht und nicht anders abgewendet werden kann. Doch auch insoweit soll sich der verteidigende Staat nicht außerhalb des multilateralen Charta-Systems bewegen. Laut Charta-Artikel 51 soll er dem UN-Sicherheitsrat Maßnahmen zur Ausübung des Selbstverteidigungsrechts „anzeigen“ und dabei auch eine Begründung liefern, insbesondere im Fall einer präventiven Selbstverteidigung mit Blick auf die unmittelbare, nicht anders abwendbare Gefahr. Der Sicherheitsrat selbst soll dann die „erforderlichen Maßnahmen“ „zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens

und der internationalen Sicherheit“ treffen. Auch bei der Selbstverteidigung kommt also die Überzeugung zum Ausdruck, dass Friedenswahrung und -sicherung am besten multilateral erfolgen.

VIELE ZIVILIST*INNEN IM IRANKRIEG GETÖTET ODER AUF DER FLUCHT

Der derzeitige Irankrieg führt uns tagtäglich und zunehmend die Richtigkeit dieses gewaltkritischen Ansatzes vor Augen: Weit über 1000 Zivilist*innen sind in verschiedenen Ländern schon ums Leben gekommen, allein mindestens 168 – die meisten davon Kinder – in einer Grundschule in Iran, die von einem US-Marschflugkörper getroffen wurde. Die Zerstörung erstreckt sich auf immer mehr zivile Objekte, darunter auch Kulturgüter. Millionen von Menschen aus Iran, Libanon und den Golfstaaten sind auf der Flucht. Die weltwirtschaftlichen Verwerfungen sind in Form massiv gestiegener Energiepreise auch hierzulande spürbar. Die höheren Preise für Öl und Gas – und auch US-Sanktionslockerungen – helfen Russland bei der Finanzierung seines Angriffskriegs gegen die Ukraine.

„Es gilt, die Stärken und Schwächen des Völkerrechts nüchtern zu analysieren, um dann die notwendigen Reformen, vor allem des UN-Sicherheitsrats, anzugehen.“

Und nicht einmal die diffusen Kriegsziele sind nach derzeitigem Stand erreichbar: Das in tief liegenden Bunkern befindliche iranische Uran kann militärisch nur durch eine Spezialoperation mit Bodentruppen gesichert werden; ebenso wenig wie der Zwölfstagekrieg wird damit auch dieser Luftkrieg die iranischen Nuklearfähigkeiten entscheidend schwächen. Auch eine Absetzung des iranischen Regimes und damit eine Verbesserung der Lage der iranischen Bevölkerung ist ohne den Einsatz von Bodentruppen und/oder eine bewaffnete Opposition nicht erreichbar. Im Gegenteil: Es besteht das Risiko, dass sich sowohl die innerstaatliche Repression als auch die iranische Nuklearambition nach Ende des Krieges noch verstärken werden.

Zugleich muss nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass das moderne Völkerrecht nicht blind gegenüber der brutalen Repression eines mörderischen Regimes ist. Vielmehr beinhaltet schon die UN-Charta den universellen

Menschenrechtsschutz als Ziel der UN und erlaubt einem menschenrechtsverletzenden Regime keineswegs, die eigene Bevölkerung im Namen staatlicher Souveränität zu massakrieren. Die Bedeutung der Menschenrechte wird in zahlreichen Post-Charta-Entwicklungen bestätigt, schon drei Jahre nach Gründung der UN durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) und dann vor allem durch das von der UN-Generalversammlung 2005 angenommene Prinzip der Schutzverantwortung („responsibility to protect“). Es löst den Konflikt zwischen staatlicher Souveränität und dem Schutz der Menschenrechte wie folgt auf: Bei schweren völkerrechtlichen Verbrechen eines Staates gegen seine eigene Bevölkerung darf die „internationale Gemeinschaft“ zu deren Schutz eingreifen. Das muss allerdings grundsätzlich im Rahmen des multilateralen UN-Systems geschehen, also insbesondere durch Anrufung des UN-Sicherheitsrats, der dann auch die Anwendung militärischer Gewalt anordnen darf.

Für den aktuellen Irankrieg folgt daraus: Vor einer militärischen Gewaltanwendung hätten die USA und Israel zunächst alle Möglichkeiten der Diplomatie und nicht-militärischer Sanktionen ausreizen müssen. Sie hätten den UN-Sicherheitsrat oder danach subsidiär die UN-Generalversammlung anrufen müssen. Dort hätten sie eine Resolution mit der Androhung konkreter, auch militärischer Maßnahmen gegen das iranische Regime einbringen können. Auch wenn im System der Charta allein der Sicherheitsrat militärische Gewalt anordnen darf, hat eine Resolution der Generalversammlung jedenfalls legitimatorische Wirkung. Zumindest hätten die USA und Israel versuchen können, zuvor andere Staaten im Sinne einer „Koalition der Willigen“ einzubinden. Parallel hätte sich der nicht-militärische Druck auf Iran erhöhen und die iranische Protestbewegung gezielter und stärker unterstützen lassen. Alles in allem macht der Verlauf des Kriegs tagtäglich klarer, dass die genannten Kriegsziele eher auf dem Verhandlungsweg – und dabei ohne die multiplen negativen Folgen – hätten erreicht werden können.

REFORM DES UN-SICHERHEITSRATS IST ÜBERFÄLLIG

Der Irankrieg ist das jüngste Beispiel, wie Länder auch im 21. Jahrhundert am UN-Sicherheitsrat vorbei auf militärische Gewalt setzen, um ihre Interessen durchzusetzen. Diese Tatsache sollte aber nicht dazu führen, dass wir in den Abgesang auf das Völkerrecht – genauer: das völkerrechtliche Friedenssicherungsrecht – einstimmen. Vielmehr gilt es, dessen Stärken und Schwächen nüchtern zu analysieren, um dann die notwendigen Reformen, vor allem des UN-Sicherheitsrats, anzugehen.

Europa kann hier eine Vorreiterrolle spielen, indem Frankreich und das Vereinigte Königreich auf ihre ständigen

Sitze im UN-Sicherheitsrat zugunsten eines europäischen Sitzes verzichten. Dies könnte, in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen und reformfreundlichen Staaten – nicht nur des Globalen Südens – den Druck auf die drei weiteren ständigen Mitglieder (China, Russland, USA) zur Ermöglichung einer Reform erhöhen. Deren ständige Mitgliedschaft steht dabei wohl nicht zur Disposition, jedoch eine Erhöhung der ständigen Mitglieder mit dem Ziel echter globaler Repräsentation und vor allem einer Überwindung des starren Vetosystems.

Denn dieses ist der Hauptgrund für die Dysfunktionalität des Sicherheitsrats auf dem Gebiet der Friedenssicherung: Könnte nicht, wie unter dem derzeitigen System, ein einziges ständiges Sicherheitsratsmitglied die Verhängung militärischer Zwangsmaßnahmen durch den Sicherheitsrat verhindern, wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, dass eine Mehrheit der 15 Sicherheitsratsmitglieder solche militärischen Zwangsmaßnahmen gegen den Iran – als ultima ratio – angeordnet hätten.



KAI AMBOS

ist ord. Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht, Rechtsvergleichung, internationales Strafrecht und Völkerrecht an der Georg-August-Universität Göttingen sowie Richter an den Kosovo Specialist Chambers in Den Haag.

kambos@gwdg.de

KONFLIKT

Dass derzeit niemand schießt, heißt noch nicht, dass Frieden herrscht

Als vor vier Jahren in Tigray im Norden Äthiopiens die Waffen schwiegen, hofften viele, dass nun wieder Frieden eingekehrt sei. Vier Jahre später ist die Realität ernüchternd: Die staatliche Autorität ist nach wie vor umstritten, Vertriebene können nicht zurückkehren, den politischen Institutionen mangelt es an Glaubwürdigkeit, und die Spannungen mit dem Nachbarland Eritrea könnten jederzeit eskalieren. Die Erfahrungen Äthiopiens zeigen, dass das Ende eines Krieges erst der Anfang ist. Die Wiederherstellung der Regierungsführung ist die eigentliche Herausforderung.

VON HAFTE GEBRESELASSIE GEBRIHET



Viele Menschen leben nach wie vor in Geflüchtetenlagern, wie hier in Mekelle, der Hauptstadt von Tigray.

Als die Kämpfe im Norden Äthiopiens im November 2022 endeten, werteten viele das Abkommen von Pretoria (oder das „Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten“) als Wendepunkt. Das Abkommen, das am 2. November 2022 in der südafrikanischen Hauptstadt unterzeichnet wurde, beendete offiziell den zweijährigen Krieg zwischen der äthiopischen Regierung und ihren Verbündeten – darunter eritreische Streitkräfte und regionale Milizen – und der Tigray People's Liberation Front (TPLF), der dominierenden politischen Partei in Tigray.

Der Konflikt brach im November 2020 aus, nachdem die Spannungen zwischen den Bundesbehörden in Addis Abeba und der Regionalregierung von Tigray in Mekelle eskaliert waren. Die Feindseligkeiten reichen Jahrzehnte zurück und wurden in den vergangenen Jahren durch die Ansicht der Führung von Tigray verschärft, dass die Reformen des äthiopischen Präsidenten Abiy Ahmed einen Versuch darstellten, die Macht zu zentralisieren und das föderale System Äthiopiens zu zerschlagen.

Nach zwei Jahren verheerenden Krieges – einem der tödlichsten bewaffneten Konflikte des 21. Jahrhunderts, in dem mehr als 600.000 Menschen ums Leben kamen – weckte der Waffenstillstand die Hoffnung, dass das Land mit dem Wiederaufbau seiner politischen und administrativen Grundlagen beginnen könne. Die internationalen Partner verlagerten ihren Schwerpunkt schrittweise von der Nothilfe auf den Wiederaufbau. Entwicklungsorganisationen nahmen ihre Programme wieder auf. Das diplomatische Engagement konzentrierte sich auf Stabilisierung.

Vier Jahre später scheint nichts davon mehr sicher zu sein. Die Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea haben sich seit der Einstellung der Feindseligkeiten in Tigray stetig verschlechtert. Obwohl eritreische Streitkräfte während des Krieges an der Seite der äthiopischen Truppen kämpften, war Eritrea kein offizieller Unterzeichner des Pretoria-Abkommens. Das Abkommen beendete zwar die Militäroperation gegen die TPLF, verfehlte jedoch Eritreas Ziel, die TPLF politisch vollständig zu zerschlagen und sie damit als künftige Sicherheitsbedrohung auszuschalten. Dies hat zu Spannungen zwischen den beiden Regierungen beigetragen.

Die Lage in Tigray ist nach wie vor instabil. Viele Vertriebene konnten noch immer nicht in ihre Heimat zurückkehren, und manche Gebiete stehen weiterhin unter der Kontrolle von Truppen aus der benachbarten äthiopischen Region Amhara. Diese ungelösten Probleme haben eher zu einem angespannten Stillstand als zu einem stabilen Frieden geführt. Gleichzeitig haben die Instabilität im benachbarten Sudan und die sich wandelnden geopolitischen Verhältnisse am Horn von Afrika die Sicherheitslage in der Region weiter verkompliziert.

„Die Beendigung der Gewalt ist nur der erste Schritt; der Wiederaufbau der Institutionen ist der entscheidende.“

Doch nicht nur die unmittelbare Gefahr eines neuen Krieges zeigt, dass es mit dem Abkommen von Pretoria nicht gelungen ist, die für einen dauerhaften Frieden notwendigen institutionellen Grundlagen zu schaffen. In weiten Teilen von Tigray ist die staatliche Autorität nach wie vor zersplittert. Die Verwaltungsstrukturen funktionieren nur sporadisch. Den Justizmechanismen mangelt es an Glaubwürdigkeit. Die politischen Spaltungen innerhalb der Führung von Tigray haben sich vertieft. Sicherheitsmaßnahmen werden weiterhin von politischen Interessen geleitet. Für viele Bürger*innen erscheint der Staat weniger als verlässlicher Garant für Rechte und Dienstleistungen, sondern vielmehr als selektives Instrument politischer Kontrolle. Dieses Versagen einer wirksamen Regierungsführung steht im Zentrum der aktuellen politischen Herausforderungen Äthiopiens.

GESCHEITERTE UMSETZUNG

Das Pretoria-Abkommen wurde als Rahmenwerk zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung präsentiert. Seine Bestimmungen betrafen humanitären Zugang, territoriale Verwaltung, Sicherheitsreform, politische Wiedereingliederung und Übergangsjustiz. Diese Elemente sollten dazu dienen, die staatliche Autorität in Tigray wiederherzustellen und die Region wieder in die föderale Regierungsführung einzubinden.

Grundsätzlich entsprach das Abkommen den allgemein anerkannten Standards der Friedenskonsolidierung. Die Entwaffnung war mit dem Schutz der Zivilbevölkerung verknüpft. Die politische Normalisierung war an die Wiederherstellung der Verwaltungs- und Territorialstrukturen gebunden. Justizmechanismen sollten die Versöhnung unterstützen. Es wurden Überwachungsstrukturen eingerichtet, um die Einhaltung der Vereinbarungen zu kontrollieren.

Wären diese Maßnahmen konsequent umgesetzt worden, hätten sie den Weg für Frieden und funktionierende Insti-

„In Äthiopien wird öffentliche Autorität nach wie vor eher ausgehandelt als von rechtmäßigen Vertreter*innen von Institutionen ausgeübt.“

tutionen ebnen können. Äthiopien hat diesen Weg jedoch nicht eingeschlagen, was hauptsächlich auf fünf Faktoren zurückzuführen ist:

1. Ungeklärte territoriale Zuständigkeiten. West-Tigray bleibt de facto außerhalb der Autorität der Regionalregierung von Tigray. Streitkräfte der Region Amhara, die während des Krieges die Kontrolle über das Gebiet übernommen haben, verwalten und sichern es weiterhin. Etwa ein Drittel der Verwaltungsgebiete von Tigray steht unter der Kontrolle von Streitkräften aus Amhara oder Eritrea. Ohne territoriale Klärung kann eine rechtmäßige Verwaltung nicht zuverlässig funktionieren.

2. Zersplitterte Sicherheitspolitik. Die Entwaffnung begann, bevor der Schutz der Zivilbevölkerung und politische Garantien fest verankert waren. Und während die Streitkräfte von Tigray zur Entwaffnung verpflichtet wurden, blieben eritreische Truppen und Milizen aus Amhara in Teilen der Region präsent. Diese Asymmetrie hat die Fähigkeit der Sicherheitsinstitutionen von Tigray geschwächt, als neutrale Garanten der öffentlichen Ordnung zu fungieren. Stattdessen sind die Sicherheitsstrukturen weiterhin in ungelöste politische Konflikte verstrickt.

3. Mangelnde Transparenz. Wichtige Entscheidungen in den Bereichen Sicherheit, Verwaltung und politische Teilhabe werden im Rahmen informeller Verhandlungen getroffen, nicht durch transparente institutionelle Verfahren. Dies schwächt die Autonomie der Verwaltung und schränkt die Fähigkeit öffentlicher Institutionen ein, Vorschriften konsequent anzuwenden.

4. Begrenzte völkerrechtliche Durchsetzung. Der Überwachungsmechanismus der Afrikanischen Union dokumentiert zwar die Einhaltung der Verpflichtungen, verfügt jedoch nicht über die Befugnis, diese durchzusetzen. Internationale Partner haben dem Dialog und der technischen Hilfe Vorrang vor politischen Auflagen eingeräumt. Dies hat die Anreize für eine vollständige Einhaltung der institutionellen Verpflichtungen verringert.

5. Ungleiche politische Wiedereingliederung. Rechtliche und administrative Hindernisse in Verbindung mit dem

Druck, Wahlen durchzuführen, bevor zentrale politische Fragen geklärt sind, haben den politischen Handlungsspielraum eingeschränkt. Der rechtliche Status der TPLF ist nach wie vor umstritten. Unter solchen Umständen besteht die Gefahr, dass politische Institutionen eher zur Ausgrenzung als zur Versöhnung beitragen.

Diese Faktoren haben zu Instabilität geführt. Die Sicherheit wurde bislang durch Ad-hoc-Vereinbarungen und informelle Kompromisse aufrechterhalten. Die Institutionen bleiben schwach, da politische Stabilität ohne ausreichende institutionelle Autonomie angestrebt wird.

DEFIZITE IN DER REGIERUNGSFÜHRUNG VERSTÄRKEN SICH GEGENSEITIG

Die Auswirkungen des unzureichenden institutionellen Wiederaufbaus zeigen sich in mehreren Bereichen. Viele Menschen leben weiterhin in einer anhaltenden Vertreibungssituation. Ohne eine funktionierende Landverwaltung, lokale Gerichte und Sicherheitsgarantien bleibt eine langfristige Rückkehr schwierig.

Die Erbringung von Dienstleistungen ist nach wie vor politisiert. Die Bereiche Bankwesen, Telekommunikation, Luftfahrt und Bildung unterliegen in unterschiedlichem Maße politischer Einflussnahme. Der Zugang zu diesen Dienstleistungen hängt von Entscheidungen der Zentralregierung ab. Deren jüngste Beschlüsse, Budgettransfers auszusetzen und die Lieferungen von Treibstoff sowie den Geldfluss nach Tigray einzuschränken, verdeutlichen, wie die administrative Kontrolle über grundlegende Dienstleistungen als politisches Instrument eingesetzt werden kann. Dies untergräbt das Vertrauen der Öffentlichkeit.

Die Legitimität der Wahlen ist geschwächt. Die nächsten Wahlen sollen trotz ungelöster Territorialstreitigkeiten noch in diesem Jahr stattfinden. In den betroffenen Gebieten sollen Wahlberechtigte nur an Bundeswahlen teilnehmen, nicht jedoch an Regionalwahlen, was verfassungsrechtliche Bedenken aufwirft. Die Vertretung im House of Peoples' Representatives, dem Unterhaus der äthiopischen Parlamentsversammlung, basiert auf territorialen Kriterien, und Tigray verfügt über eine feste Sitzzu-

teilung. Die Durchführung von Wahlen, bevor der rechtliche Status dieser Gebiete geklärt ist, birgt die Gefahr, die Vertretung zu verzerren.

Initiativen zur Übergangsgerechtigkeit arbeiten ohne wirksamen rechtlichen Schutz vor politischer Einflussnahme. Ermittlungen und Strafverfolgungen werden nach wie vor nur begrenzt durchgeführt. Viele Opfer empfinden die Strafverfolgung als inkonsequent.

Der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft ist nach wie vor eingeschränkt. Unabhängige Medien, Berufsverbände und Interessengruppen müssen sich an restriktive rechtliche Rahmenbedingungen halten. Ohne eine starke Zivilgesellschaft fehlt den institutionellen Reformen jedoch gesellschaftliche Unterstützung.

Diese Defizite in der Regierungsführung verstärken sich gegenseitig. Eine schwache Justiz untergräbt das Vertrauen. Geringes Vertrauen schränkt die Zusammenarbeit ein. Eine eingeschränkte Zusammenarbeit schwächt die Verwaltung.

REGIONALER DRUCK UND POLITISCHE KOMPROMISSE

Die institutionelle Entwicklung Äthiopiens wird durch das regionale Umfeld geprägt. Zunehmende Spannungen mit Eritrea und erneute Debatten über den Zugang zum Roten Meer haben die politische Aufmerksamkeit auf außenpolitische Sicherheitsprioritäten gelenkt.

Unter solchen Umständen zögern Regierungen, institutionelle Unabhängigkeit zu dulden, die eine rasche Entscheidungsfindung behindern könnte. Sicherheitsbedenken rechtfertigen eine Zentralisierung, und externe Unsicherheiten legitimieren interne Kontrolle.

Diese Dynamik ist kein Einzelfall. In vielen fragilen Kontexten schwächen geopolitische Zwänge die innerstaatlichen Institutionen, indem sie den Einfluss der Exekutive fördern. Im Falle Äthiopiens hat dies dazu geführt, dass Kontrolle Vorrang vor Wiederaufbau hat.

FRIEDEN JENSEITS VON WAFFENSTILLSTAND

Das Abkommen von Pretoria hat einen verheerenden Krieg beendet. Diese Errungenschaft ist nach wie vor von großer Bedeutung. Doch Frieden ohne starke Institutionen bleibt fragil, wie die aktuellen Entwicklungen zeigen.

In Äthiopien wird öffentliche Autorität nach wie vor eher ausgehandelt als von rechtmäßigen Vertreter*innen von Institutionen ausgeübt. Rechte gelten weiterhin nur unter bestimmten Bedingungen. Rechenschaftspflicht wird nur selektiv wahrgenommen. Diese Umstände bergen das anhaltende Risiko eines erneuten Konflikts.

Nachhaltiger Frieden entsteht nicht allein durch das Ausbleiben von Kämpfen. Er entsteht durch berechenbare Regeln, eigenständige Institutionen und eine glaubwürdige Justiz. Die Erfahrungen Äthiopiens enthalten eine wichtige Lehre für von Konflikten betroffene Gesellschaften und ihre internationalen Partner. Die Beendigung der Gewalt ist nur der erste Schritt; der Wiederaufbau der Institutionen ist der entscheidende. Solange dies nicht von nachhaltigem politischen und internationalen Engagement begleitet wird, bleibt Frieden eher eine Pause als eine echte Wende.



HAFTE GEBREELASSIE GEBRIHET

ist außerordentlicher Professor an der Western Norway University of Applied Sciences und ehrenamtlicher Forschungsmitarbeiter an der Nelson Mandela School of Public Governance der University of Cape Town (UCT). Seine Forschungsschwerpunkte sind Armut, Konflikte sowie die Entwicklung demokratischer Regierungsführung und widerstandsfähiger Institutionen in Afrika.

hafte.gebrihet@uct.ac.za

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Wenn Armut das Familienerbe ist

Nigeria ist eine der größten Volkswirtschaften Afrikas, doch viele junge Menschen schaffen es kaum, den Teufelskreis aus begrenzter Bildung, Unterbeschäftigung und Armut zu durchbrechen. Es braucht gezielte Ansätze, um dem Land – und seiner Jugend – dabei zu helfen, sein Potenzial zu entfalten.

VON AUDU MEERA



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Sunday Alamba

Nigerianische Jugendliche in Lagos beim Gebet.

Die dunkle, überladene Einzimmerwohnung, die Familie Musa im Bundesstaat Kano im Norden Nigerias mietet, ist erfüllt vom schweren Kerosingeruch, den eine kleine Lampe verströmt. Die rissigen Wände sind von jahrelanger Hitze gezeichnet und verstaubt, das einzige Fenster lässt kaum Licht herein. Draußen erfüllen das Rattern von Motorradtaxi und die Rufe der Straßenhändler*innen die Abendluft. Drinnen sitzt Aisha, die Mutter, auf einem Hocker und sortiert Zwiebeln für den Verkauf am nächsten Tag. Sie erinnert sich lebhaft daran, wie ihr Vater, ein Eigenanbau betreibender Bauer, zu ihr sagte: „Schule ist für diejenigen, die es sich leisten können, jeden Tag zu essen.“ Als sie verheiratet wurde, war sie keine 18 Jahre alt. Nun kämpft sie darum, mit den unsicheren Einkünften aus dem Kleinhandel ihre fünf Kinder großzuziehen.

„Viele können diesen
Teufelskreis nur
durchbrechen, indem sie
das Land verlassen.“

Ihr ältester Sohn Yusuf verkörpert die Hoffnungen und Enttäuschungen seiner Generation. Als Hochschulabsolvent stellte er sich einst vor, in einem Büro zu arbeiten, Projekte zu leiten oder Richtlinien zu entwerfen. Stattdessen fährt er in einem ramponierten Taxi durch die chaotischen Straßen von Kano, während die Fahrgäste, zwischen Schlaglöchern und Staus, über steigende Lebensmittelpreise oder den neuesten politischen Skandal klagen. „Dafür habe ich nicht vier Jahre lang studiert“, sagt er leise. Seine Schwester Fatima, intelligent und entschlossen, träumte davon, Krankenschwester zu werden – aber die Studiengebühren waren einfach zu hoch. Bei den Musas wie bei Millionen anderer Nigerianer*innen erbt jede Generation dasselbe: begrenzte Bildung, Unterbeschäftigung und Armut.

Das ist das Paradoxon Nigerias: Afrikas drittgrößte Volkswirtschaft ist reich an Öl, Gas und menschlichem Talent. Zugleich gehört es aber weltweit zu den Ländern mit der höchsten Anzahl an extrem armen Menschen – nach Schätzung der Weltbank leben 30,9 % der Bevölkerung unterhalb der internationalen Extremarmutsgrenze. Die Jugend trägt am schwersten daran: Unter den 15- bis 24-Jährigen gibt es deutlich mehr Arbeitslose als im nationalen Durchschnitt. Durch die Unterbeschäftigung steigt diese Zahl weiter an, da Absolvent*innen wie Yusuf Jobs annehmen, für die sie völlig überqualifiziert sind.

NICHT NUR EIN WIRTSCHAFTLICHES PROBLEM

Die Familiengeschichte der Musas ist ein Mikrokosmos generationsübergreifender Armut. Fehlt Eltern das Geld für gute Schulbildung, wachsen ihre Kinder ohne die für einen formellen Job erforderlichen Fähigkeiten heran. Selbst jene, die trotz aller Widrigkeiten einen Abschluss schaffen, finden sich oft auf einem Arbeitsmarkt wieder, auf dem es keinen Platz für sie gibt. Die Internationale Arbeitsorganisation mahnt an, dass Jugendarbeitslosigkeit nicht nur ein wirtschaftliches Problem ist – sie schürt Frustration, untergräbt den sozialen Zusammenhalt und treibt Migration voran. Ohne angemessene Jobs können junge Nigerianer*innen weder sparen noch investieren oder ihre eigenen Kinder ausbilden, wodurch sich der Teufelskreis fortsetzt.

Viele können diesen Kreislauf nur durchbrechen, indem sie das Land verlassen. Nigeria ist zu einem der Länder weltweit geworden, aus denen die meisten irregulären Migrant*innen kommen. Jedes Jahr riskieren Tausende ihr Leben in der Sahara und auf dem Mittelmeer, um in Europa oder den Golfstaaten Arbeit zu finden. Auch Yusuf hat schon mehrmals darüber nachgedacht. Er ist sich der Chancen einer Migration bewusst, aber auch der Gefahren. „Wenn ich bleibe, verschwende ich mein Leben. Wenn ich gehe, könnte ich es verlieren“, fasst er zusammen. Geldtransfers können die Familien in der Heimat zwar entlasten, aber der Exodus raubt Nigeria genau die Talente, die es für seine Entwicklung braucht. Der aktuelle Braindrain hat auf lange Sicht zweifellos hohe Kosten.

„Es gibt zwei mögliche
Szenarien für Nigeria:
Entweder verwandelt es
seinen demografischen
Boom in eine Dividende,
die inklusives Wachstum
fördert, oder es lässt zu,
dass dieser Boom zur
demografischen
Katastrophe wird.“

Die Jugendarbeitslosigkeit hat auch nicht nur finanzielle Folgen. Jugendliche ohne Beschäftigung sind anfälliger dafür, von extremistischen Gruppen, Milizen oder kriminellen Banden rekrutiert zu werden. Im Norden Nigerias, wo es sehr viel Armut gibt, wächst die Unsicherheit. Auch das führt zu einem Teufelskreis: Die Gewalt verhindert, dass investiert wird und Jobs geschaffen werden, und das wiederum führt zu weiteren Unruhen. Das Vertrauen in die Regierung ist gering; Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen, stoßen auf Skepsis – ein Resultat jahrelanger Enttäuschung.

„Dafür habe ich nicht vier Jahre lang studiert.“

DEN TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN

Dieser Teufelskreis kann durchbrochen werden, aber nicht allein mit schönen Worten. Als Erstes sollte der Zugang zu hochwertiger Bildung erweitert werden. Länder wie Ruanda haben gezeigt, wie gezielte Stipendien und Investitionen in die Bildung von Mädchen die Situation schon innerhalb einer Generation grundlegend verändern können. Für Fatima hätte eine solche Politik einen Abschluss in Krankenpflege bedeuten können, statt eines geplatzten Traums. Auch eine Diversifizierung der Wirtschaft ist entscheidend. Wie sich Südkorea nach dem Krieg von einer Agrargesellschaft zu einer Produktionsmacht gewandelt hat, zeigt, wie strategische Investitionen und Industriepolitik Millionen von Jobs schaffen können. Nigeria könnte Elemente davon nachahmen und Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Digitalwirtschaft ankurbeln und zugleich Entrepreneurship-Programme für junge Menschen fördern.

Arbeitsmarktreformen müssen die Lücke zwischen Qualifikation und Nachfrage schließen. Lehrausbildungen, Berufsbildungen und Partnerschaften mit der Privatwirtschaft können Bildung mit realen Chancen verbinden. Doch es gibt Hürden: Viele gut gemeinte Programme sind an Korruption, schlechter Infrastruktur und inkonsistenter Politik gescheitert. Schlecht konzipierte Beschäftigungsprogramme schaffen im ungünstigsten Fall eher Abhängigkeit als Empowerment. Sozialschutz, über bedingte Geldtransfers und Mikrokredite kann sofort wirken, wie das brasilianische Programm Bolsa Família zeigt. Es hat Millionen Menschen aus der Armut befreit und zugleich dafür gesorgt, dass mehr Kinder zur Schule gehen.

Auch die Steuerung der Migration braucht Aufmerksamkeit. Legale Migrationswege und bilaterale Arbeitsabkommen könnten es Menschen aus Nigeria ermöglichen, si-

cher im Ausland zu arbeiten, Geld in die Heimat zu überweisen und mit neuen Fähigkeiten zurückzukehren – so, dass der Braindrain zu einer „Brain Circulation“ würde. Die Afrikanische Entwicklungsbank betont, dass solche Rahmenwerke, wenn gut verwaltet, sowohl Entsende- als auch Aufnahmeländern nutzen können.

Die Kosten des Nicht-Handelns sind hingegen enorm. Es wird erwartet, dass die nigerianische Bevölkerung bis 2050 auf mehr als 350 Millionen anwächst. Angesichts dessen könnte es die Armut verschärfen, Instabilität fördern und die Regierungsführung bis zum Zerreißen belasten, wenn das Potenzial der Jugend nicht genutzt wird.

Die Zukunft von Familie Musa – und die von Millionen anderer Familien wie sie – steht auf dem Spiel. Man stelle sich vor, Yusuf würde ein Logistikunternehmen leiten, statt Taxi zu fahren, Fatima in einer gut ausgestatteten Klinik Patient*innen versorgen und Aisha ihr Handelsgeschäft mithilfe von Krediten ausbauen. Das sind keine unrealistischen Träume, sondern greifbare Ergebnisse einer bewussten, nachhaltigen Politik.

Es gibt zwei mögliche Szenarien für Nigeria: Entweder wandelt es seinen demografischen Boom in eine Dividende, die inklusives Wachstum fördert, oder es lässt zu, dass dieser Boom zur demografischen Katastrophe wird. Das enge Zimmer der Familie Musa in Kano ist mehr als ein Symbol für Not – es erinnert daran, dass dringend gehandelt werden muss. Die größte Ressource des Landes ist nicht sein Öl, sondern seine Bevölkerung. Diese zu verschwenden bedeutet, die Zukunft zu verspielen.



AUDU MEERA

ist eine nigerianische Autorin, die über soziale Entwicklung und den afrikanischen Alltag schreibt.

auduogelehameerah@gmail.com



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Bikas Das

Sexarbeiter*innen und Aktivist*innen demonstrieren am Vorabend des Internationalen Tags der Arbeit 2022 in Kolkata.

ARBEITSRECHT

Sex verkaufen, auf Anerkennung hoffen

Sexarbeiterinnen in Indien erleben Armut, Missbrauch und soziale Ausgrenzung. Basierend auf Feldforschungen in Rotlichtvierteln untersucht die Politikwissenschaftlerin und Genderforscherin Khushboo Srivastava die komplexen Realitäten der Sexarbeit in Indien und die anhaltenden Debatten über Rechte, Regulierung und Anerkennung.

VON KHUSHBOO SRIVASTAVA

Nur wenige Geschichten sind so alt – und so umstritten – wie die von Frauen, die Sex verkaufen, um leben zu können. In Indien existiert Sexarbeit in einem Paradoxon: Sie ist hypersichtbar und unsichtbar zugleich. Sie ist tief in der Geschichte verwurzelt, versteckt sich in Hinterhöfen und wird permanent kontrolliert durch Gesetze, Moralvorstellungen und Stigmata.

In der öffentlichen Debatte werden Sexarbeiterinnen unsichtbar gemacht, dabei sind sie dem Blick der Gesellschaft, der sie auf Stereotypen reduziert, im Übermaß ausgesetzt. Dieses umstrittene Terrain spaltet die feministische Politik seit Jahrzehnten. Über Sexarbeit wird wechselweise geschwiegen, sie wird als schädlich oder gewaltvoll dargestellt oder als eine Frage von Wahl und Selbstbestimmung verteidigt. Sexarbeiterinnen erfahren verbalen, körperlichen, emotionalen und psychologischen Missbrauch sowie bezahlte und unbezahlte Gewalt und explizite und indirekte Nötigung.

Formelle und informelle staatliche Institutionen haben die Situation noch verschlimmert. Das Gesetz zur Verhinderung unmoralischen Handels von 1986 definiert Prostitution als „sexuelle Ausbeutung oder Missbrauch (...) zu kommerziellen Zwecken“. Auf dem Papier stellt das Gesetz den Betrieb von Bordellen, Zuhälterei und öffentliche Anwerbung unter Strafe – nicht jedoch den Verkauf sexueller Dienstleistungen an sich. Praktisch wird das Gesetz uneinheitlich und oft auf grausame Art durchgesetzt. Polizeirazzien richten sich routinemäßig gegen Sexarbeiterinnen, während ihre Kundschaft, Menschenhändler*innen und Bordellbesitzer*innen ungeschoren davonkommen.

In indischen Rotlichtvierteln – von der Garstin Bastion (GB) Road in Neu-Delhi bis zu Sonagachi in Kolkata – leben Sexarbeiterinnen in überfüllten Bordellen, teilen sich winzige Zimmer und werden von Polizei, Kundschaft und manchmal sogar ihren eigenen Familien schikaniert. Viele haben sich nicht freiwillig für diese Arbeit entschieden, sondern wurden durch Armut, häusliche Gewalt oder Verstoßung hineingedrängt. Und doch sagen viele von ihnen, dass ihnen die Sexarbeit – so schwierig und stigmatisiert sie auch ist – finanzielle Unabhängigkeit und ein fragiles Gefühl von Würde verschafft hat. Viele Sexarbeiterinnen empfinden es als weniger erniedrigend, Sex zu verkaufen, als in einer missbräuchlichen Ehe zu leben oder einen Hungerlohn zu verdienen.

Eine Frau in der GB Road brachte es auf den Punkt: „Das ist die einzige Arbeit, mit der ich meine Kinder ernähren kann. Selbst wenn ich damit aufhöre, wird mir die Gesellschaft niemals verzeihen.“ Weitere Frauen stimmten ihr zu und erzählten von Versuchen, in Fabriken oder als Hausangestellte zu arbeiten, wo die Bezahlung schlechter war, die Belästigungen genauso schlimm und es keine Sicherheit gab.

ALTE WURZELN, MODERNE KÄMPFE

Prostitution hat tiefe Wurzeln in Indien. In vedischen Zeiten wurden Konkubinen und Kurtisanen – oft Sklavinnen – Königen als Geschenke übergeben. Kautilyas Abhandlung Arthashastra legte Regeln für Prostituierte fest, und Vatsyianas Kamasutra klassifizierte sie nach Status, Rang und Fähigkeiten. Unter den Moguln waren Tawaifs hochqualifizierte Darstellerinnen und kulturelle Ikonen. Aber die Kolonialpolitik und wirtschaftliche Umwälzungen drängten den Beruf in kriminalisierte Randbereiche. Was von Königshöfen und anderen Machtzentren einst gefördert wurde, brachte man nun mit Kriminalität, Krankheit und moralischem Verfall in Verbindung.

Die heutige Debatte beschränkt sich nicht nur auf Indien und ist stark polarisiert zwischen radikalen und liberalen Feminist*innen (siehe Artikel S. 18). Zentral ist dabei eine einzige Frage: Sollte Prostitution als System der sexuellen Sklaverei abgeschafft oder als legitime Tätigkeit, die wie jeder andere Beruf reguliert und geschützt werden muss, anerkannt werden?

Radikale Feminist*innen wie Andrea Dworkin und Carole Pateman argumentieren, Prostitution sei am Ende sexuelle Sklaverei – ein System, das auf Ungleichheit basiert und in dem Männer die Erniedrigung von Frauen erkaufen. Sie argumentieren, Einwilligung unter wirtschaftlichem Zwang sei keine echte Einwilligung und eine Legalisierung würde Ausbeutung nur verschleiern. Dworkin sagt: „Prostitution lässt keine Frau unversehrt.“

Liberalen Feminist*innen wie Martha Nussbaum und Prabha Kotiswaran hingegen betrachten Sexarbeit als Arbeit, die – sofern entkriminalisiert und reguliert – bessere Bedingungen und Verhandlungsmacht bieten könnte. Sie heben die Handlungsfähigkeit von Frauen hervor, die in einer harten wirtschaftlichen Realität zurechtkommen müssen. Der Verkauf sexueller Dienstleistungen sei nicht viel anders als andere Formen körperlicher Arbeit, und moralische Panik trage wenig dazu bei, strukturelle Armut oder Geschlechterungleichheit anzugehen.

WIE INDIENS GESETZE SEXARBEITERINNEN IM STICH LASSEN

Die Debatte um Sexarbeit in Indien ist auch geprägt von langjährigen Spannungen in Gesetzgebung und Politik. Es herrschen drei gegensätzliche Ansichten vor: die moralistische Position, die Prostitution als Verstoß gegen moralische Grundsätze betrachtet und ihre Abschaffung fordert; die institutionalistische Sicht, die Prostitution als den „ältesten Beruf“ sieht, den der Staat nur marginal kontrollieren kann; und die erwähnten feministischen Perspektiven, die Prostitution als Aspekt ungleicher Geschlechterverhältnisse sehen.

In Indien sind Gesetze zur kommerziellen Sexarbeit über die Verfassung, das indische Strafgesetzbuch sowie das Gesetz zur Verhütung unmoralischen Handels von 1986 verteilt. Doch diese Rahmenwerke sind geprägt von kulturellen Fehlinterpretationen von Frauen, kolonialer Moralpolitik und elitären Annahmen.

In den frühen südasiatischen Gesellschaften gab es zwar eine Kastenschichtung, aber deren Grenzen und damit verbundene sexuelle Normen waren nicht festgeschrieben. Frühe Texte wie das Arthashastra und das Kamasutra spiegeln eine Gesellschaft wider, in der Prostitution reguliert und in manchen Kontexten gesellschaftlich anerkannt war. Mit der Zeit verfestigten sich jedoch Kastenhierarchie und das brahmanische Patriarchat, was zu restriktiveren sexuellen Normen führte. Die Kolonialherrschaft verstärkte diesen Wandel durch die Einführung viktorianischer Moralvorstellungen und durch ein Strafrecht, das einvernehmliche Sexarbeit als soziale Abweichung einstufte. Nach der Unabhängigkeit änderte sich daran wenig.

Der rechtliche Rahmen in Indien hat dazu beigetragen, dass Sexarbeiterinnen eher als Kriminelle denn als Bürgerinnen behandelt werden, was viele in den Untergrund drängt. Obwohl Prostitution an sich nicht illegal ist, kriminalisiert das Gesetz zur Verhütung unmoralischen Handels wichtige Aspekte des Gewerbes: Die Abschnitte 3(1) und 3(2) machen den Betrieb von Bordellen und die Vermietung oder Verpachtung von Räumlichkeiten für Bordellzwecke strafbar. Die Abschnitte 7 und 8 verbieten Prostitution in der Nähe öffentlicher Orte und stellen Anwerbung unter Strafe. Mit der Kriminalisierung von Arbeitsstätten und sichtbaren Formen des Austauschs haben diese Bestimmungen die Sexarbeit in unsichere Umgebungen gedrängt und viele Arbeiterinnen in eine größere Abhängigkeit von Bordellbesitzer*innen oder Vermittler*innen gebracht.

Die Vernachlässigung des Staates hat dazu geführt, dass Sexarbeiterinnen Belästigungen, Inhaftierungen und Ausgrenzung ausgesetzt sind. Gelegentlich greifen Gerichte ein, um ihre Rechte zu wahren – besonders hervorzuheben ist hier das Urteil des Obersten Gerichtshofs vom Mai 2022 (Strafrechtsbeschwerde Nr. 135/2010), das Sexarbeit als legitimen Beruf anerkennt. Das Urteil bekräftigte das Recht von Sexarbeiterinnen auf Würde und Schutz vor Gewalt, warnte vor routinemäßigen Polizeieinsätzen, unterstrich das Recht auf Privatsphäre und legte Richtlinien für eine verantwortungsvolle mediale Berichterstattung fest.

STIMMEN AUS MUMBAIS ROTLICHTVIERTEL

In Mumbais Kamathipura – dem ältesten und berüchtigsten Rotlichtviertel der Stadt – sind diese rechtlichen Abstractionen gelebte Realität. Hier prägen staatliche Ver-

nachlässigung und gesellschaftliche Verachtung den täglichen Überlebenskampf der Sexarbeiterinnen. Ranjana (38) erzählte: „Aus meiner Familie waren fast alle in der Sexarbeit tätig, und alle mussten es verheimlichen. Wir können nie mit Stolz sagen, dass wir Sexarbeiterinnen sind, weil Staat und Gesellschaft uns schon immer für schmutzig gehalten haben und unsere Arbeit als Verbrechen gilt.“

Nima (31) sagte: „Selbst unsere Schatten sind schmutzig. Weißt du, warum? Weil wir nicht sind wie du oder deine Mutter, die einen ‚anständigen‘ Job haben, verheiratet sind und mit ihrem Mann und ihren Kindern zusammenleben. Niemand kann sich vorstellen, dass auch wir Familien haben und keine Opfer von Menschenhandel sind.“

Obwohl sie in der Politikgestaltung keine Rolle spielen, haben die Frauen von Kamathipura komplexe Identitäten: Sie sind Versorgerinnen, Betreuerinnen und organisieren ihre Gemeinschaft. Viele verfolgen die rechtlichen Entwicklungen und hoffen auf Entlastung. Chaya (29) erklärte: „Wir verfolgen genau, was die Gerichte tun. Registriert die Polizei unsere Beschwerden nicht, sagen alle, wir sollen vor Gericht gehen. Wir vertrauen darauf, dass es unsere Rechte schützt.“

Für viele bedeutet die Anerkennung von Sexarbeit als Tätigkeit einen Funken Würde inmitten jahrzehntelanger Kriminalisierung. Rani (36) fasste zusammen: „Sexarbeit ist weder gut noch schlecht. Das haben die Gesetze lange nicht begriffen. Unsere Forderung war, nichts zu kriminalisieren, sondern Vorkehrungen für Gesundheit, Bildung und Hygiene zu treffen. Auch das Gericht betonte, wie wichtig das ist.“

Sexarbeit in Indien ist kein isoliertes soziales Übel. Sie ist ein Spiegel, der unser Unbehagen gegenüber Sexualität, wirtschaftlichen Ungleichheiten und unseren Unwillen, marginalisierten Menschen Würde zuzugestehen, reflektiert. Sich ehrlich mit Sexarbeit auseinanderzusetzen, bedeutet, sich mit tieferen Ungerechtigkeiten zu befassen. Die Frage ist nicht, ob Prostitution existieren sollte – das tut sie bereits –, sondern wie die Gesellschaft diejenigen behandelt, die sie ausüben.



KHUSHBOO SRIVASTAVA

ist Politikwissenschaftlerin und Assistenzprofessorin am Tata Institute of Social Sciences in Mumbai.

krsrivastava29@gmail.com

FEMINISMUS

Ist Prostitution Arbeit oder Ausbeutung?

Radikale und liberale Feminist*innen sind sich einig, dass Prostitution von Ungleichheit und Leid geprägt ist – aber sie streiten darüber, was dagegen unternommen werden sollte. Ihre Visionen reichen von der Abschaffung bis zur Entkriminalisierung.

VON KHUSHBOO SRIVASTAVA

Für radikale Feminist*innen steht Prostitution auf der untersten Stufe der Leiter der männlichen Vorherrschaft. Ihr wesentlicher Einwand ist, dass Kommerzialisierung als solche unvermeidlich schadet. Wenn Sex wie jede andere Ware auf dem Markt gekauft und verkauft werden kann, so wird der Körper der Frau zum Produkt, und Kommerzialisierung ist – egal unter welchen Umständen – schädlich. Sie argumentieren, dass Gewalt kein Nebenprodukt von Prostitution ist, sondern integraler Bestandteil, und beschreiben zwei Arten:

- Bezahlte Gewalt: die alltägliche Gewalt ungewollter, oft schmerzhafter Penetration.
- Unbezahlte Gewalt: Vergewaltigung, Schläge, Belästigung, Mord, Folter und etliche daraus resultierende körperliche und psychische Folgen – Geschlechtskrankheiten, Verletzungen und posttraumatischer Stress.

Die radikalfeministische Position lautet, dass Prostitution als soziale Praxis Ungleichheit verstetigt und der dadurch verursachte Schaden irreparabel ist. Legalisierung und Entkriminalisierung heilen diesen Schaden nicht, sondern machen ihn schlicht unsichtbar.

Dieser Kritik liegt die Skepsis gegenüber der Frage der Einwilligung zugrunde. Radikalfeministische Rechtswissenschaftler*innen wie Catharine MacKinnon argumentieren, dass man bei Prostitution nicht von freiwilliger Einwilligung sprechen kann, da dieser Austausch grundlegend von wirtschaftlichem Zwang geprägt ist. Aus dieser Perspektive neutralisiert die Bezahlung den Zwang nicht, sondern wirkt vielmehr als Mechanismus, durch den Ungleichheit durchgesetzt wird, wodurch die Zustimmung strukturell beeinträchtigt und nicht wirklich freiwillig ist.

Laut Andrea Dworkin werden Prostituierte wie „vaginaler Schleim“ behandelt, als Körper, der durch wiederholten sexuellen Gebrauch verunreinigt und zu einem Wegwerfartikel wird – geprägt von Verletzungen, Erniedrigung und normalisierter Gewalt. Andere Feminist*innen argumentieren, eine solche Behandlung könne jede Frau treffen. Die Kommodifizierung der Körper von Prostituierten aber legitimiere deren Unterordnung und Erniedrigung, und sexuelles Anspruchsdenken von Männern werde durch den Marktaustausch verstärkt. Für radikale Feminist*innen ist Sexarbeit daher niemals als „Arbeit“, sondern als paradigmatische Gewalt zu betrachten, eine als Vertrag getarnte Form der Sklaverei. Daraus ergeben sich drei Thesen:

- Dass Männer nicht nur sexuellen Zugang kaufen, sondern die Erniedrigung der Prostituierten selbst.
- Dass Prostitution von wirtschaftlichen, sozialen und geschlechtsspezifischen Machtungleichheiten lebt.
- Dass Prostitution genau diese Ungleichheiten reproduziert und öffentlich das Recht der Männer auf Sex mit Frauen bekräftigt.

Radikale Feminist*innen kritisieren die liberale Auffassung von Sexarbeit als „Arbeit“ ebenfalls, indem sie argumentieren, dass die Vorstellung, man könne Dienstleistungen verkaufen, ohne sich selbst zu verkaufen, ein Mythos sei – einer, der Unterdrückung als Freiheit tarne. Für sie ist Sexarbeit die schädlichste Form des Vertrags, der den Körper von Frauen unter dem Deckmantel der Wahlfreiheit in eine Ware verwandelt, während die tiefere Realität der patriarchalischen Herrschaft unangetastet bleibt.

PROSTITUTION ALS FREIHEIT UND AUTONOMIE

Liberale Feminist*innen leugnen den Schaden nicht, den Prostitution anrichten kann. Auch sie erkennen Armut, Machtlosigkeit und Missbrauchsgeschichten der Frauen an. Weit auseinander gehen die beiden Positionen aber bei der Frage, was zu tun ist. Liberale halten die Abschaffung nicht nur für undurchführbar, sondern auch für ungerecht, weil sie Frauen jegliche Autonomie und Vorteile verweigern würde, die sie durch Sexarbeit gewinnen können.



Sex workers from Kolkata celebrate the Indian Supreme Court's ruling in May 2022 recognising sex work as a profession.

Foto: picture alliance/NurPhoto/Indranil Aditya

Liberaler argumentieren, dass Prostitution selbst unter suboptimalen Bedingungen doch die Berufswahl einer Frau sein kann. Sie könne Freiheit, finanzielle Unabhängigkeit und eine Form der sexuellen Selbstbestimmung ermöglichen. Wenn die Gesellschaft akzeptiere, dass Frauen ihre geistige und manuelle Arbeitskraft verkaufen – oft unter ausbeuterischen Bedingungen –, warum sollte dann einzig der Verkauf sexueller Dienstleistungen disqualifiziert werden? Für manche Frauen sei dies die beste verfügbare Option. Die liberale Argumentation für eine Entkriminalisierung stützt sich auf mehrere Säulen:

- Sie erkennt Prostitution als Arbeit an, nicht als Verbrechen.
- Sie denkt Gewerkschaftsbildung mit, die Prostituierten hilft, sich gegen Bordellbetreiber*innen, Zuhälter*innen und die Polizei zu wehren.
- Sie eröffnet Zugang zu Sozialleistungen wie Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Sozialversicherung.
- Sie will das Stigma von Unmoral und Kriminalität beseitigen.

Die direkte Reaktion von Liberalen auf radikale Aussagen ist: Ja, Prostitution in ihrer aktuellen Form ist erniedrigend. Ja, sie spiegelt Ungleichheit wider und reproduziert sie. Aber ein Verbot löst diese Probleme nicht. Im besten Fall treibt es den Handel in den Untergrund und verschlimmert damit genau die Schäden, die Radikale beseitigen wollen. Im schlimmsten

„Liberaler argumentieren, dass Prostitution selbst unter suboptimalen Bedingungen doch die Berufswahl einer Frau sein kann.“

Fall beraubt es Frauen der begrenzten Autonomie und des Lebensunterhalts, die ihnen die Sexarbeit bietet.

Aus liberaler Sicht kommt es darauf an, wie Prostitution realistisch reguliert werden kann. Die Hoffnung besteht darin, die Umstände zu reformieren – die Branche zu regulieren, Schäden zu reduzieren und die Einstellung der Gesellschaft gegenüber Sexarbeiterinnen selbst zu verändern.

Letztendlich geht es bei der Kluft zwischen Radikalen und Liberalen nicht darum, ob Prostitution schädlich ist – beide Lager sind sich einig, dass dies oft der Fall ist. Der Unterschied liegt darin, ob dieser Schaden als unvermeidbar und irreparabel oder als bedingt und behebbar gesehen wird. Ungeklärt bleibt, welche Stimmen mehr Gewicht haben sollten. Radikale sprechen von systemischer Ungerechtigkeit, Liberale von individueller Autonomie. Doch irgendwo zwischen diesen Polen stehen die Sexarbeiterinnen selbst, deren Alltag weniger von Theorie geprägt ist als vielmehr vom Kampf ums Überleben (siehe Artikel S. 15).

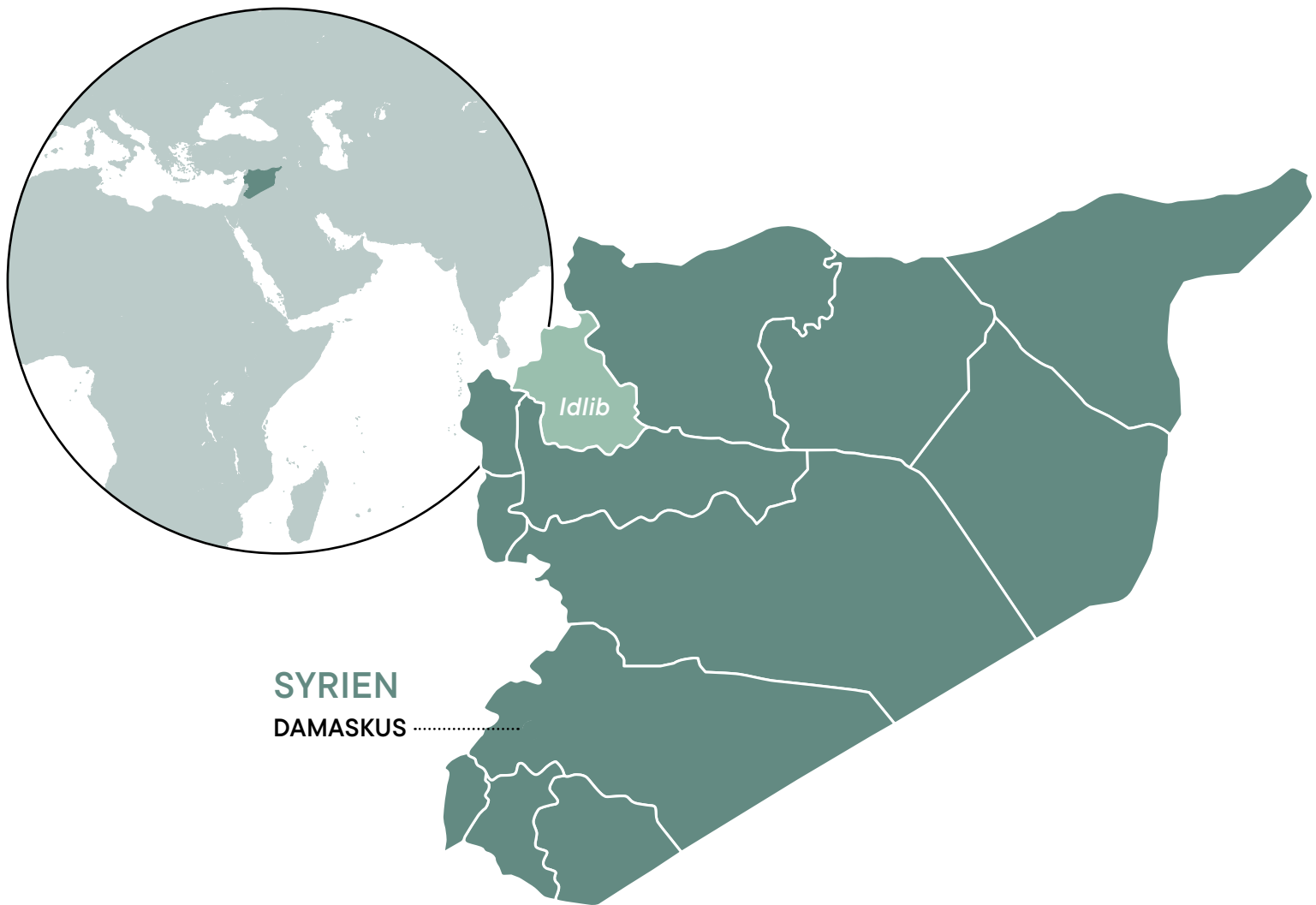


Mitarbeitende der Organisation The HALO Trust klären Schulkinder in der Provinz Idlib über die Gefahren von Minen und Blindgängern auf.

HUMANITÄRE HILFE

Minen: Das tödliche Risiko für Syriens Wiederaufbau

*Seit dem Ende des Assad-Regimes Ende 2024 sind hunderttausende Syrer*innen in ihr Heimatland zurückgekehrt. Dort treffen sie nicht nur auf ein vom Bürgerkrieg zerstörtes Land, sondern müssen auch mit unsichtbaren Gefahren im Boden rechnen: Minen und Blindgänger. Ein Besuch bei der zivilgesellschaftlichen Organisation The HALO Trust, die Minen beseitigt und Syrien so sicherer macht – Quadratmeter für Quadratmeter.*



Eine ehemalige Frontlinie nahe der Stadt Chan Scheichun in der nordwestsyrischen Provinz Idlib: Dort, wo sich einst die Truppen des Assad-Regimes und die islamistische Miliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS) gegenüberstanden, schiebt sich jetzt ein Traktor langsam durch das braune, aufgewühlte Erdreich. Vor ihm rotiert eine schwere Metallschaufel, die den Boden aufreißt und siebt. Für das Team von The HALO Trust, das den Traktor fährt, ist trotz Schutzmaßnahmen jeder Meter hochriskant. Denn die Schaufel fördert zutage, was das Auge oft nicht sieht: diverse Sprengkörper, die jederzeit explodieren können.

„Zusätzlich zu den Minen, die vom Regime als defensive Maßnahme gelegt wurden, finden sich auf dem Feld hier auch zahlreiche Blindgänger“, erklärt Bara al-Mustafa. Er ist Teamleiter bei The HALO Trust, einer der weltweit größten humanitären Minenräumorganisationen. Gegründet 1988 in Afghanistan, arbeitet sie heute in mehr als 30 Ländern und Territorien in Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und im Nahen Osten. Neben der Räumung von Minen und Blindgängern klärt sie auch über Gefahren auf, kartiert kontaminierte Gebiete und bildet lokale Fachkräfte aus. Das Ziel: Flächen wieder sicher nutzbar machen, etwa für Wohnen, Landwirtschaft, Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung.

„Mehr als 1,2 Millionen Menschen sind im ersten Jahr nach dem Sturz Assads nach Syrien zurückgekehrt. Viele betreten erstmals seit Jahren wieder Felder, Straßen und Ruinen, die lange Frontgebiet waren.“

Den ehemaligen Frontabschnitt in Idlib kartieren und räumen die Teams von The HALO Trust bereits seit Februar 2025. Rund 60 % des Areals haben sie inzwischen gesichert und dabei 21 Antipersonenminen, neun Antipanzermine und 16 Blindgänger unschädlich gemacht. Täglich gehen hier 36 Einsatzkräfte ihrer extrem gefährlichen Arbeit nach; sie schaffen pro Tag etwa 1500 Quadratmeter.

Erschwert werden die Arbeiten durch eine Hauptstraße, die direkt durch das vermintete Gebiet führt. „Wir können sie nicht komplett sperren“, sagt Bara al-Mustafa. Auch bewegen sich immer wieder Zivilist*innen auf dem verminten Gelände. Den vorgegebenen Sicherheitsabstand von 100 Metern zur Minenräumung können sie dabei nicht einhalten. Unfälle mit Menschen gab es bislang keine, doch sollen bereits vier Schafe auf Minen getreten sein. „Wenn das Land hier geräumt ist, soll es wieder landwirtschaftlich genutzt werden“, erklärt al-Mustafa. Bis dahin bleibt jeder Schritt ein kalkuliertes Risiko.

MINENFELDER BREMSEN WIEDERAUFBAU

In Syrien kämpfen viele Menschen weiterhin mit den wirtschaftlichen Auswirkungen des Bürgerkriegs. Etwa 90 % der Syrer*innen leben laut dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Armut, zwei Drittel der Bevölkerung – etwa 16 Millionen – sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

„Die Überbleibsel des Krieges fordern nicht nur weiterhin ihre Opfer, sie bremsen auch die Entwicklung Syriens aus.“

Minenfelder wie jenes in Idlib prägen weite Teile Syriens. „Der Grad der Kontamination ist enorm. Jeden Tag erhalten wir mehrere Meldungen über explosive Kriegsreste und Minenfelder“, sagt Farouk al-Mustafa, der den Einsatz von The HALO Trust in Syrien leitet. Die Organisation hat ihre Arbeit in dem Land seit dem Sturz des Assad-Regimes Ende 2024 ausgeweitet und unterhält mehrere Büros in verschiedenen Regionen.

Die Arbeit von The HALO Trust ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Mehr als 1,2 Millionen Menschen sind im ersten Jahr nach dem Sturz Assads nach Syrien zurückgekehrt. Viele betreten erstmals seit Jahren wieder Felder, Straßen und Ruinen, die lange Frontgebiete waren. „Die neu gewonnene Bewegungsfreiheit erhöht die Gefahr von Unfällen“, sagt Seba Abdulkareem, Leiterin der nicht-technischen Erkundung bei The HALO Trust. Ihre Teams befragen Anwohner*innen, Verletzte und lokale Akteure, dokumentieren Hinweise auf Minenfelder und leiten die potenziell lebensrettenden Infos an die Teams der Minenräumung weiter. Diese haben inzwischen mehr als 330.000 Quadratmeter syrischen Bodens von explosiven Rückständen befreit.

HUNDERTE TOTE DURCH LANDMINEN UND BLINDGÄNGER

Für zu viele kommt diese Hilfe allerdings zu spät. In den ersten elf Monaten nach dem Sturz Assads wurden laut The HALO Trust in Syrien mindestens 585 Menschen durch Minen und Blindgänger getötet, darunter 165 Kinder. Über 1000 weitere Personen wurden verletzt. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen, da es keine zentrale Erfassung und keine übergreifend koordinierende Stelle gibt. Syrien zählt damit neben Myanmar aktuell zu den Nationen mit den meisten Opfern von Landminen.

Die Überbleibsel des Krieges fordern nicht nur weiterhin ihre Opfer, sie bremsen auch die Entwicklung Syriens aus. Die Provinz Idlib beispielsweise galt früher als Kornkammer des Landes. Heute aber trauen sich viele Bauern aus Angst vor Landminen oder Blindgängern nicht mehr auf ihre Felder. Auch der Wiederaufbau wichtiger Infrastruktur wird so verhindert oder verzögert.

So wichtig die Arbeit von Organisationen wie The HALO Trust auch ist – in welchem Ausmaß sie künftig helfen können, ist ungewiss. Aufgrund der Kürzungen bei der Finanzierung humanitärer Hilfe (siehe Beitrag auf der nächsten Seite) steht auch die Minenräumung mächtig unter Druck. „Wir nutzen alle verfügbaren Ressourcen“, sagt Farouk al-Mustafa. „Aber Syrien braucht mehr Unterstützung, um eine sichere und nachhaltige Umgebung für alle schaffen zu können.“

LINK

The HALO Trust: halotrust.org



KIM BERG

ist Redakteurin bei der Kommunikationsagentur Fazit und spezialisiert auf politische Kommunikation. Sie besuchte The HALO Trust im Rahmen einer Syrien-Reise im November 2025.

kim.berg@fazit.de

KONFLIKTE

Mehr Opfer durch Landminen, weniger humanitäre Hilfe

Während weltweit mehr Menschen durch industriell gefertigte Landminen sterben, steht die internationale Finanzierung von Minenräumdiensten vor einer ungewissen Zukunft.

VON KIM BERG

Mindestens 6279 Menschen wurden 2024 weltweit durch Minen und Blindgänger getötet oder verletzt – der höchste Wert seit 2020, wie der Landmine Monitor 2025 berichtet. Laut dem Report, herausgegeben von der International Campaign to Ban Landmines (ICBL), waren 90 % der Opfer Zivilist*innen

und fast die Hälfte Kinder. Besonders alarmierend: Die Zahl der Opfer durch industriell gefertigte Antipersonenminen hat sich laut dem Bericht seit 2020 verdreifacht.

Minen sind in mindestens 57 Staaten ein zentrales Entwicklungshemmnis: Sie machen große Landflächen dauerhaft unbrauchbar, indem sie die Landwirtschaft blockieren und den Bau von Straßen, Schulen oder Stromleitungen verhindern. Dies erschwere die Rückkehr von Millionen Geflüchteten in ihre Heimat, betonen internationale Organisationen wie ICBL und United Nations Mine Action Service (UNMAS).



Foto: Kim Berg

In Syrien wurden seit dem Ende des Assad-Regimes hunderte Menschen durch Minen und Blindgänger getötet. Minenräumdienste wie die Teams der zivilgesellschaftlichen Organisation The HALO Trust befreien die Böden von den explosiven Rückständen.

RÜCKSCHRITTE BEIM VERBOT

Die steigenden Opferzahlen fallen in eine Phase politischer Erosion. Mehrere europäische Staaten – darunter Polen, Estland, Lettland, Litauen und Finnland – sind aus der Ottawa-Konvention ausgetreten. Das Abkommen von 1997 verbietet den Einsatz, die Herstellung und die Weitergabe von Antipersonenminen. Angesichts von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine betrachten die Staaten Minen wieder als militärisch notwendige Abwehrwaffe.

Russland, das die Ottawa-Konvention nicht unterzeichnet hat, setze in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine in großem Umfang Antipersonenminen ein, heißt es im Landmine Monitor. Laut Report gibt es Hinweise darauf, dass auch die Ukraine, obwohl formal an die Konvention gebun-

gekürzt worden. Doch traf der kurzfristige Stopp der US-Auslandshilfen im vergangenen Jahr auch die Finanzierung von Minenräumungsprogrammen. Einige Einsätze wurden vorübergehend ausgesetzt. Für manche dieser Programme wurden die Gelder zwar später wieder freigegeben, doch wie es mit der US-Finanzierung weitergeht, ist ungewiss.

Die deutschen Mittel für humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen stammen aus dem Etat für humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes. Dieser wurde allerdings 2025 um mehr als die Hälfte gegenüber 2024 gekürzt. Kein gutes Zeichen für die Minenräumung, deren Projekte auf mehrjährige Planungssicherheit angewiesen sind – beispielsweise in Ländern wie Syrien, wo explosive Altlasten den Wiederaufbau und die Rückkehr von Millionen Menschen behindern (siehe voriger Text).

„Die internationale
Minenräumung wird
trotz steigender Not und
zunehmender
Kontamination weiterhin
überwiegend von einer
kleinen Gruppe
staatlicher Geber
finanziert.“

LINK

Landmine Monitor 2025: the-monitor.org/reports/landmine-monitor-2025

den, im Krieg gegen Russland Antipersonen- und Antipanzernminen einsetzt. Der Landmine Monitor warnt, dass durch den wieder zunehmenden Einsatz von Minen eine zentrale Norm des humanitären Völkerrechts unter Druck gerate – mit unmittelbaren Folgen für Zivilist*innen weit über aktuelle Kriegsgebiete hinaus.

WENIGER GELD, HÖHERES RISIKO

Die internationale Minenräumung wird trotz steigender Not und zunehmender Kontamination weiterhin überwiegend von einer kleinen Gruppe staatlicher Geber finanziert. Im Jahr 2024 deckten die fünf wichtigsten Geber gemeinsam knapp zwei Drittel der gesamten internationalen Gelder ab. Dies waren die Vereinigten Staaten (26 %), Deutschland (13 %), die Europäische Union (9 %), Norwegen (8 %) und die Schweiz (6 %).

Der US-Beitrag – traditionell die größte einzelne Summe – war schon 2024 gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel

GENDERGERECHTIGKEIT

Frauenrechte müssen in Algerien in der Praxis umgesetzt werden

Algerien hat wichtige Schritte zur Gleichstellung der Geschlechter unternommen, etwa als es im vergangenen Jahr seine Vorbehalte zu einem wichtigen Artikel der Frauenrechtskonvention (CEDAW) aufgab. Einer echten Reform stehen allerdings patriarchalische Strukturen im Weg – im Familienrecht und in der gesamten Gesellschaft.

VON KHADIDJA KELALECH



Algerische Frauen fordern am Internationalen Frauentag 2021 in Algier den Schutz der Frauenrechte.

Foto: picture alliance / Xinhua News Agency / Xinhua

In einer wegweisenden Entscheidung beschloss Algerien im August 2025 offiziell, seine Vorbehalte zu Artikel 15(4) der Frauenrechtskonvention (CEDAW) – einer bahnbrechenden internationalen Menschenrechtserklärung für Frauen – aufzugeben. Dieser Artikel räumt Frauen die gleichen Rechte hinsichtlich Freizügigkeit und der Wahl des Wohnortes ein wie Männern. Dass Algerien diesen Schritt gegangen ist, markiert eine wichtige gesetzliche Wende hin zur Gleichstellung der Geschlechter. Und das in einem Land, in dem patriarchale Auslegungen von Familie und Moral die Autonomie der Frauen bezüglich Mobilität und Wohnort seit Langem einschränken.

Allerdings verdeutlicht diese Entwicklung auch die Widersprüche in der algerischen Geschlechterlandschaft: Das Land weitet seine internationalen Verpflichtungen zwar aus, schränkt aber mit seinen nationalen Gesetzen und patriarchalischen Praktiken die Autonomie der Frauen weiterhin ein. Das algerische Familiengesetzbuch von 1984 enthielt ursprünglich Bestimmungen – wie etwa die Gehorsamspflicht in Artikel 39 –, die Frauen als Unselbstständige behandelten. Eine Reform von 2005 hob die Gehorsamsklausel jedoch auf und führte gegenseitige Pflichten der Ehepartner ein sowie das Recht, Vereinbarungen in Eheverträge aufzunehmen, etwa hinsichtlich des Rechts der Ehefrau auf Arbeit.

Einige restriktive Bestimmungen bestehen fort: Artikel 11 des Familiengesetzbuchs schreibt nach wie vor einen Wali (arabisch für einen männlichen „gesetzlichen Vormund“) in Eheverträgen vor, und in der Rechtspraxis wurde angebliche „Ungehorsamkeit“ mitunter als relevant für Scheidungs-, Unterhalts- oder Sorgerechtsentscheidungen angesehen. Das schränkt die Autonomie der Frauen im Familienleben und ihre Bewegungsfreiheit ein. Diese überdauernden Strukturen offenbaren das Spannungsverhältnis zwischen den sich wandelnden internationalen Verpflichtungen Algeriens und seiner konservativen Rechtskultur.

ALGERIENS REFORM IM FOKUS

Bei nationalen Debatten zur Gleichstellung der Geschlechter ist das 1996 von Algerien ratifizierte CEDAW-Übereinkommen seit Langem Thema. Bis August 2025 hielt Algerien an einem Vorbehalt zu Artikel 15(4) fest und verwies dabei darauf, dass er im Widerspruch zur Tradition und zum Familiengesetzbuch stehe – besonders zum inzwischen aufgehobenen Artikel 37, der die Wahl des Wohnsitzes regelte. Im August 2025 erließ Algerien ein Präsidialdekret, mit dem dieser Vorbehalt offiziell aufgehoben und das nationale Recht an internationale Normen angepasst wurde.

Theoretisch könnte sich die Reform erheblich auf die Lebensrealität von Frauen auswirken. Das gilt vor allem für Fälle von häuslicher Gewalt, erzwungenen Lebensgemeinschaften und

Praktiken wie der Anklage von Frauen wegen „Verlassens der ehelichen Wohnung“. Letztere dienten dazu, Frauen zu beschämen oder zu bestrafen, wenn sie Haushalte verließen, in denen sie missbraucht wurden. Die Aufhebung des Vorbehalts stellt eine neue Rechtsgrundlage dar, um Einschränkungen der Mobilität und die Wahl des Wohnorts von Frauen anzufechten.

GEWALT, MOBILITÄT UND PRIVATSPHÄRE

Häusliche Gewalt und Femizide gehören nach wie vor zu den größten Gefahren für die Sicherheit von Frauen in Algerien. Laut Féminicides Algérie wurden zwischen 2019 und 2024 insgesamt 315 Frauen getötet. Meist begingen Männer aus der Familie der Opfer die Morde: In 42,6 % der Fälle waren es Partner oder Ex-Partner, in 27,7 % der Fälle Verwandte wie Väter, Söhne oder Brüder. Diese Statistiken unterstreichen, wie stark Gewalt in der Privatsphäre verwurzelt ist und durch patriarchalische Kontrollideen gerechtfertigt wird. Das sind keine individuellen Tragödien, sondern Symptome einer Gesellschaftsordnung, die die Unabhängigkeit von Frauen immer noch für regelwidrig hält.

Für Frauen, die allein leben oder aus missbräuchlichen Familienverhältnissen fliehen wollen, kann dieses Klima lebensbedrohlich sein. Die Familie oder den Ehemann zu verlassen, wird oft als moralischer Affront gesehen, der nach Bestrafung schreit. Der Femizid an Chaima Saadou im Jahr 2020, die vergewaltigt und ermordet wurde, und der später in einer Form des Victim Blamings vorgeworfen wurde, ihr Zuhause verlassen zu haben, wurde zum Symbol für Straflosigkeit und gesellschaftlich verwurzelte Frauenfeindlichkeit. Ihr Fall initiierte die Bewegung #JusticePourChaima (Gerechtigkeit für Chaima), die aufdeckte, wie tief in Algerien die Kultur der Schuldzuweisung an die Opfer verwurzelt ist und dass sich die Kluft zwischen Rechtsreformen und tatsächlichem Schutz für Frauen vertieft. Dass solche Gewalt fortbesteht, zeigt: Wenn Algerien jetzt seinen CEDAW-Vorbehalt aufgibt und wenn Frauen ihr Recht auf Bewegungsfreiheit ohne Angst nutzen können sollen, sind robuste Schutzsysteme nötig, wie etwa Schutzunterkünfte, sichere Meldemechanismen und eine Rechenschaftspflicht der Strafverfolgungsbehörden.

FRAUENRECHTE IN NORDAFRIKA

Ein solches Spannungsverhältnis besteht nicht nur in Algerien. In ganz Nordafrika haben sich die Frauenrechte ungleich entwickelt, oft gefangen zwischen internationalem Druck, religiöser Auslegung und konservativen sozialen Normen.

Marokko reformierte 2004 sein Familienrecht (Moudawana) nach Lobbyarbeit von Frauenbewegungen und mit internationaler Unterstützung. Die Reform ersetzte das Gesetz von 1957/58 und brachte wichtige Fortschritte: Das Heiratsalter für Frauen wurde von 15 auf 18 Jahre angeho-

ben; auch Frauen dürfen nun die Scheidung einreichen; die gemeinsame Verantwortung der Ehepartner wurde anerkannt und die Pflicht zum Gehorsam abgeschafft. Dennoch gibt es weiter erhebliche Mängel im Erbrecht, und Richter können nach wie vor Ehen mit Minderjährigen genehmigen. Beide Punkte verdeutlichen, welchen Einfluss patriarchalische Normen weiterhin haben. Feministische Organisationen fordern seitdem erneut umfassende Reformen, um die Moudawana mit Artikel 19 der Verfassung von 2011 in Einklang zu bringen, der die Gleichstellung von Männern und Frauen verankert. Wegen politischer und kultureller Widerstände geht es aber nur langsam voran.

Tunesien gilt bei Frauenrechten vielen als fortschrittlichstes arabisches Land. Es begründete sein reformistisches Erbe mit dem Personenstandsgesetz von 1956. Das Gesetz schaffte die Polygamie ab, schrieb die beidseitige Zustimmung zur Ehe vor und führte die gerichtliche Scheidung ein. Tunesien verabschiedete 1985 die CEDAW und ließ seine Vorbehalte gegen die Konvention fallen, nachdem 2014 eine neue Verfassung beschlossen wurde, die explizit die Gleichstellung von Männern und Frauen garantiert. Seit Präsident Kais Saieds Machtkonsolidierung 2021 berichten Aktivistinnen jedoch von Rückschritten bei Frauenrechten, Kürzungen der Mittel für genderspezifische Programme sowie einer verzögerten Umsetzung des Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen von 2017. In den vergangenen Jahren hat sich die Regierung zunehmend auf nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung berufen, um Einschränkungen für zivilgesellschaftliche Organisationen zu rechtfertigen. Das schränkt den Spielraum für feministischen Aktivismus weiter ein.

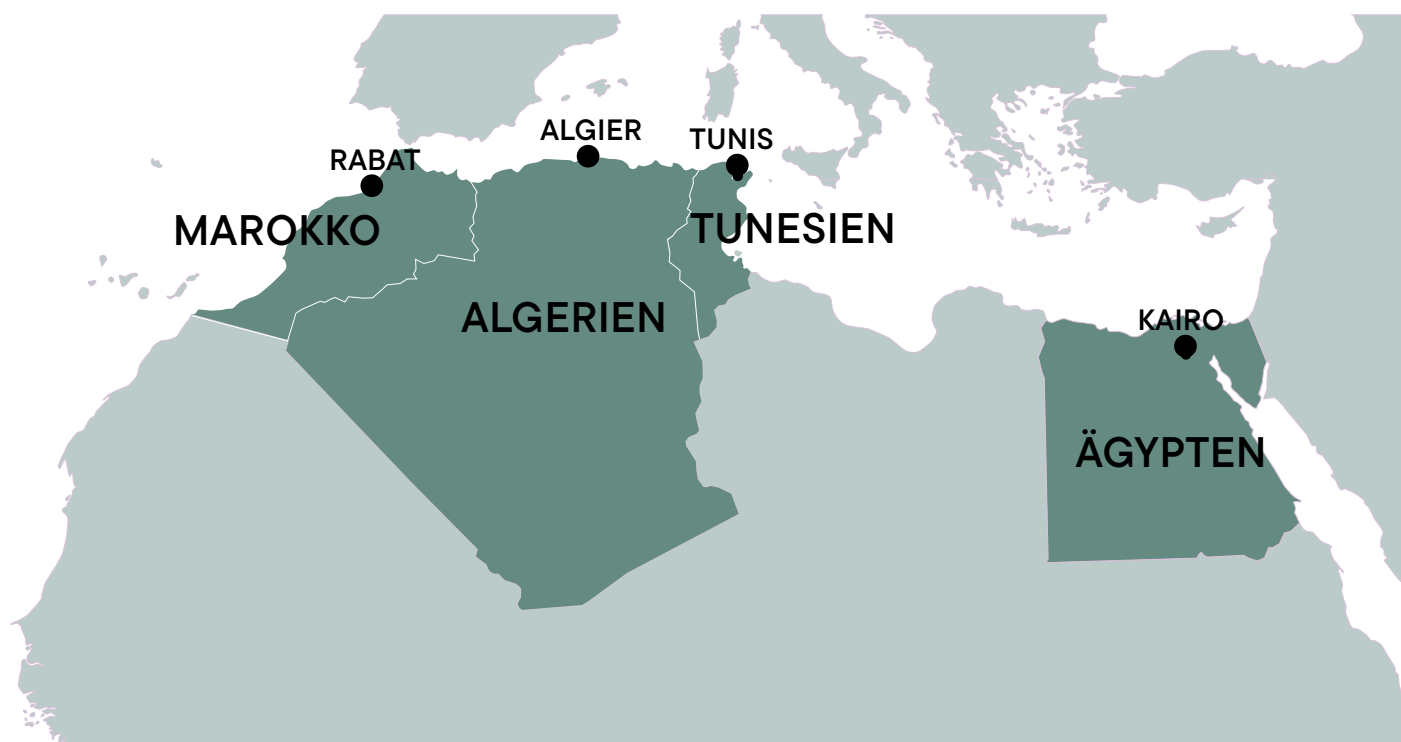
In **Ägypten** zeigt sich ein komplexes Bild. Das Land verabschiedete die CEDAW im Jahr 1981, behält aber Vorbehalte zu

mehreren Artikeln bei, darunter Artikel 16 zu Ehe und Familienbeziehungen sowie Teile von Artikel 2. Ägypten beruft sich dabei auf die Notwendigkeit, die islamische Scharia einzuhalten. Im Jahr 2021 löste ein von der Regierung vorgelegter Entwurf für ein Personenstandsgesetz großen Widerstand in der Zivilgesellschaft aus, so auch beim Egyptian Centre for Women's Rights (ECWR). Es ging um Bestimmungen, die als mögliche Einschränkung der Rechtsfähigkeit von Frauen angesehen wurden. Dazu gehören die Vormundschaft von Männern über minderjährige Kinder sowie die Kontrolle von Männern über Eheverträge und die Bewegungsfreiheit von Frauen. Der Gesetzentwurf wurde später zurückgezogen, und dennoch: Viele Gesetze erlauben im Rahmen der bestehenden Personenstandsregelungen männlichen Vormündern oder Ehemännern nach wie vor, wichtige Entscheidungen zu kontrollieren, sei es zur Mobilität von Frauen, zur Scheidung oder zum Sorgerecht für Kinder.

Algerien nimmt somit eine interessante Mittelposition zwischen seinen Nachbarn ein. Seine Rechtsreformen spiegeln die schrittweisen Fortschritte Marokkos wider, lassen aber Tunesiens institutionelle Kohärenz missen. Internationale Rahmenbedingungen werden zwar symbolisch eingehalten, aber deren praktische Umsetzung und ein echter kultureller Wandel bleiben wenig greifbar.

ALGERISCHES GESETZ GEHÖRT REFORMIERT

Dass Algerien seinen Vorbehalt gegenüber Artikel 15(4) aufgehoben hat, ist ein vielversprechender Schritt. Praktische Folgen werden allerdings davon abhängen, inwieweit nationales Recht und Praxis an internationale Standards angepasst werden. Damit diese Reform zu echten Veränderungen führt, muss Algerien als Erstes jene Bestimmungen des Familiengesetzbuchs überarbeiten oder aufheben, die patriarchalische



Vormundschaftsstrukturen aufrechterhalten – insbesondere die kodifizierte Autorität des Ehemanns als Familienoberhaupt. Es sind auch juristische und administrative Schulungen in geschlechtersensibler Auslegung nötig, damit Richter, Staatsanwälte und Polizei den Geist der Reform wahren und nicht auf patriarchalische Präzedenzfälle zurückgreifen.

Gesellschaftlich wird die Reform auf Widerstand stoßen. Selbst wenn sich Gesetze ändern, bleibt eine starke Stigmatisierung bestehen. Frauen, die unabhängig sein wollen oder missbräuchliche Beziehungen verlassen, erleben oft Ausgrenzung, wirtschaftliche Unsicherheit oder sogar Gewalt. Ohne einen gleichzeitigen gesellschaftlichen Wandel läuft die Rechtsreform Gefahr, ein rein symbolischer Akt zu bleiben.

Algerien muss seine Gesetzesänderungen daher mit breit angelegten Aufklärungskampagnen für Männer und Frauen sowie mit stärkeren Schutzmechanismen begleiten. Den Zugang zu sicheren Unterkünften, Rechtsbeistand und psychosozialer Unterstützung für Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt auszubauen, würde nicht nur sofortigen Schutz bieten. Es würde auch einen gesellschaftlichen Wandel signalisieren, hin zur Anerkennung der Autonomie von Frauen als einem Vorteil für alle – und nicht als Bedrohung für den sozialen Status der Männer.

Nicht zuletzt muss Rechenschaftspflicht eine wesentliche Rolle beim Fortschritt Algeriens spielen. International erhöht die Entscheidung die Glaubwürdigkeit des Landes im Hinblick auf Menschenrechtsabkommen der UN und der Afrikanischen Union. Allerdings haben die Fälle von Tunesien und Marokko gezeigt, dass Ratifizierungen und Reformen nur dann sinnvoll sind, wenn sie durch zivilgesellschaftliche Kontrolle und regionale Gremien unterstützt werden. Die nächste Phase der Umsetzung sollte deshalb geprägt sein von Partnerschaften mit feministischen Organisationen, transparenten Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt und messbaren Indikatoren für Fortschritt.

LINK

UN, 1979: Frauenrechtskonvention (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women – CEDAW).
ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/convention-elimination-all-forms-discrimination-against-women



KHADIDJA KELELECH

ist Postdoktorandin im Bereich Gender, Ethnizität und Migration in der MENA-Region, mit besonderem Schwerpunkt auf Algerien.

kelalechkhadidja@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

67. Jg. 2026

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30. März 2026 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos, Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Juja (AN), Ronald Sseguija Ssekandi, Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-3110

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

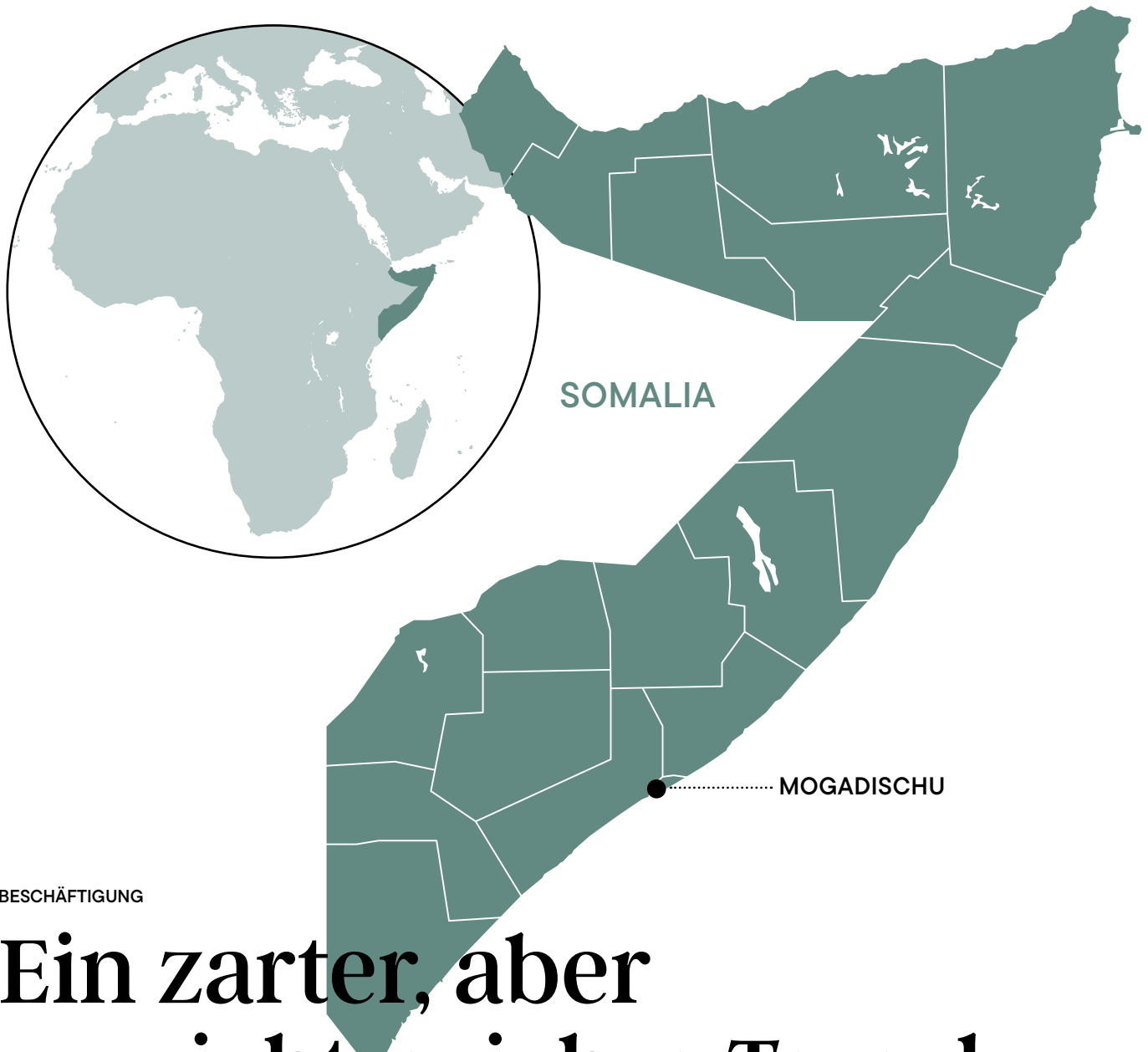
DESIGN:

Anabell Krebs, Charlotte Rother, Fridolin Kandel

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.



BESCHÄFTIGUNG

Ein zarter, aber aussichtsreicher Trend für Somalias Unternehmerinnen

Inmitten eines fragilen wirtschaftlichen Umfelds gründen junge Somalierinnen Start-ups. Viele sichern so den Lebensunterhalt ihrer Familien, haben aber kaum Zugang zu Märkten und Finanzmitteln. Mit den richtigen staatlichen Anreizen könnten sie noch mehr erreichen.

In Somalias Hauptstadt Mogadischu findet Arbeit nicht nur in Büros oder Fabriken statt, sondern oft auch zu Hause – im Wohnzimmer, in der Küche oder am Handy. In der ganzen Stadt und darüber hinaus bauen junge somalische Frauen mittlerweile selbst kleine Unternehmen auf. Nicht unbedingt, weil das Unternehmertum schon immer ihr Traum war, sondern vielmehr, weil formelle Arbeitsplätze nach wie vor rar sind. Angesichts der nach wie vor schwierigen Wirtschaftslage des Landes müssen viele Frauen ihren eigenen Arbeitsplatz erschaffen – und sind dadurch auch selbst resilienter geworden.

Generell spielt Unternehmertum eine zentrale Rolle für Somalias fragile Wirtschaft. Laut Weltbank werden geschätzt 76 % aller Arbeitsplätze im Land durch unternehmerische Aktivitäten geschaffen, die meisten davon informell. Frauen sind dabei eine treibende Kraft. In Städten wie Mogadischu und Bosaso besitzen sie rund 45 % aller etablierten formellen Unternehmen; und im ganzen Land betreiben Frauen Unternehmen von zu Hause aus. Dennoch werden Unternehmerinnen ausgebremst, auch weil sie nur begrenzten Zugang zu Finanzmitteln haben, soziale Erwartungen sie zurückhalten und sie nur schlecht an Märkte angebunden sind.

BOUTIQUEN UND EIN DESSERTGESCHÄFT

Die 28-jährige Kowther Abdikarim kennt diese Umstände nur zu gut. Sie hat ein Netzwerktechnik-Studium absolviert und einen Postgraduiertenabschluss gemacht, suchte aber dennoch jahrelang erfolglos nach einer formellen Anstellung. Schließlich gründete sie ein Unternehmen und verkauft nun von zu Hause aus Parfüms, Damenbekleidung, Schuhe und Taschen. Vor allem Social Media und mobile Zahlungsdienste haben es ihr ermöglicht, zu wachsen und durch Mundpropaganda einen treuen Kundenstamm aufzubauen. Abdikarim ist Teil eines allgemeinen Trends: Frauen nutzen immer häufiger ihre Fähigkeiten und Netzwerke, um Geld zu verdienen.

Da ist zum Beispiel die 26-jährige Hawa, die sich schon länger für Mode interessiert und nun eine kleine Boutique in ihrem Viertel eröffnet hat, in der sie lokal hergestellte Kleidung und Accessoires verkauft. Und da ist die 25-jährige Mariam; sie kombiniert ihre digitalen Fähigkeiten mit kulinarischem Know-how und betreibt ein Dessertgeschäft, das Cafés und Restaurants beliefert. Daneben verdient sie Geld mit TikTok-Werbung für lokale Marken. In gewisser Weise zeigen solche Geschichten, wie Frauen neu definieren, was als „richtige“ Arbeit gilt.

Doch es gibt nach wie vor Herausforderungen. Laut Weltbank werden zwar seit 2019 fast die Hälfte der 1600 Kreditnehmer*innen im Rahmen der Gargaara MSME Financing

Facility in Somalia von Frauen geführt; doch erhielten sie weniger als zehn Prozent des gesamten Kreditvolumens und haben so nur sehr eingeschränkte Wachstumsmöglichkeiten. Die meisten von Frauen geführten Unternehmen bleiben zudem informell, was den Zugang zu Schulungen, größeren Märkten und langfristiger Stabilität zusätzlich einschränkt. Laut UN ist die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen in Somalia außerdem oft von unbezahlter Pflegearbeit und kulturellen Erwartungen geprägt, was viele dazu veranlasst, Unternehmen zu gründen, die sie in der Nähe ihres Wohnortes betreiben können.

„WIRTSCHAFTLICHE FÜHRUNGSROLLE“

Für die Politikexpertin Fardosa Abdullahi ist dieser Trend sowohl vielversprechend als auch bezeichnend. „Frauen nehmen eine wirtschaftliche Führungsrolle ein“, sagt sie, „doch ohne gezielte Unterstützung – dazu zählen etwa Qualifizierungsmaßnahmen oder der Zugang zu Finanzmitteln und Märkten – wird ihr Wachstum begrenzt bleiben.“ Der Ökonom Uweis Abdullahi Ali stimmt dem zu. „Bei diesen Unternehmen geht es nicht nur darum, gerade so über die Runden zu kommen“, sagt er. „Das sind Zentren der Innovation und Widerstandsfähigkeit. Mit der richtigen Unterstützung könnten sie die lokale Wirtschaft verändern.“

Einige Fortschritte zeichnen sich bereits ab. Für Unternehmerinnen wächst das Angebot an Finanzschulungen und Unterstützung bei der Unternehmensentwicklung – durch Programme, die von UN und Weltbank unterstützt werden, aber auch durch lokale Initiativen. Dennoch bleibt der Weg für Frauen wie Kowther, Hawa und Mariam ungewiss.

Jedes verkaufte Produkt und jede Kundenbeziehung ist trotzdem mehr als nur gut fürs Einkommen. Es ist Zeichen gelebter Unabhängigkeit und erinnert daran: Somalische Frauen warten nicht einfach auf bessere Zeiten, wenn Arbeitsplätze knapp sind. Sie schaffen sich ihre eigenen.



BAHJA AHMED

ist freiberufliche Autorin, Pädagogin und humanitäre HelferIn aus Mogadischu, Somalia.

bahmedmuse@gmail.com



**KI ist da.
Sind wir bereit?**

Die Zukunft gestalten immer noch Menschen

Die Menschheit ist auf dem Weg in eine neue Realität: Die Frage ist nicht mehr, ob Künstliche Intelligenz unser Leben verändert, sondern wie – und wer dabei das Sagen hat.

VON EVA-MARIA VERFÜRTH

Zwei Nachrichten zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) haben mich in der letzten Zeit besonders nachdenklich gemacht. Da ist zunächst die Informationslage zum Krieg im Nahen Osten. Jeder Krieg ist auch ein Kampf um Bilder, und dieser ist wie nie zuvor von KI geprägt. Alle Kriegsparteien fluten das Netz mit gefälschten Videos. Das iranische Regime verbreitete selbst von realen Ereignissen KI-generierte Bilder. Auf Social Media sind synthetische Kriegsvideos so profitabel geworden, dass selbst X nun auf Kennzeichnung besteht. Während echte Stimmen aus Iran kaum durchdringen, ertrinken wir in Fakes. Wem soll man noch glauben, wenn die Wahrheit in den Informationsfluten abtaucht?

Die andere Nachricht war, dass das Unternehmen Anthropic (Entwickler der Claude-KI) Anfang März 2026 von der Trump-Regierung als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft wurde. Der Grund: Anthropic weigert sich, seine KI für Massenüberwachung und vollautonome Waffen bereitzustellen. Hat noch jemand Fragen dazu, was Washington mit KI vorhat? Ein Unternehmen, das auch nur minimale ethische Grenzen zieht, ist jedenfalls offensichtlich nicht erwünscht.

KI KÖNNTE SO VIEL FÜR DIE MENSCHHEIT ERREICHEN

Beide Beispiele zeigen, was für ein mächtiges Instrument KI ist – und wie entscheidend die Frage ist, wer sie steuert. Denn es steht außer Frage, dass KI für die Menschen viel Gutes bewirken könnte. Auf den Bildschirmen der Welt vollzieht sich längst eine leise, alltägliche Revolution. KI liefert Weiterbildung, Rechtsberatung, Therapie, macht Arbeit effizienter. Sie verbessert Gesundheitsleistungen und optimiert Stromnetze, kann in Krisensituationen helfen und bei der Anpassung an den Klimawandel. KI kann Inklusion schaffen – über Sprache, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit.

Viele Initiativen zeigen, dass sich KI entwickeln lässt, die Ressourcen schont und Entwicklung voranbringt. In den falschen Händen aber kann sie Demokratien zerstören und Manipulation ermöglichen. Die Schattenseiten von KI sind schon jetzt massenhafte Datensammlung, Wahrheitsverzerrung, Umweltzerstörung und ein geopolitisches Rennen um Rohstoffe.

REGULIERUNG MUSS SCHNELLER SEIN

Die verbreitetsten KI-Systeme liegen heute in der Hand einiger weniger Tech-Firmen, deren Geschäftsmodell nicht am Gemeinwohl, sondern an Wachstum und Profit ausgerichtet ist. Sie üben massiv Druck auf die Politik aus. In den USA lobbten sie sogar für ein zehnjähriges Verbot staatlicher KI-Gesetze – ein Vorstoß, den der Senat jedoch ablehnte. Es ist höchste Zeit, dass wir aktiv werden: Es braucht Datensicherheit, Souveränität und ethische Grenzen.

Vorgehen können dabei die Staaten mit wirtschaftlichem und politischem Gewicht. Die EU hat ihren AI Act beschlossen – jetzt ist politischer Mut gefragt, diesen auch gegen Widerstand durchzusetzen. Bei Social Media waren wir viel zu langsam. Bei KI müssen wir es besser machen und vor allem schneller sein – und auf Technologie setzen, die das Gemeinwohl fördert. KI wird die nächsten Jahre beispiellos prägen, aber es ist immer noch an uns Menschen, über diese Zukunft zu bestimmen.



EVA-MARIA VERFÜRTH
ist Chefredakteurin von E+Z.
euz.editor@dandc.eu

Sieben gute KI-Stories

Künstliche Intelligenz verändert schon heute unsere Welt. Hier stellen wir sieben KI-Projekte vor, die einen positiven Einfluss auf das Leben von Menschen im Globalen Süden haben.



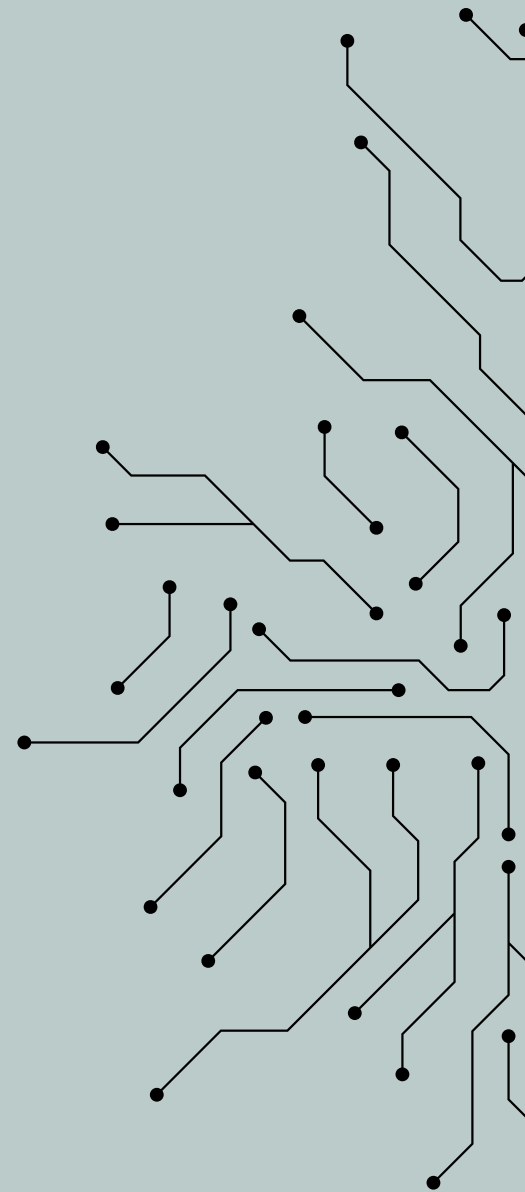
TERP 360: GESPROCHENES WORT WIRD ZU GEBÄRDEN-SPRACHE

In vielen Ländern Afrikas fehlt es an qualifizierten Gebärdensprachdolmetscher*innen. Das erschwert den Zugang zu Bildung, Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen für gehörlose und hörgeschädigte Menschen. Hier setzt Terp 360 an, eine KI-gestützte Anwendung des kenianischen Innovators Elly Savatia. Die Idee zu Terp 360 entstand während einer Unterrichtsstunde im Norden Kenias, wo Savatia ein akutes Problem beobachtete: Es gab nur einen Dolmetscher für insgesamt 300 gehörlose Schüler*innen.

Die App übersetzt gesprochene Sprache in Gebärdensprache und zeigt die Übersetzung durch 3D-Avatare. Diese Avatare sollen nicht nur einzelne Zeichen aneinanderreihen, sondern Gebärden in einer natürlich wirkenden Form darstellen.

Terp 360 basiert auf einem wachsenden Datensatz von mehr als 2300 lokal aufgezeichneten Gebärden, die eine kulturell relevante Verbindung herstellen sollen. Gehörlose und hörgeschädigte Menschen waren an der Entwicklung der App beteiligt, die im vergangenen Jahr mit dem Africa Prize for Engineering Innovation ausgezeichnet wurde.

Terp 360 hat bereits mit mehr als 2000 Menschen mit Hörbehinderungen interagiert. Savatia plant, den Wortschatz sowie Dialekte und Redewendungen in der App zu erweitern.



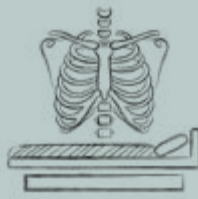


GEGEN DIE DIGITALE SPRACHLÜCKE: INKUBALM UND SARVAM AI

Künstliche Intelligenz stößt schnell an ihre Grenzen, sobald es um Sprachen geht, zu denen es wenig Trainingsdaten gibt. Zwei Modelle aus Afrika und Indien setzen genau dort an.

Die Firma Lelapa AI entwickelt mit InkubaLM ein mehrsprachiges Large Language Model (LLM), also ein Sprachmodell, das Texte verstehen und erzeugen kann. InkubaLM konzentriert sich auf afrikanische Sprachen, die digital unterrepräsentiert sind. Zum Start 2024 unterstützte das Modell Kiswahili, Yoruba, isiXhosa, Hausa und isiZulu. Es soll grundlegende Sprachaufgaben wie Übersetzung und Transkription sowie weitere Verfahren der automatischen Sprachverarbeitung ermöglichen. InkubaLM baut dafür auf zwei Datensätzen auf. Lelapa AI stellt Modell und Ressourcen offen zur Verfügung.

Sarvam AI, 2023 gegründet von Vivek Raghavan und Pratyush Kumar, arbeitet mit Datensätzen zu 22 offiziellen indischen Sprachen und entwickelt mehrere Bausteine: ein Modell zur automatischen Spracherkennung für zehn indische Sprachen, ein Übersetzungsmodell für 110 Sprachpaare sowie ein Sprachsynthese-Modell, das Dokumente – auch historische und mehrsprachige – auslesen kann.

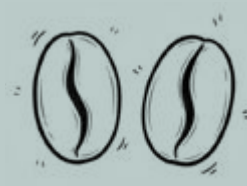


MINOHEALTH AI LABS: KI- GESTÜTZTE BILDDIAGNOSTIK ALS ANTWORT AUF RADIOLOGIE- ENGPÄSSE

In Teilen Afrikas fehlt es besonders an Fachpersonal für bildgebende Diagnostik. Radiolog*innen werten Röntgen-, CT- oder Mammografie-Aufnahmen aus und erkennen dabei Hinweise auf Krankheiten. Wo es zu wenige dieser Fachleute gibt, verzögern sich Diagnosen – mit Folgen für Behandlung und Überlebenschancen. Das ist der Ausgangspunkt für das ghanaische Unternehmen MinoHealth AI Labs, gegründet vom KI-Experten Darlington Akogo.

Der Ansatz: KI-Systeme sollen medizinische Bilder automatisch auswerten und damit Ärzteteams unterstützen – kostengünstig und in weniger als einer Minute. Nach eigenen Angaben entwickelt MinoHealth AI unter anderem Modelle, die auf Brustkorb-Röntgenbildern 14 Befunde erkennen sollen – zum Beispiel Lungenentzündung, Fibrose oder Flüssigkeit zwischen Lunge und Brustwand. Die KI soll auch bei der Erkennung von Brustkrebs in Mammografien helfen. Ein zweites Feld sind Infektionskrankheiten. MinoHealth AI entwickelt KI-Systeme für Malaria sowie für das Screening von Covid-19 und für tuberkulosebedingte Schäden, die sich in Röntgenaufnahmen zeigen können.

Solche Anwendungen ersetzen keine klinische Expertise, können aber helfen, knappe Ressourcen gezielter einzusetzen – sofern Datenqualität, klinische Validierung und verantwortliche Nutzung stimmen.



CROPPIE: DEN ERTRAG DER KAFFEEERNTE ZUVERLÄSSIGER VORHERSAGEN

Viele Kleinbäuerinnen und -bauern im Kaffeeanbau stehen vor der Schwierigkeit, ihre Erträge bereits vor der Ernte möglichst präzise zu schätzen, um auf Schwankungen reagieren zu können. Üblicherweise tun sie dies manuell, was allerdings zeitaufwendig und fehlerträchtig ist.

Hier kommt „Croppie“ ins Spiel. Das KI-Tool unterstützt Bäuerinnen und Bauern bei der Schätzung ihrer Erträge und gibt ihnen damit mehr Planungssicherheit. Es funktioniert so: Die Bäuerinnen und Bauern laden Fotos ihrer Kaffeepflanzen in die Croppie-App hoch. Die KI erkennt die Kaffeekirschen an der Pflanze, zählt sie und leitet daraus eine Vorhersage für die Ernte ab. Basierend auf den Prognosen gibt die App außerdem Empfehlungen zum Anbau.

Trainiert wurde die KI zunächst mit Datensätzen von mehreren Tausend Bäuerinnen und Bauern aus Kolumbien und Peru. Inzwischen wurde das Projekt auf Uganda ausgeweitet, und die Daten und das Modell stehen open source für weitere Nutzung zur Verfügung. Hinter „Croppie“ stehen Producers Direct, eine NGO von und für Kleinbäuerinnen und -bauern, das Internationale Zentrum für tropische Landwirtschaft (CIAT), die Forschungseinrichtung Bioversity International und die ugandische Firma M-Omulisa. Das Projekt wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch die GIZ-Initiative FAIR Forward – KI für alle unterstützt.



SUNBIRD AI: STROMVERSORGUNG AUF DEM LAND PLANEN

Um die ländlichen Gebiete Ugandas mit Strom zu versorgen, liegt es nahe, auf erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind und Biomasse zu setzen. Allerdings fehlt es den Planungsbehörden oft an relevanten Daten, um die beste Lösung zu finden: Ist es vorteilhafter, das Stromnetz auszubauen, lokale Netze getrennt vom großen Stromnetz zu errichten (Mini-Grids) oder Solarzellen auf Wohnhäusern anzubringen?

Im Distrikt Lamwo im Norden von Uganda können die Behörden seit einiger Zeit ein KI-Tool zu Rate ziehen, entwickelt von der gemeinnützigen KI-Firma Sunbird AI mit Unterstützung des GIZ-Projekts *FAIR Forward – KI für alle*, das im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) umgesetzt wird, und des ugandischen Energieministeriums. Das Tool analysiert verschiedene Datensätze, darunter den Open-Buildings-Datensatz von Google, und identifiziert unter anderem verschiedene Arten von Gebäuden und Umriss von Siedlungen. Diese Infos nutzt es, um Vorschläge zur optimalen Elektrifizierung zu machen. Die Datensätze und KI-Modelle sind frei verfügbar.



QUIZAT: LERNEN TROTZ WIDRIGER UMSTÄNDE

Hamza Hourani und Bashar Saaduddin Al Jbawi entwickelten die syrische Bildungs-App Quizat, um Schüler*innen spielerisch Lerninhalte zu vermitteln und Eltern teuren Nachhilfeunterricht zu ersparen. Bereits vor dem Sturz des Ex-Machthabers Baschar al-Assad Ende 2024 trotzten die Gründer der Schikanierung durch das sterbende Regime und ermöglichten Tausenden syrischen Schüler*innen digitales Lernen inmitten zerstörter Bildungsinfrastruktur.

Quizat basiert auf KI-gestützten Lerninhalten und animiert mit prüfungähnlichen Quiz-Aufgaben zum personalisierten Lernen. Angeboten werden Fächer wie Arabisch, Englisch und Französisch, aber auch Mathematik, Physik, Geschichte, Religion oder Geografie sowie Allgemeinwissen. Die App läuft relativ robust, auch auf älteren Smartphones und bei schlechter Stromversorgung. Das Quizat-Team, in dem auch mehrere Frauen arbeiten, plant nun, das Angebot über die Grenzen Syriens hinaus auszubauen.



CHEQUEABOT: MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ GEGEN DESINFORMATION

Ein Problem bei Desinformation ist, dass sie immer schneller produziert als widerlegt wird. Es ist eben leichter, sich eine Lüge auszudenken, als sie zu widerlegen. Doch KI kann nicht nur für die massenhafte Verbreitung von Falschnachrichten genutzt werden – sie kann auch dabei helfen, Faktenchecks schneller und effizienter zu machen. Die argentinische Faktencheck-Organisation Chequabot setzt dafür seit rund zehn Jahren einen KI-Bot ein, der kontinuierlich weiterentwickelt wird und heute von Faktencheck-Organisationen und Newsrooms in mehreren Ländern genutzt wird.

Der Chequabot durchsucht Nachrichten und politische Reden nach überprüfbaren Aussagen und gleicht diese mit bereits existierenden Faktenchecks ab. So erhalten Faktenchecker*innen automatisiert eine Übersicht, welche Informationen sie verifizieren müssen – und zu welchen Aussagen bereits Faktenchecks vorliegen. Zusätzlich kann das Tool Social-Media-Plattformen beobachten und schlägt Alarm, wenn es Desinformation vermutet.

POLITIK

Wie Künstliche Intelligenz die Demokratie beeinflusst

Politische Wahlen verändern sich in Zeiten von KI: Da erhalten Wahlberechtigte auch schon mal Anrufe von Avataren, oder Verstorbene sprechen Wahlempfehlungen aus. Aber auch Desinformation und Hetze nehmen zu. Wir fragen die Technologie- und Politikexpertin Katja Muñoz von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Kann die Demokratie in Zeiten von KI bestehen?

KATJA MUÑOZ IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Es wurde schon viel darüber diskutiert, wie digitale Desinformationskampagnen, Bots und Trolle Wahlen beeinflussen – man denke an die Enthüllungen rund um Cambridge Analytica bei den US-Wahlen 2016 oder die russischen Manipulationsversuche. Mittlerweile gibt es noch viel mehr technische Möglichkeiten: Wie wirkt sich Künstliche Intelligenz (KI) auf Meinungsbildung und Demokratie aus?

KI ist ein Werkzeug, das in alle Richtungen beschleunigend wirkt. Zum Beispiel bei der Content-Erstellung: KI ermöglicht es, hyperpersonalisierte Inhalte sehr schnell und sehr kostengünstig zu erstellen. Man kann mit KI-Tools heute umsonst zehnhundert Deepfake-Videos erstellen. Das nutzen demokratische Parteien, die strategisch kommunizieren möchten – aber auch Akteure, die Informationsräume manipulieren wollen.

Wozu nutzen politische Parteien in Deutschland KI?

Zum einen für Weiterbildung: Das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) hat zum Beispiel für Debattentrainings ein KI-Modell genutzt, das Gegenargumente liefert. Einige Kandidat*innen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) lassen sich Texte zusammenfassen und auf dem Weg zwischen Terminen als Podcasts vorlesen. Partei-

en nutzen KI aber auch, um Daten besser zu verarbeiten und gezieltere politische Narrative für unterschiedliche Wählergruppen zu entwickeln. Die Volt-Partei hat solche Strategien genutzt und ist bei der Europawahl von 0,7% (2019) auf 2,5% (2024) gewachsen, was für eine so junge Partei eine bemerkenswerte Entwicklung ist.

Wann wird der Einsatz von KI problematisch?

Problematisch wird es natürlich, wenn KI genutzt wird, um falsche Tatsachen zu suggerieren und zu täuschen, oder wenn synthetische Bilder nicht gekennzeichnet werden. Letzteres ist durch die KI-Verordnung in der EU inzwischen auch verboten. In Deutschland hat etwa die AfD-Partei Poster mithilfe von KI erstellen lassen und dafür hochgradig emotionale Bilder genutzt, ohne sie zu kennzeichnen. Einen Fall in Göppingen fand ich besonders interessant: Auf dem Plakat war eine Frau abgebildet, daneben stand „Dr. Stefanie Müller“ und ein Zitat, in dem sie erklärt, weshalb sie AfD-Mitglied ist. Frau Dr. Stefanie Müller existiert aber nicht – und auch das war nicht gekennzeichnet.

Sie haben angesprochen, dass Parteien ihre Inhalte mit KI gezielter auf einzelne Zielgruppen zuschneiden können. Das ist erst einmal nichts Neues: Jede Partei

versucht, Wählergruppen strategisch anzusprechen. Aber wie verändert es die gesellschaftliche Debatte, wenn dies nun viel genauer möglich ist, verstärkt das nicht die Filterblasen?

Ja, durchaus. Man kann mit KI sehr genaue Wählerprofile für bestimmte Regionen erstellen, inklusive der Interessen und Motivationen der Menschen. Auf dieser Grundlage kann man dann in unterschiedlichen Regionen verschiedene Botschaften platzieren. In Michigan zum Beispiel hat die mit Elon Musk verbundene Future Coalition PAC in einem Bezirk mit vielen muslimischen Bürger*innen Kamala Harris als Israel-Freundin dargestellt – und im nächsten Bezirk, in dem eher jüdische und konservativ-christliche Wähler*innen lebten, als Palästina-Unterstützerin. Solch eine extrem personalisierte Platzierung von hoch emotionalen Narrativen fördert Polarisierung und macht es schwer, wieder zusammenzukommen. Das schadet langfristig dem demokratischen Konsens. Ein oder zwei Prozentpunkte mehr an der Wahlurne mögen kurzfristig attraktiv sein, aber die Konsensfindung, die die Demokratie langfristig trägt, wird dabei gestört.

Gesellschaftliche Polarisierung ist insbesondere durch die Debatten auf Social-Media-Plattformen schon länger ein wachsendes Problem. Was ist neu?

KI beschleunigt viele Prozesse und senkt die Ressourcenschwelle, auch für nichtstaatliche Akteure, die Kampag-

nen durchführen wollen. Bot-Netzwerke, die autonom agieren, sind heute wesentlich einfacher und billiger einzusetzen als früher. Dafür braucht man heute keine großen Trollfabriken mehr.

Für ein Forschungsprojekt aus dem Jahr 2024 haben Sie die Wahlen in sechs Ländern beobachtet, unter anderem in Indien. Wie haben die Parteien dort KI eingesetzt?

In erster Linie hat KI hier wie ein Gleichmacher gewirkt. Erstmals konnten auch kleinere, kommunale Parteien auf Ressourcen wie Grafikdesign, Texterstellung und strategische Kommunikation zugreifen. Die großen Parteien wiederum haben vor allem ihre traditionellen Kampagnenmethoden mit KI-Unterstützung ausgeweitet. Hyperpersonalisiertes Microtargeting ist bei knapp einer Milliarde Wahlberechtigten eine enorme Herausforderung, aber mit KI war da viel möglich. Beispielsweise wurde ein KI-Avatar mit der Stimme eines Gouverneurs erstellt, der Wahlberechtigte über WhatsApp anrief oder mit ihnen chattete. Je nach Region wurde die Botschaft angepasst; in Gebieten mit vielen Landwirt*innen sprach der vermeintliche „Gouverneur“ beispielsweise über Subventionen. Die Leute wussten allerdings nicht, dass sie mit einem Bot sprachen. Wenn man einen Anruf vom Gouverneur bekommt und ein bisschen mit ihm plaudern kann, fühlt man sich natürlich ganz anders angesprochen.

„Die große Beteiligung an der Umfrage zeigt, dass der Wunsch nach Teilhabe noch da ist, egal, was die Medien über Polarisierung sagen. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimme gehört wird, dann machen sie auch mit.“



Was wurde noch gemacht?

Es gab sogar ein Deepfake eines verstorbenen Politikers, der in KI-Videos eine Wahlempfehlung aussprach. Das war auch alles mit der Familie des Verstorbenen abgesprochen. Aber nicht alle Anwendungen waren so ausgefallen; KI wurde auch viel für Übersetzungen genutzt. Indien hat 22 offizielle Landessprachen, dazu viele Dialekte. Ansprachen des Premierministers Narendra Modi wurden simultan in lokale Sprachen übersetzt und die Mimik angepasst, was mehr emotionale Nähe und Verbundenheit schafft und politische Inhalte zugänglicher macht. Darüber hinaus gab es aber natürlich auch unhaltbar viel Desinformation.

Viele von diesen KI-Einsatzmöglichkeiten sind zweischneidig – sie können Politik zugänglicher machen, aber auch Spaltung vorantreiben. Kann KI auch zur Stärkung von Demokratie beitragen?

Absolut. Da ist das Beispiel einer Bürgerinitiative aus Kentucky in den USA sehr spannend. Die Stadt Bowling Green hat eine Forschungsgruppe von Google – das Jigsaw-Team – gebeten, eine Methodik und ein KI-Tool zu entwickeln, um Bürgermeinungen einzuholen und auszuwerten. Die Stadt hat eine stark durchmischte Wählerschaft und wollte die Kommunikation mit der Bevölkerung verbessern. Befragungen wurden offline an sogenannten „Third Places“ durchgeführt, also sozialen Begegnungsorten wie Bibliotheken oder Friseursalons, zu denen Menschen persönlich hingehen. Dort konnten Bürger*innen Fragen beantworten. Parallel gab es eine Online-Möglichkeit. Alles anonym, aber mit Verifikation, sodass keine Person mehrfach teilnehmen konnte. Das wurde über die ganze Stadt ausgerollt und etwa zehn Prozent der Bevölkerung haben sich beteiligt, was ein außergewöhnlich hoher Anteil ist.

KI wurde dann genutzt, um diese Daten zu analysieren, Beleidigungen herauszufiltern und echte Anliegen herauszuarbeiten – und das Ganze an die lokale Regierung weiterzugeben. Die große Beteiligung an der Umfrage zeigt, dass der Wunsch nach Teilhabe noch da ist, egal, was die Medien über Polarisierung sagen. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimme gehört wird, dann machen sie auch mit.

Das ist ein interessantes Beispiel, denn die Befragung hat nicht nur online, sondern auch offline stattgefunden. Was kann KI hier leisten – und was nicht?

KI ist keine Lösung für alles. Bestimmte Anliegen werden über Menschen besser gelöst. Aber KI kann helfen, Massen an Daten zu verarbeiten, Hass herauszufiltern und die zugrunde liegenden Bedürfnisse zu identifizieren – und auch Stimmen einzubeziehen, die sich sonst vielleicht nicht äußern würden. Das ist genau das Gegenteil von dem, was online oft passiert, wo Menschen sehr gezielt auseinandergetrieben werden. Dagegenzuhalten ist schwer – aber möglich.

Der Wahlerfolg von Zohran Mamdani, dem Bürgermeister von New York, war so ein Beispiel. Er wurde ja viel als Internet-Sensation gefeiert, aber das alleine war es nicht.

Das Wahlkampfteam von Mamdani hat in den letzten Monaten vor der Wahl in der ganzen Stadt an Türen geklopft und das persönliche Gespräch gesucht, und auch Mamdani selbst war viel auf der Straße unterwegs. Liegt darin das Geheimnis?

Es liegt in einer Symbiose aus Online- und Offline-Mobilisierung. Mamdanis Kampagne hat sehr effektiv über Partizipation mobilisiert. Darum geht es bei Demokratiearbeit auch in erster Linie: Teilhabe zu stärken. Und dafür kann man auch Technologien nutzen, etwa um wieder mehr Stimmen einzubeziehen oder zu ermöglichen, dass sich nicht immer die Lautesten in den Vordergrund drängen können.

Regulierung ist wichtig, um der KI-Nutzung Grenzen zu setzen. Sie erwähnten zum Beispiel die neue Kennzeichnungspflicht für KI-Inhalte in der EU. Doch nicht überall gibt es solche Gesetze. Wie ist die Lage im Globalen Süden?

Diese Länder haben meist keinen regulatorischen Rahmen. Die großen Tech-Firmen sind schon in Europa sehr resistent gegenüber Auflagen, und Anliegen aus dem Globalen Süden ignorieren sie häufig vollständig. Andererseits ist dort das Bewusstsein für den manipulativen Charakter von Social Media oft höher. Junge Menschen mobilisieren sich online, treffen sich dann aber physisch in der Bar. Das ist keine bewusste Strategie, sondern einfach gelebte Kommunikation. Und sie nutzen die Technologie für ihre Anliegen: In Nepal zum Beispiel hat die Regierung versucht, die GenZ-Proteste durch einen Internet-Shutdown zu unterdrücken – was komplett nach hinten losgegangen ist. Die Proteste wurden größer, die Regierung trat zurück, und die Wahl der Interimspremierministerin fand über die Plattform Discord statt. Hier wurde eine soziale Plattform zum Demokratieinstrument. Hier im Globalen Norden sind die Systeme festgefahrener und können nur langsam auf neue Herausforderungen reagieren, was einige Akteure nutzen, um Zwietracht zu säen. Im Globalen Süden, wo die Jugend demografisch einen viel größeren Anteil ausmacht, ist der Frust größer, die Mobilisierung stärker – und auch die Bereitschaft größer, Technologie kreativ und inklusiv einzusetzen. Das finde ich ziemlich beeindruckend.



Foto: DGAP

KATJA MUÑOZ

ist Senior Research Fellow im Zentrum für Geopolitik, Geoökonomie und Technologie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Sie forscht zum Zusammenspiel von Künstlicher Intelligenz, Demokratie und hybriden Bedrohungen.

[linkedin.com/in/drkatjamunoz](https://www.linkedin.com/in/drkatjamunoz)

HIGH-TECH

Weshalb sich der Globale Süden Tech-Pessimismus nicht leisten kann

KI-Technologien bieten den Menschen im Globalen Süden enorme Chancen, ihre Lebensrealität wird bei deren Entwicklung allerdings kaum berücksichtigt. Unser Interview mit Payal Arora, Professorin für „Inclusive AI Cultures“ an der Universität Utrecht, ist ein dringender Aufruf, die Möglichkeiten der KI zum Wohle der Menschen und des Planeten einzusetzen – nicht für das Silicon Valley.

PAYAL ARORA IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH



Foto: E+Z, KI-generiert

KI-Anwendungen werden unter anderem zur Weiterbildung und zur Informationsbeschaffung genutzt.

Im vergangenen Jahr sind die Schattenseiten von Internet und Künstlicher Intelligenz (KI) immer offensichtlicher geworden. Wir haben die Machtkonzentration bei einer Handvoll Tech-Oligarchen gesehen und die Risiken, die von unregulierten KI-Systemen ausgehen. Dagegen war Ihnen immer wichtig, aufzuzeigen, dass KI für die Menschen weltweit Chancen und Hoffnung bringt. Sehen Sie das nach alledem, was im vergangenen Jahr geschehen ist, immer noch so?

Absolut. Diese Technologien verändern das Leben vieler, besonders in den Ländern der Majority World, wo viele Menschen in einem ressourcenarmen, gefährlichen und oft zutiefst repressiven Umfeld leben. Trotz aller Nachteile und Risiken sind diese Tools ein wesentlicher Teil unseres öffentlichen Lebens geworden.

Können Sie ein Beispiel nennen, welche Möglichkeiten KI in einem repressiven Umfeld bietet?

Seit die Taliban wieder an der Macht sind, wurden Frauen in Afghanistan in eine für uns unvorstellbare Lage zurückgedrängt. Sie haben keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und öffentlichen Räumen; sie dürfen nicht einmal am Fenster stehen. Ihnen wird die Grundlage des menschlichen Daseins vorenthalten: die Möglichkeit, miteinander in Kontakt zu treten. Die Selbstmordraten sind in die Höhe geschossen. Für diese Frauen ist digitale Technologie unverzichtbar geworden, besonders die empathische Art der Kommunikation von KI-Tools wie Claude oder DeepSeek. Mit ihnen können die Frauen Gespräche führen und sich weiterbilden; sie können sich gesehen und gehört fühlen.

Ein weiteres Beispiel: Mehr als 60 Länder weltweit stellen Homosexualität unter Strafe, oft sogar unter Todesstrafe. Queere Menschen in diesen Ländern können nicht einmal offen mit ihren Familien, Freund*innen oder Nachbar*innen sprechen. Also fragen sie die KI, ob das, was sie fühlen, normal ist. Und die GenAI-Tools werden antworten: Ja, es ist normal, und es ist vollkommen gesund. Diese Rückmeldung kann viele Menschen vor Depressionen und Selbstmord bewahren, sofern ihre Daten ausreichend geschützt sind.

Wie erleichtert KI den Alltag, wenn es an Ressourcen fehlt?

Frauen in Indien etwa verbringen neben ihrer beruflichen Tätigkeit viel Zeit mit Care-Aufgaben. Sie nutzen KI-Tools, um Fragen zu beantworten wie: „Ich habe eine Viertelstunde Zeit, folgende Zutaten im Kühlschrank, ältere Schwiegereltern mit Einschränkungen bei der Ernährung und Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen; was kann ich kochen, das für alle passt?“ Das sind alltägliche, aber unverzichtbare Strategien, um mit einer erdrückenden Belastung umzugehen. Oder denken Sie an Kinder, deren Eltern keine Schule besucht haben und ihnen nicht bei den Hausaufgaben helfen können – was tatsächlich auf sehr viele Schüler*innen auf der ganzen Welt zutrifft. Wenn sich ihre Eltern keinen Nachhilfeunterricht leisten können, kann KI ihnen

helfen. Ja, KI-Tools machen Fehler, aber das ist immer noch besser, als gar keine Unterstützung zu haben.

Kritische Stimmen warnen vor den Risiken eines unregulierten Einsatzes von KI. Nehmen wir zum Beispiel potenziell schädliche Gesundheitstipps: Sind da nicht strenge Vorschriften nötig?

Wir diskutieren immer wieder, ob man Social Media verbieten oder KI einschränken sollte, ohne aber wirklich die Erfahrungen der Menschen zu berücksichtigen. Weshalb haben KI-Tools wie ChatGPT und DeepSeek Download-Rekorde gebrochen? Weshalb nutzen Milliarden von Menschen sie für Gesundheitsratschläge oder zur Weiterbildung? Weil die meisten Menschen, besonders in Ländern der Majority World, keinen angemessenen Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung oder Bildung haben. Das gilt sogar im Westen: Überlegen Sie einmal, wie lange es dauert, über die öffentlichen Gesundheitssysteme in europäischen Ländern an einen Psychotherapieplatz zu kommen – und wenn sie ihn dann haben, verstehen die Therapeut*innen womöglich nicht einmal Ihren kulturellen Kontext. KI ersetzt weder Lehrer*innen noch Fachkräfte für psychologische Gesundheitsversorgung; sie springt einfach dort ein, wo Zugang oder Qualität fehlen. Es ist schwer, sich das einzugestehen, aber oft bietet KI bessere Dienstleistungen als unsere Institutionen. Statt darüber zu diskutieren, ob eine Technologie verboten werden soll oder nicht, sollten wir den Aufstieg der KI als Aufforderung verstehen, unsere Institutionen zu reformieren.

Es geht Ihnen kurz gesagt darum, sicherzustellen, dass die Tools den Menschen besser nutzen, richtig?

Genau. Wir sollten unsere Energie dafür aufwenden, diese Tools zu verbessern, vor allem weil wir wegen Budgetkürzungen im öffentlichen Dienst unsere Ressourcen klug nutzen müssen. Allerdings müssen wir auch sicherstellen, dass ihre Nutzung sicher ist – dass sie zum Beispiel keine Gefahr für Kinder darstellen und gegen Deepfake-Missbrauch vorgegangen wird. Deshalb befürworte ich einen rationalen Optimismus bezüglich dieser Technologien. Pessimismus ist ein Privileg für jene, die sich Verzweiflung leisten können. Oft sind diejenigen am pessimistischsten, denen es gut geht – die sagen, sie müssten offline gehen, weil sie eine zu große Followerschaft haben, oder Digital Detox machen, weil sie fünf Geräte besitzen. Es gibt ein ganzes Ökosystem von Akademiker*innen, Forschenden und Futurist*innen, die davon leben, ein binäres Untergangsnarrativ zu verkaufen. Das generiert Klicks, schürt Ängste und lenkt die Menschen in die völlig falsche Richtung.

Bei der Debatte um Social Media war es ganz ähnlich: Die Plattformen haben das Leben der Menschen verändert, aber zugleich Tür und Tor für Missbrauch geöffnet. Gilt das auch für KI?

Ja. Bewegungen wie MeToo und Black Lives Matter sind über Social Media erst möglich geworden. Das Problem ist nicht die

Technologie – es ist die extreme Konzentration von Macht in den Händen weniger. Die Unternehmen hinter diesen Plattformen handeln nicht im öffentlichen Interesse, und es gibt keinen wirksamen Mechanismus, um sie zur Verantwortung zu ziehen.

Einige Länder, wie Indien und die EU-Länder, bemühen sich derzeit darum, ihre Abhängigkeit von US-Tech-Unternehmen zu verringern. Können Sie erklären, was zum Beispiel „India Stack“ und „EuroStack“ sind?

Angesichts der aktuellen geopolitischen Verschiebungen sind solche Bemühungen dringend notwendig und längst überfällig. Die USA sind kein verlässlicher Verbündeter mehr, und selbst wenn sich die derzeitige Regierung ändern sollte, sind die Lehren klar: Jede Instanz, die extrem viel Macht hat, neigt dazu, diese Macht zu korrumpieren und zu missbrauchen. Der India Stack ist eine staatlich betriebene Infrastruktur für digitale Dienste. Sie umfasst Identitätsprüfung und digitale Zahlungssysteme, Datenspeicherung, den Austausch von Gesundheitsdaten und andere grundlegende Dienste. Europa entwickelt derzeit den EuroStack, der teils vom India Stack inspiriert wurde. Beide haben das gleiche Ziel: sich aus der Abhängigkeit vom Silicon Valley zu lösen. Allerdings haben der europäische wie auch der indische Ansatz eine große Schwachstelle.

Was meinen Sie damit?

Es wird viel Energie in den Aufbau der Infrastruktur gesteckt, aber die Nutzer*innen werden kaum bedacht. Aber wenn die Menschen die Tools nicht intuitiv finden, werden sie wieder auf kommerzielle generative KI-Tools zurückgreifen. Das wäre eine enorme Verschwendung öffentlicher Mittel. Die Erfahrung der Nutzer*innen muss bei diesem Prozess das Wichtigste sein. US-amerikanische Unternehmen sind darin sehr gut: Sie optimieren die Nutzerinteraktionen, um ihre Produkte und Dienstleistungen zu skalieren.

KI-Infrastruktur benötigt hohe Investitionen, und US-Tech-Unternehmen haben enorme Ressourcen. Können Regierungen oder kleinere Unternehmen das überhaupt mithalten?

Wir werden immer weit weniger Ressourcen zur Verfügung haben als das Silicon Valley, aber das sollte auch nicht unser Vorbild sein. Die US-Tech-Giganten betreiben unglaublich verschwenderische Rechenzentren, die enorme Mengen an Ressourcen verbrauchen. Das Ziel sollte gezielte Innovation sein: Wie können wir weniger verbrauchen und gleichzeitig mit mehr Diversität mehr erreichen? Initiativen wie Sarvam AI und Lelapa AI sind tolle Beispiele dafür.

Beide Unternehmen entwickeln KI-Tools für Nutzer*innen im Globalen Süden und berücksichtigen dabei insbesondere lokale Sprachen und Akzente. Sarvam AI wird in Indien entwickelt, wo auch alle Daten erfasst und gespeichert werden. Lelapa AI spezialisiert sich auf afrikanische Sprachen und konzentriert sich auf die Entwicklung ressourcenschonender Tools.

Sarvam AI ist Teil einer umfassenderen indischen Initiative für Datensouveränität. Dieser landesweite Ansatz zielt darauf ab, die Daten der Bürger*innen zu schützen. In keinem anderen Land leben so viele junge Menschen wie in Indien, und Tech-Unternehmen sind sehr daran interessiert, auf deren Daten zuzugreifen. Lelapa AI hat eher einen Grassroots-Ansatz. Es wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen und einer breiten Koalition von Partnern betrieben.

Warum ist Inklusion im KI-Bereich wichtig?

Die Majority World ist in den Daten, auf denen KI-Systeme basieren, absolut unterrepräsentiert. Neunzig Prozent der jungen Menschen weltweit leben im Globalen Süden, und insgesamt 85 % der Weltbevölkerung. Dennoch bleiben diese Menschen in den Datensätzen weitgehend unsichtbar: Ihre Sprachen werden von den Tools nicht unterstützt, ihre Akzente und Sprechweisen fehlen, und auf Google Maps werden ganze Dörfer gar nicht erst angezeigt.

Sie haben den Lehrstuhl für „Inclusive AI Cultures“ an der Universität Utrecht inne, eines Ihrer Projekte ist das „Inclusive AI Lab“. Können Sie mehr darüber erzählen?

Unser „Inclusive AI Lab“ ist eine KI-Initiative, die von Menschen aus dem Globalen Süden geleitet wird, insbesondere von Frauen. Sie fördert Führungskräfte und hilft bei der Entwicklung von KI-Tools, -Produkten und -Dienstleistungen, die die globale Mehrheit in den Mittelpunkt stellen. Wir arbeiten zum Beispiel mit Google zusammen, um ein Gender-KI-Sicherheitsprotokoll zu entwickeln, das die interkulturellen Aspekte von Deepfake-Missbrauch berücksichtigt. Zudem kooperieren wir mit kreativen Tech-Unternehmen wie Adobe, um kreative KI so zu trainieren, dass sie der visuellen Darstellung von Menschen aus dem Globalen Süden gerecht wird und zugleich den Bedarf von Kreativen mit unterschiedlichen Hintergründen berücksichtigt. Wenn man etwa Bilder von afrikanischen Kindern sucht, zeigen die Ergebnisse vor allem Armut. Das liegt daran, dass diese Inhalte jahrzehntelang von Hilfsorganisationen erstellt wurden, die ein einseitiges Narrativ bedienen. Natürlich gibt es Armut in Afrika, aber das ist längst nicht alles. Die meisten afrikanischen Eltern und Gemeinschaften würden ihre Kinder ganz anders darstellen. Neben solchen Projekten arbeiten wir mit Regierungen, Thinktanks, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschenden aus dem Globalen Süden zusammen, um durch Datenhoheit und Handlungsmacht eine gerechte Zukunft zu gestalten.

Foto: M. Muus



PAYAL ARORA

ist Digital-Anthropologin und Professorin an der Universität Utrecht, wo sie den Lehrstuhl für „Inclusive AI Cultures“ innehat, sowie Begründerin des „Inclusive AI Lab“. Sie ist Autorin der Bücher „The next billion users“ (Harvard Press) und „From Pessimism to Promise“ (MIT Press).

[linkedin.com/in/payalarora](https://www.linkedin.com/in/payalarora)

MEDIEN

Wie die indonesische Medienlandschaft mit KI umgeht

KI-Tools halten in indonesischen Redaktionen genauso schnell Einzug wie anderswo, doch ihre Einführung bringt neue Risiken und wirtschaftliche Herausforderungen mit sich. Medienunternehmen setzen KI sowohl für Routinearbeiten ein als auch, um interne Systeme aufzubauen. Zugleich verschärfen sie ihre Richtlinien, um Qualität, Glaubwürdigkeit und Umsatz zu sichern.

VON ANASTASYA ANDRIARTI

KI hat 2023 Einzug in indonesische Medienunternehmen gehalten. Schon ein Jahr darauf begannen Medien, KI in allen Produktionsabläufen einzusetzen. Sie nutzen sie für Textbearbeitung, automatisches Tagging (softwaregenerierte Kategorien, um Inhalte zu organisieren), Stimmgenerierung und sogar, um Avatare zu erstellen.

Ein Informationspapier der Alliance of Independent Journalists (AJI) von 2024 beschreibt, wie Branchenführer KI zur Verbreitung von Inhalten und für technische Unterstützung sowie für kreative Anwendungen wie etwa Vorschläge für Schlagzeilen testeten. Das Papier hob auch Risiken hervor: Desinformation, algorithmische Verzerrungen und Unklarheiten beim Urheberrechtsschutz für KI-generiertes oder -unterstütztes Material.

Im Jahr 2026 hat sich der Einsatz von KI laut einer Studie von BBC Media Action mit dem Titel „Understanding the Use of AI in Indonesian Newsrooms“ mittlerweile vom Experiment zur gängigen Praxis entwickelt. Laut der Untersuchung unter 212 Journalist*innen nutzen 75 % von ihnen KI-Tools im Rahmen ihrer täglichen Arbeit.

Die Studie zeigt auch, welche Tools dominieren. ChatGPT führt deutlich: 86 % der Befragten nutzen es, gefolgt von Gemini

(63 %) und DeepSeek (12 %). Für Design und andere kreative Aufgaben liegt Canva vorne (32 %). Für Audio- und Videobearbeitung nannten die Befragten zudem Adobe Podcast oder CapCut. Bei der Nutzung von KI zur Überprüfung von Informationen zeigen sich Journalist*innen nach wie vor zurückhaltender. Nur 28 % nutzen sie zur Faktenprüfung, wobei fast die Hälfte dieser Gruppe täglich darauf zurückgreift.

Allgemein ist die Einstellung zu KI eher ambivalent als begeistert oder ablehnend. Rund 70 % sehen KI als Chance, wobei 45 % der Studienteilnehmenden sie zugleich auch als potenzielle Bedrohung wahrnehmen. Mehr als die Hälfte verbindet KI mit Vorteilen wie schnelleren Arbeitsabläufen, größerer kreativer Kapazität und besserer Datenanalyse. Zugleich war-

„KI verändere mehr als nur die Konsumgewohnheiten: Sie untergrabe die ureigensten Mechanismen der Medienwirtschaft.“

nen 30 % vor Nachteilen wie verwässerten journalistischen Werten, weniger Beschäftigungsmöglichkeiten und einem größeren Risiko von Plagiaten und Inhaltsduplikaten.

CRAWLING UND ZERO-CLICK-SUCHEN

Die Medienbranche Indonesiens steht, wie Medien überall, vor einem tiefgreifenden Wandel, da sich die KI rasant weiterentwickelt. Generative KI beeinflusst mittlerweile sowohl die Geschäftsmodelle von Medienunternehmen als auch die langfristige Zukunftsfähigkeit von Redaktionen.

Wahyu Dhyatmika, Vorsitzender der Indonesian Cyber Media Association (AMSI), beschreibt zwei aktuelle Veränderungen, die seiner Ansicht nach die Medienlandschaft umkrempeln. Zum einen hätten sich generative KI-Tools enorm verbreitet – besonders ChatGPT und Google AI Overview. Er setzt dies in Verbindung mit „Zero-Click-Suchen“, bei denen Nutzer*innen Antworten auf einer Plattform erhalten, ohne direkt auf die Website des Medienanbieters zu gelangen. Medien, die auf organischen Traffic (Besucher*innen, die über unbezahlte Suchergebnisse zu einer Website gelangen) angewiesen sind, verzeichnen ihm zufolge einen Rückgang der Besucherzahlen von zum Teil mehr als 50 %. Das Publikum nutze für komprimierte Zusammenfassungen zunehmend KI-Plattformen – und diese Zusammenfassungen stützten sich oft auf Berichte jener Medien, die so an Leserschaft verlieren.

Zweitens weist Dhyatmika darauf hin, dass automatisierte Bots, die Websites durchsuchen („Crawler“), auch auf Nachrichtenseiten sprunghaft zugenommen haben. Mittlerweile extrahierten und speicherten immer mehr Bots journalistische Inhalte ohne Lizenzvereinbarungen und ohne etwas an die Publisher zu zahlen, was eine große Herausforderung für die Branche darstelle. Laut Dhyatmika haben weniger als fünf Prozent der rund 500 AMSI-Mitglieder technische Kontrollmechanismen eingeführt, wie maschinenlesbare Anweisungen für Bots oder Whitelist-/Blacklist-Protokolle, um Crawler-Zugriffe zu steuern. AMSI entwickelt daher eine auf OpenMind AI basierende Infrastruktur. Sie soll Crawling-Aktivitäten überwachen und von KI-Systemen, die journalistische Inhalte abgraben, Entschädigungen einfordern. Die Organisation testet das System derzeit mit drei Mitgliedern.

KRITIK WEGEN KI-FEHLERN

Der KI-Einsatz in Redaktionen hat in Indonesien bereits zu Kontroversen geführt. Verschiedene Medien wurden wegen Fehlern im Zusammenhang mit KI-generierten Inhalten massiv kritisiert.

CNN Indonesia geriet im vergangenen Jahr in die Kritik, nachdem ein Artikel über US-Präsident Donald Trump veröffentlicht worden war, der noch KI-generierte Empfehlungen enthielt. Der Fehler verbreitete sich rasant auf Social Media und warf Fragen zu grundlegenden redaktionellen Abläufen auf.



Foto: E+Z, KI-generiert

Der effektive und verantwortungsvolle Einsatz von KI stellt Medienschaffende weltweit vor eine Herausforderung.

Im Januar wurde der Zeitung Radar Tulungagung vorgeworfen, falsche Informationen über ein angebliches Versprechen von Präsident Prabowo Subianto verbreitet zu haben, neue Staatsbedienstete einzustellen. Zudem verwendete der Artikel eine Illustration von Gemini.

Diese Vorfälle machen ein zentrales Risiko von KI im Journalismus sichtbar: Das Streben nach Tempo und Automatisierung kann auf Kosten von Genauigkeit – und damit Glaubwürdigkeit – gehen. Während indonesische Medienschaffende weiter experimentieren, stehen sie vor derselben praktischen Herausforderung wie ihre Kolleg*innen weltweit: Wie lässt sich KI in Arbeitsabläufe integrieren, ohne dabei journalistische Standards zu beeinträchtigen?

KI-PIONIER

Seit der Einführung von ChatGPT im November 2022 hat sich Kompas.com – eines der ersten Online-Nachrichtenportale Indonesiens – als aktiver Pionier im KI-Bereich in der indonesischen Medienlandschaft positioniert. „Wir sehen, dass sich Gesellschaft und Technologie in Richtung KI bewegen und die Zivilisation selbst diesem Trend folgen wird. Deshalb befassen wir uns mit KI“, sagt Johanes Heru Margianto, Chef vom Dienst bei Kompas.com, das zur großen Kompas Gramedia Group gehört. Kompas.com lässt Journalist*innen und Content Creators viel Spielraum, um KI zu testen, und setzt diese im gesamten Arbeitsablauf ein, von der Vorproduktion bis hin zur Verbreitung.

Das Medium hat KI auch in sein Content-Management-System (CMS) integriert, also in die Software, die verwendet wird, um Artikel zu erstellen und zu veröffentlichen. In diesem Zusammenhang hilft KI dabei, Tippfehler zu erkennen und schlägt alternative Blickwinkel und Erzähloptionen vor. Zugleich sagt Margianto, dass die Redaktion KI nur mit Vorsicht als Informationsquelle einsetze, da sie ungenau und somit irreführend sein könne, vor allem, wenn Mitarbeitenden die entsprechenden Kompetenzen zur Faktenprüfung fehlten.

Aufgrund solcher Bedenken legte die Medienabteilung von Kompas Gramedia Regeln fest. Im Oktober 2023 entwarfen Margianto und elf Mitarbeitende die „KG Media Guidelines on AI Utilization“. Das Dokument legt praktische Anforderungen für den Einsatz von KI fest und definiert rechtliche und disziplinarische Konsequenzen bei Verstößen – von der schriftlichen Verwarnung bis hin zur Kündigung.

Die KG-Medienrichtlinien definieren KI als Hilfsmittel, das unter menschlicher Kontrolle bleiben muss. Margianto plädiert dafür, dass Journalist*innen KI zum Vergleichen und Entwickeln von Ideen nutzen sollten, es jedoch vermeiden müssten, die Erstellung von Inhalten vollständig an KI zu delegieren, da dies die Glaubwürdigkeit journalistischer Arbeit untergrabe. Selbst

bei Routineinhalten – wie Wettervorhersagen, Gebetszeiten oder Terminen von Sportveranstaltungen – prüft die Redaktion von Kompas.com das von KI erstellte Material weiterhin.

Im Januar 2025 veröffentlichte auch der indonesische Presserat eigene Richtlinien. Diese heben hervor, dass Redaktionen den Einsatz von KI mit journalistischer Ethik in Einklang bringen müssen, und Journalist*innen weiterhin für die Überprüfung aller KI-gestützten Inhalte verantwortlich sind.

WIRTSCHAFTLICHER DRUCK

Die Wirtschaftslage ist ebenfalls zu einer Herausforderung geworden. Die rasche Verbreitung von KI verändert das Grundverständnis der Medienbranche und wirft Fragen zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und Relevanz von Medienunternehmen auf. Kompas.com hat darauf reagiert, indem es KI-Bots daran hindert, seine Artikel automatisch auszulesen und zu speichern („scraping“), und sich stattdessen dafür entschieden, seine journalistischen Inhalte direkt an KI-Plattformen zu verkaufen.

Margianto führt den Wandel auf ein verändertes Nutzerverhalten zurück. „Weltweit war Google immer die größte Traffic-Quelle. Deshalb wurde SEO so wichtig“, sagt er. Er bezieht sich damit auf die Suchmaschinenoptimierung – Maßnahmen, die dazu beitragen, dass Inhalte in den Suchergebnissen weit vorne angezeigt werden. Wegen KI-generierter Antworten und Zusammenfassungen geht der von Google generierte Traffic jedoch weltweit zurück. In Indonesien, ergänzt er, erlebten mittlerweile so gut wie alle Online-Medien schwindende Besucherzahlen.

Bei Kompas.com schätzt Margianto den Rückgang auf etwa 20 %, was er für weniger gravierend hält als die Einbußen, von denen andere Medien berichten. KI verändere jedoch mehr als nur die Konsumgewohnheiten, argumentiert er: Sie untergrabe die ureigensten Mechanismen der Medienwirtschaft. „Der Kern des Mediengeschäfts ist das Publikum. Das ist es, was monetarisiert wird. Schwindet das Publikum, bricht die Geschäftsgrundlage zusammen“, sagt er. Für Margianto geht das Problem über die Monetarisierung hinaus: Die Medien müssten ihre Rolle neu definieren, da ihre traditionellen Funktionen – das Informieren und Aufklären der Öffentlichkeit – zunehmend von Social Media und KI-Systemen übernommen würden.

HINTERGRUNDBERICHTE MIT KI: ZONA UTARAS KURSWECHSEL

Andere Unternehmen gehen andere Wege. Zona Utara etwa, ein Medienunternehmen aus Nord-Sulawesi, experimentiert seit drei Jahren mit KI im Redaktionsbetrieb. Doch anstatt sich im rasanten Tagesnachrichtenzyklus zu messen, legt es nun den Schwerpunkt auf ausführliche und investigative Berichterstattung.

Gründer und Chefredakteur Ronny Buol sagt, der Wandel spiegele das veränderte Verhalten der Leserschaft wider. „Die Menschen gehen nicht mehr auf Google, sondern direkt zur KI. Warum sollten wir also weiter Tagesnachrichten produzieren?“, fragt er. Zona Utara veröffentlicht nach wie vor täglich Berichte, wenn wichtige Ereignisse eintreten, richtet seine Arbeit jedoch nicht mehr auf regelmäßige Aktualisierungen aus.

Der neue redaktionelle Schwerpunkt bedeutet nicht, dass das Medium auf KI verzichtet. Im Laufe des vergangenen Jahres hat Zona Utara seine eigenen Tools entwickelt. Laut Buol führt der Einsatz von Allzwecksystemen für Nachrichten zu „Halluzinationen“ und Fehlinformationen. „Das verdoppelt unseren Arbeitsaufwand, weil wir alles überprüfen müssen“, sagt er.

Deshalb hat Zona Utara eigene KI-Agenten in sein CMS integriert. Diese folgen strengen Vorgaben, die den Standards einer Redaktion entsprechen: Sie müssen die Sechs-W-Fragen (wer, was, wann, wo, warum und wie) abdecken, Verifizierungsschritte einbeziehen und klare Angaben zur Autorschaft machen. Buol sagt, er und seine Kolleg*innen hätten sich die Entwicklung dieser Tools selbst beigebracht, obwohl sie kein IT-Team haben.

Auch wenn der Fokus zunehmend auf investigativer Berichterstattung liegt, veröffentlicht das Medium weiterhin

„Evergreen“-Inhalte – ebenfalls mit Hilfe von KI. Buol nannte Schiffsfahrpläne als Beispiel: Zona Utara bezieht Daten von der nationalen indonesischen Fracht- und Passagierschiffahrtsgesellschaft, wandelt die Datensätze in Artikel um und erstellt interaktive Karten und Grafiken.

Um die Qualität zu sichern, führte die Redaktion Ende 2024 interne KI-Richtlinien ein. Reporter*innen dürfen keine generischen KI-Tools verwenden – um verzerrte Darstellungen zu vermeiden und sensible interne Daten zu schützen. Die Vorschriften verlangen zudem Transparenz: Alle KI-gestützten Inhalte müssen mit einem Hinweis versehen sein.

Der Kurswechsel zahlt sich aus. Seit Mitte 2025 verweilt die Leserschaft länger auf der Website. „Wir haben ein treues Publikum für ausführliche Berichterstattung“, sagt Buol und fügt hinzu: „Vielleicht, weil KI keine investigativen Berichte verfasst.“



ANASTASYA ANDRIARTI

ist eine Journalistin aus Indonesien. Sie arbeitet zudem als Dozentin für Journalismus und als Forscherin im Bereich Medien- und Kommunikationswissenschaften.
sinaudata@gmail.com

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.





Sollte Afrika mehr in exportierbare Anwendungen investieren oder in Rechenzentren?

DIGITALWIRTSCHAFT

Afrikas KI-Zukunft ist eine strategische Entscheidung

Künstliche Intelligenz wird zunehmend als Afrikas nächste Chance für einen sprunghaften Fortschritt dargestellt – eine Chance für den Kontinent, traditionelle Entwicklungsstufen zu umgehen und die soziale Integration zu beschleunigen. Aber Afrika hat ähnliche Narrative schon früher gehört. Derzeit konkurrieren zwei Visionen für den Kontinent miteinander, was die Frage aufwirft, ob KI zu einem Instrument der Selbstbestimmung oder zu einer neuen Form der Abhängigkeit werden wird.

VON ROGER B. JANTIO



Die Stunde der KI schlägt unter ungewöhnlich komprimierten Bedingungen. Die weltweiten Investitionen in KI-Technologien bewegen sich mittlerweile im Bereich von Billionen Dollar, doch erste Anzeichen deuten darauf hin, dass die Renditen stark auf eine kleine Zahl von Unternehmen und Regionen konzentriert sind. Viele Projekte werden nie kommerziell rentabel. Die Kluft zwischen technischem Versprechen und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit wird so immer größer.

Wer auch die früheren Technologiezyklen miterlebt hat, etwa die Dotcom-Ära, dem dürfte folgende Erkenntnis bekannt vorkommen: Ein Hype bricht nicht plötzlich in sich zusammen, sondern zerbröckelt Stück für Stück. Wirklich gute Ideen überstehen solche Brüche, kapitalintensive Illusionen hingegen nicht.

Im Fall Afrikas wird die Debatte häufig so geführt, als ginge es darum, ob der Kontinent eigene KI-Technologien „baut“. Die eigentliche Frage lautet jedoch, ob der Kontinent eigene KI-Technologien besitzen oder lediglich nutzen wird. Zwei gegensätzliche Visionen prägen angesichts dessen derzeit die Vorstellung davon, wie Afrikas KI-Zukunft aussehen wird. Sie unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Kosten und Zeithorizonte, sondern auch in der Frage, wer profitiert, wie Risiken gehandhabt werden und ob daraus abermals Abhängigkeiten oder neue Handlungsspielräume entstehen.

Die eine Vision setzt auf den Aufbau eigener Infrastruktur: Rechenzentren, souveräne Cloud-Systeme und eigene Rechenkapazitäten, wie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die andere setzt darauf, im Sinne des sogenannten „Leapfrogging“ einige klassische Entwicklungsschritte zu überspringen und direkt spezialisierte, kontextbezogene KI-Systeme zu entwickeln, die reale Probleme lösen und mit vergleichsweise geringer Infrastruktur weltweit eingesetzt werden können.

VISION EINS: NACHBAU VON INFRASTRUKTUR

In vielen Teilen Afrikas treiben Regierungen und Institutionen Pläne voran, in nationale KI-Infrastruktur zu investieren. Dazu gehören etwa lokale Rechenzentren, souveräne Cloud-Plattformen und die Entwicklung eigener großer Modelle. Solche infrastrukturorientierte Ansätze erscheinen Entscheidungsträger*innen attraktiv, weil sie angesichts der strategischen Bedeutung von Informationen Hoheit über die eigenen Daten versprechen, die Abhängigkeit von ausländischen Plattformen verringern und so einen geopolitischen Anspruch signalisieren.

Diese Logik erinnert an frühere Entwicklungsphasen: So wie die Industrialisierung Kraftwerke und Verkehrsnetze erforderte, wird nun angenommen, dass die Wettbewerbsfä-

higkeit im KI-Bereich den Besitz grundlegender Infrastruktur voraussetzt. In kapitalarmen Regionen gelten solche sichtbaren Investitionen auch als Beweis dafür, dass der Staat entschlossen handelt.

„Die globale KI-Wirtschaft entfernt sich zunehmend von der Annahme, dass größere Modelle automatisch besser sind.“

Diese Vision entbehrt nicht einer gewissen politischen Logik, weist aber strukturelle Schwächen auf. KI-Infrastruktur ist kapitalintensiv und technologisch sehr schnelllebig. Rechenzentren erfordern nicht nur Milliardeninvestitionen, sondern auch eine zuverlässige Stromversorgung, Kühlung, Wasser und langfristige Betriebskapazitäten. Gleichzeitig verlieren Hardware und Modellstrukturen rasch an Wert. Was heute strategisch sinnvoll erscheint, kann innerhalb weniger Jahre veraltet sein.

Grundsätzlich bringt der Nachbau von Infrastruktur afrikanische Staaten in direkte Konkurrenz zu globalen sogenannten Hyperscalern, mit denen sie nur schwer mithalten können. Öffentliches Kapital, das in solche festen Vermögenswerte gesteckt wird, fehlt dann an anderer Stelle für den Aufbau von Märkten, die Ausbildung von Personal oder die Entwicklung eigener Anwendungen. Massiv in infrastrukturelle Grundlagen zu investieren, kann sich als strategisch falsch herausstellen, wenn sich die tatsächliche Wertschöpfung eher in Richtung konkreter Anwendungen, Datenrechte und spezialisierter KI verlagert.

VISION ZWEI: „LEAPFROGGING“ BEI ANWENDUNGEN

Die andere Vision hat sich aus der Beobachtung heraus entwickelt, wie im Bereich von KI-Technologien überhaupt Wert geschaffen wird. Statt auf Größe und Infrastruktur zu setzen, betont dieser Ansatz Spezialisierung, Geschwindigkeit und Exportfähigkeit. Die globale KI-Wirtschaft entfernt sich zunehmend von der Annahme, dass größere Modelle automatisch besser sind. Wertschöpfung entsteht immer häufiger durch kleinere, spezialisierte Systeme: etwa bereichsspezifische Sprachmodelle, Entscheidungstools und hybride KI-Werkzeuge, die Daten mit Regeln und menschlicher Kontrolle zusammenführen. Solche Systeme sind günstiger zu trainieren, schneller verfügbar und leichter auf verschiedene Märkte anzupassen.

„Spezialisierte KI-Systeme können über Mobiltelefone und Netzwerke mit geringer Bandbreite in lokalen Sprachen bereitgestellt werden und so auch Menschen mit begrenzten Lese- und Schreibkenntnissen unterstützen.“

Der Kostenunterschied ist erheblich. Große Modelle erfordern Rechenleistungen im zwei- oder dreistelligen Millionenbereich. Im Gegensatz dazu hat ein KI-Team auf Mauritius kürzlich ein Modell für weniger als einen Dollar pro Durchlauf auf einer standardmäßigen Cloud-Infrastruktur trainiert und getestet. Kapitalarme Entwicklungen sind also zunehmend auch außerhalb des Wettrüstens im Silicon Valley möglich. Solche Modelle sind zwar nicht so umfangreich wie jene großer Anbieter; sie eignen sich jedoch besonders für Schwellenländer wegen der Möglichkeit, sie schnell anzupassen und auch auf begrenzter Infrastruktur laufen zu lassen.

Afrikas Komplexität erfordert KI-Systeme, die auch unter begrenzten und schwierigen Bedingungen funktionieren. Dazu gehören etwa eine fragmentierte Logistik, informelle Wirtschaftszweige, mehrsprachige Gesellschaften und ungleich entwickelte Infrastruktur. Lösungen, die für diese Bedingungen entwickelt wurden, sind oft besonders robust. Entscheidend ist, dass sie auf andere Regionen im Globalen Süden mit ähnlichen Herausforderungen übertragbar sind.

Bereits jetzt zeigen afrikanische KI-Unternehmen, wie das gelingen kann. Einige exportieren etwa Systeme zur Entscheidungsoptimierung in der Logistik- und Fertigungsbranche, andere entwickeln Klimaanalysen mit nur wenig verfügbaren Daten, und wieder andere arbeiten an Sprachtechnologien für unterrepräsentierte Sprachen. Diese Firmen exportieren weder Hardware noch Rohdaten. Sie exportieren Informationstechnologie – also Modelle,

Schnittstellen und Entscheidungshilfen, die afrikanisches Problemlösungs-Know-how enthalten.

Diese Art von Leapfrogging passt auch besser zu Prioritäten im Entwicklungskontext. Spezialisierte KI-Systeme können über Mobiltelefone und Netzwerke mit geringer Bandbreite in lokalen Sprachen bereitgestellt werden und so auch Menschen mit begrenzten Lese- und Schreibkenntnissen unterstützen. Kleine Sprachmodelle senken außerdem die infrastrukturellen Hürden für ihre Nutzung erheblich, unter anderem, weil sie keine permanente Verbindung zu großen Rechenzentren benötigen. Hier ist Inklusion also von vornherein Teil des Designs.

WIRTSCHAFTLICHE ANWENDBARKEIT STATT TEURER INFRASTRUKTUR

Das nur begrenzt vorhandene Kapital zwingt afrikanische Regierungen zu einer Entscheidung. Sie sollten bedenken: Aus Sicht der Kapitalallokation bergen KI-Strategien, die einen jahrelangen Aufbau von Infrastruktur erfordern, bevor einsetzbare Anwendungen entstehen, erhebliche Nachteile. Es geht hier um die Frage, ob das knappe Kapital sich vermehrt oder ob es in Vermögenswerten gebunden ist, die wenig vorhersehbare und allenfalls späte Erträge abwerfen.

Im Laufe meiner Arbeit als KI-Investor in verschiedenen Regionen hat sich eine Regel immer wieder bestätigt: Wenn ein System nicht innerhalb von zwölf Monaten eine nennenswerte Zahl an Nutzer*innen erreicht und nicht innerhalb von 18 Monaten auf andere Märkte übertragen werden kann, ist es nicht Teil einer Exportindustrie, sondern gilt als Pilotprojekt. Hinter dieser Einsicht steht ein Marktmechanismus: Kapital fließt eher in Modelle, die ihren Nutzen und ihre Skalierbarkeit frühzeitig unter Beweis stellen, als in solche, die erst nach einem langwierigen Ausbau der Infrastruktur validiert werden können.

Diese Logik gilt nicht nur für Investor*innen, sondern auch für staatliche Institutionen. Auf Märkten mit begrenzten Ressourcen und eingeschränkter Infrastruktur entsteht ein nachhaltiger Wettbewerbsvorteil durch Spezialisierung, schnelle Iteration und übertragbare Lösungsansätze. Deshalb sollten KI-Strategien nicht nur anhand ihrer Ambitionen beurteilt werden, sondern auch danach, wie schnell sie Feedback aus der Praxis und wirtschaftliche Ergebnisse liefern. In Volkswirtschaften mit wenig Kapital sind KI-Strategien, die Milliardeninvestitionen erfordern, bevor Wertschöpfung entsteht, also weniger eine echte Strategie, sondern vor allem ein Risiko.

WAS BEREITS FUNKTIONIERT

Es gibt bereits afrikanische KI-Unternehmen, bei denen solche anwendungsorientierten Strategien funktionieren.

InstaDeep zum Beispiel: Das tunesische Unternehmen hat weltweit eingesetzte Systeme zur Entscheidungsoptimierung entwickelt, bevor es für 682 Millionen Dollar von einem großen Biotechnologieunternehmen aufgekauft wurde. Amini AI aus Kenia erzeugt Klimaanalysen durch die Kombination lokaler Daten mit Satellitendaten. Lelapa AI entwickelt Sprachtechnologien für unterrepräsentierte afrikanische Sprachen. Und DataProphet aus Südafrika nutzt KI, um industrielle Produktionsprozesse für internationale Kunden zu optimieren.

Beispiele wie diese zeigen einen strukturellen Wandel: Afrikas Wettbewerbsvorteil in der KI-Branche liegt nicht im Besitz von Infrastruktur, sondern im Export intelligenter Lösungen. Diese Unternehmen haben sich international durchgesetzt, ohne eigene Rechenzentren zu betreiben. Sie senden auch ein wichtiges Signal an die Kapitalmärkte: Selbst mit bescheidenem Kapital lassen sich global wettbewerbsfähige Ergebnisse erzielen, wenn Lösungen genau auf die realen Rahmenbedingungen zugeschnitten sind. Gemeinsam ist den genannten Firmen eine begrenzte Infrastruktur, fundiertes Fachwissen und Know-how, das sich auf andere Kontexte übertragen lässt.

Wenn der Entwicklungssprung mit KI-Anwendungen erfolgreich sein soll, muss er bewusst politisch gelenkt werden. Drei Sofortmaßnahmen könnten eine anwendungsorientierte KI-Strategie Afrikas beschleunigen: Erstens sollten afrikanische Regierungen und Entwicklungsfinanzierer den Schwerpunkt auf Investitionen in KI-Anwendungen und deren Einsatz legen, statt KI-Infrastruktur zu finanzieren. Zweitens sollten sie panafrikanische Datenstandards etablieren, die Innovationen fördern und zugleich verhindern, dass Daten lediglich abfließen. Die entsprechende Initiative der Afrikanischen Union bildet hierfür eine gute Grundlage, muss jedoch schneller umgesetzt und verbindlicher gestaltet werden. Drittens sollten afrikanische KI-Initiativen nicht nur nach ihrer lokalen Wirkung bewertet werden, sondern auch danach, ob sie sich auch auf andere Märkte des Globalen Südens exportieren lassen.

NEOKOLONIALE STRUKTUREN VERMEIDEN

Egal, welchen Weg die afrikanischen Regierungen und die lokale KI-Industrie einschlagen – kein afrikanisches Kind sollte in Minen arbeiten müssen, um dort Rohstoffe für die Chips und Batterien großer KI-Konzerne zu gewinnen. Kein*e afrikanische*r Arbeiter*in sollte unter äußerst prekären Bedingungen jene seltenen Erden abbauen, ohne die technologischer Fortschritt unmöglich wäre. Und kein*e Einwohner*in der Demokratischen Republik Kongo oder anderswo sollte unter der massiven Umweltverschmutzung leiden, die durch den Rohstoffabbau verursacht wird.

Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass Afrika zu einer Datenkolonie wird. In der heutigen KI-Wirtschaft profitieren vor allem jene Unternehmen, die Plattformen, Kapital und geistiges Eigentum kontrollieren – und die meisten von ihnen haben ihren Sitz außerhalb von Afrika. So fließen die Daten afrikanischer KI-Nutzer*innen ab, während andere die Einnahmen abschöpfen und über die Entscheidungsgewalt verfügen. Darüber hinaus interpretieren Systeme, die überwiegend auf westlichen Datensätzen trainiert wurden, afrikanische Sprachen, soziale Normen und Verhaltensweisen oft falsch.

Diese Ausbeutung muss ein Ende haben. Afrika muss seine eigene KI-Entwicklung so weit wie möglich selbst gestalten. Ein großes Hindernis ist dabei der Mangel an Basisinfrastruktur: Eine zuverlässige Stromversorgung, eine Internetverbindung und moderne Geräte sind Voraussetzungen, die auf dem afrikanischen Kontinent nach wie vor sehr ungleich verteilt sind. Sind Maßnahmen schlecht konzipiert, bergen sie sogar die Gefahr, die digitale Kluft zu vertiefen, indem sie städtischen Eliten zugutekommen, während andere digital unsichtbar bleiben.

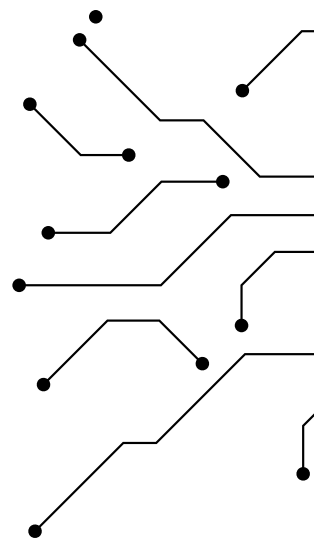
All diese Nachteile sprechen nicht gegen den Einsatz von KI an sich, wohl aber gegen die kapitalintensiven, undurchsichtigen und ausbeuterischen Modelle, die die aktuelle KI-Wirtschaft dominieren. Afrikanische Regierungen und KI-Institutionen sollten sicherstellen, dass sie ihren Teil zur Gestaltung einer neuen KI-Ära beitragen.

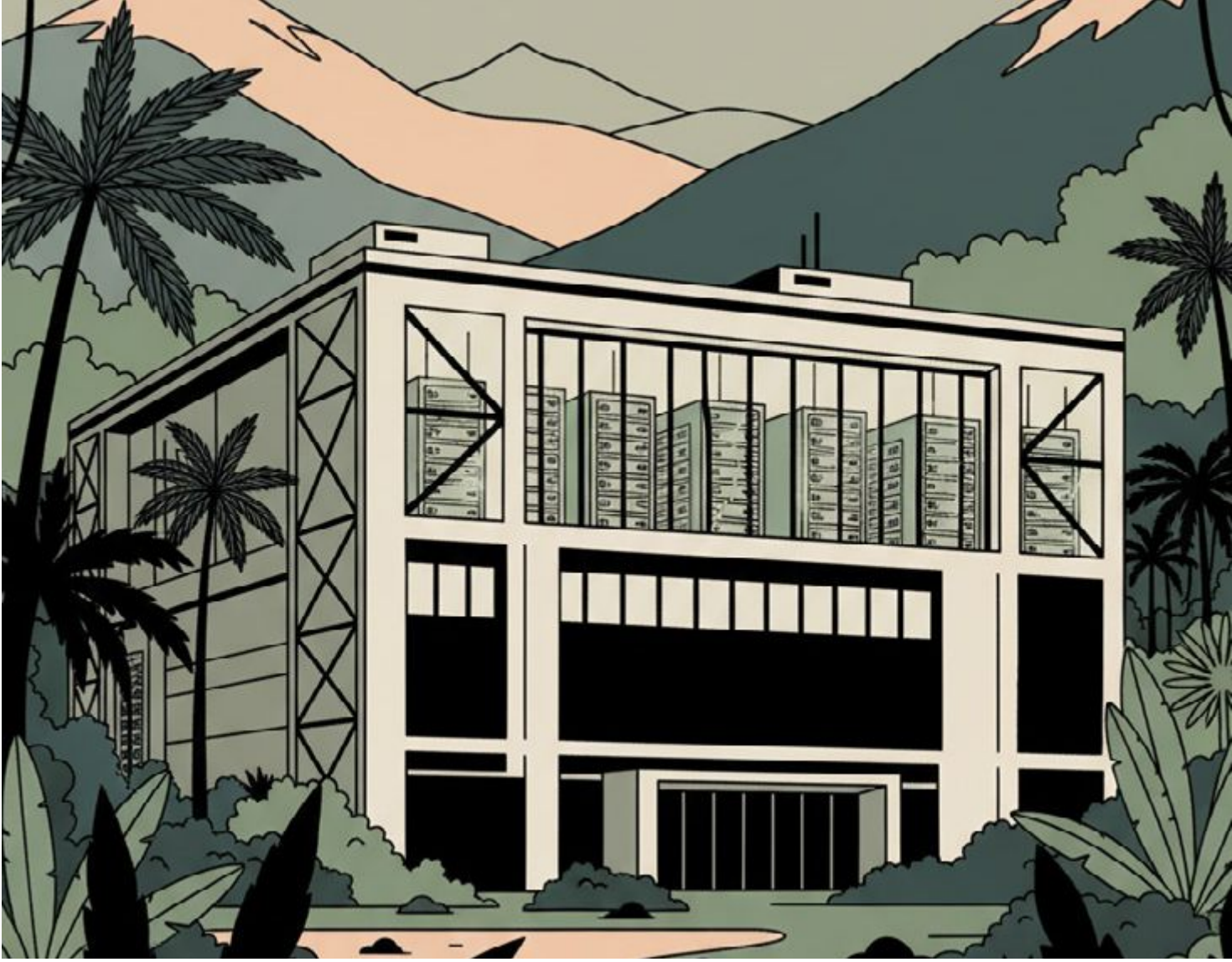


ROGER B. JANTIO

ist KI-Investor und strategischer Berater. Er ist Gründer und CEO der Investmentfirma Sterling Merchant Finance und der damit verbundenen Investmentfonds sowie Absolvent der Harvard Business School.

rjantio@sterlingus.com





Der Betrieb von Rechenzentren für generative KI erfordert enorme Mengen an natürlichen Ressourcen.

KI-INFRASTRUKTUR

Wie KI-Unternehmen sich der Ressourcen Lateinamerikas bemächtigen

US-amerikanische KI-Konzerne benötigen für ihre neue Generation an Rechenzentren viel Energie, Wasser und Baugrund. Fündig werden sie in Argentinien, Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern, wo Regierungen lukrative Geschäfte wittern und zu einer nachsichtigen Politik bereit sind. Es besteht die Gefahr, dass die lokale Bevölkerung und die Umwelt den Preis zahlen.

VON JULIA GAVARRETE

Im Oktober 2025 kündete OpenAI gemeinsam mit der argentinischen Firma Sur Energy an, 25 Milliarden Dollar in ein Rechenzentrum in Argentinien zu investieren. Das US-amerikanische Unternehmen, das hinter dem KI-Chatbot ChatGPT steht, plant die Investition in Patagonien, einer Region im Süden des Landes, die sich durch eine große Vielfalt an Naturschutzgebieten auszeichnet. Wo genau das Projekt angesiedelt sein wird, ist noch unklar – es wird aber wohl einen Standort in der Provinz Neuquén werden. Es dauerte nicht lange, bis die argentinische Regierung unter Javier Milei begeistert verkündete, das Projekt werde das Land zu einem regionalen und globalen Zentrum für Künstliche Intelligenz machen. Der Deal war schnell unter Dach und Fach.

Mehrere lateinamerikanische Länder möchten gern auf die Welle der „neuen digitalen Ära“ aufspringen und zu KI-Pionieren werden. Neben Argentinien gehören dazu auch Brasilien, Mexiko und Chile. Aufgrund ihrer Größe und ihres Ressourcenreichtums dominieren diese Länder die Branche in der Region. Sie stellen der Industrie genug Energie und Wasser zur Verfügung, auch wenn die Bevölkerung in diesen Ländern immer wieder unter Wasserkrisen oder Stromausfällen leidet. Medien in der Region haben diese Zusammenhänge immer wieder kritisch beleuchtet, etwa das länderübergreifende journalistische Rechercheprojekt „Big Tech's Invisible Hand“, koordiniert von der brasilianischen Plattform Agência Pública und dem lateinamerikanischen Zentrum für investigativen Journalismus (Centro Latinoamericano de Investigación Periodística, CLIP). Eine breite öffentliche Debatte über den Bau neuer KI-Infrastruktur in Lateinamerika sucht man aber vergebens.

Da die weltweite Nachfrage nach KI-Anwendungen wächst, steigt auch der Bedarf der Rechenzentren an Rechenkapazität und Energie für den Betrieb. Die Verarbeitung von Anfragen an generative KI-Modelle wie ChatGPT verbraucht bekanntermaßen deutlich mehr Energie als etwa Google-Suchen. Um den Bedarf zu decken, sind sogenannte „Hyperscale-Rechenzentren“ nötig. Sie basieren auf einer komplexen und kostspieligen Infrastruktur und verbrauchen insgesamt deutlich mehr Strom als ihre Vorgängermodelle. Derzeit ist die Branche laut der Internationalen Energieagentur (IEA) für ein bis zwei Prozent des weltweiten Stromverbrauchs verantwortlich. Im Jahr 2030 werden es voraussichtlich drei Prozent sein.

Die US-Regierung und dort ansässige Unternehmen wissen sehr genau, dass sie noch wesentlich mehr Energie benötigen werden, um ihre Rechenzentren auszubauen. Lateinamerika gilt hier als Schlüsselregion. Im Mai 2025 etwa forderte US-Außenminister Marco Rubio vor dem Ausschuss für Auswärtige Beziehungen des US-Senats eine Debatte darüber,

„Mehrere lateinamerikanische Länder möchten gern auf die Welle der „neuen digitalen Ära“ aufspringen und zu KI-Pionieren werden.“

welche Länder helfen könnten, den KI-Energieverbrauch zu decken. Energie sei zentraler Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik „für die nächsten 100 Jahre“, betonte Rubio. „Wir müssen diskutieren, wie wir in Länder investieren werden, die über die nötige Energieversorgung verfügen, um den Bedarf zu decken“, sagte er. Als Beispiel führte er Paraguay an, das aufgrund eines endenden Vertrags mit Brasilien über Kapazitäten von Strom aus Wasserkraft verfüge.

AUSBAU VON STROMNETZEN

Energie ist für die KI-Industrie von grundlegender Bedeutung, ob aus erneuerbaren oder fossilen Quellen. Seit dem enormen Wachstum von Rechenzentren in Lateinamerika wurde mancherorts beschlossen, die Kapazität von Stromnetzen zu erhöhen. Im Jahr 2024 kündigte etwa die Federal Electricity Commission (CFE) von Mexiko an, die Kapazität des Stromnetzes im Bundesstaat Querétaro um 50 % zu erhöhen, und nannte den Bau von Rechenzentren in der Region als einen der Hauptgründe dafür. Die CFE kündigte auch den Bau eines neuen Gaskraftwerks an, das Strom erzeugen soll. Mehr Strom aus Gas bedeutet mehr klimaschädliche Emissionen.

Neben Energie ist traditionell auch Wasser ein grundlegender Bestandteil der Infrastruktur von Rechenzentren. Die Gebäude nutzen es zur Kühlung, um eine Überhitzung der Server zu vermeiden und die Temperatur stets zwischen 18°C und 27°C zu halten. Inzwischen werde die sogenannte evaporative Kühlung mittels Wasser zumindest von OpenAI aber nicht mehr eingesetzt, beteuert dessen CEO, Sam Altman. Neue Kühlsysteme versprechen tatsächlich, den Wasserverbrauch drastisch oder komplett zu senken, sie werden aber noch lange nicht in allen Rechenzentren eingesetzt. Die Vorwürfe, dass die Industrie die Ressource Wasser weiterhin in signifikantem Umfang nutze, konnte Altman daher nicht entkräften.

Tatsache ist, dass Rechenzentren teils in Gebieten gebaut werden, die besonders geschützt sind oder bereits unter Wasserstress leiden. In der Provinz Neuquén in Patagonien,

in der OpenAI sein Rechenzentrum plant, steigt die Wasserknappheit. Und auch auf Querétaro hat die KI-Branche ein Auge geworfen, obwohl der Bundesstaat in einer veritablen Wasserkrise steckt. Sie weiß, dass Regierungen dazu tendieren, sich politisch flexibel zu zeigen, wenn es darum geht, KI-Gelder anzuziehen. Tatsächlich hatte das Ministerium für nachhaltige Entwicklung (Secretaría de Desarrollo Sustentable) in Querétaro bis 2025 bereits 20 Genehmigungen für den Bau weiterer Infrastruktur für Rechenzentren erteilt – obwohl eine lokale Umweltbehörde empfohlen hatte, keine neuen Genehmigungen zur Wassernutzung zu erteilen, wie die Recherche „Big Tech's Invisible Hand“ aufdeckte.

EIN GESETZ FÜR DIE INDUSTRIE

Es ist also notwendig, sich zu fragen: Welche Grenzen sollten Länder in Lateinamerika und anderswo der KI-Industrie setzen? Derzeit sind regulatorische Rahmenbedingungen oft flexibel oder gar nicht existent. Tatsächlich lobbyiert die KI-Industrie massiv, um für sie maßgeschneiderte Gesetze zu erwirken. Regierungsvertreter*innen treffen sich mit hochrangigen Führungskräften von Unternehmen wie Microsoft, Amazon, OpenAI oder Google; Länder schließen millionenschwere Abkommen mit diesen Konzernen ab. Die Regierungen wissen genau, dass ihre Länder etwas bieten müssen, um Teil der neuen KI-Ära zu sein: Flächen für Grundstücke, kostengünstige Energie und andere Ressourcen, industriefreundliche steuerliche Bedingungen

oder einfach Abkommen, die es den großen Konzernen erlauben, ihre Industrie weiter auszubauen.

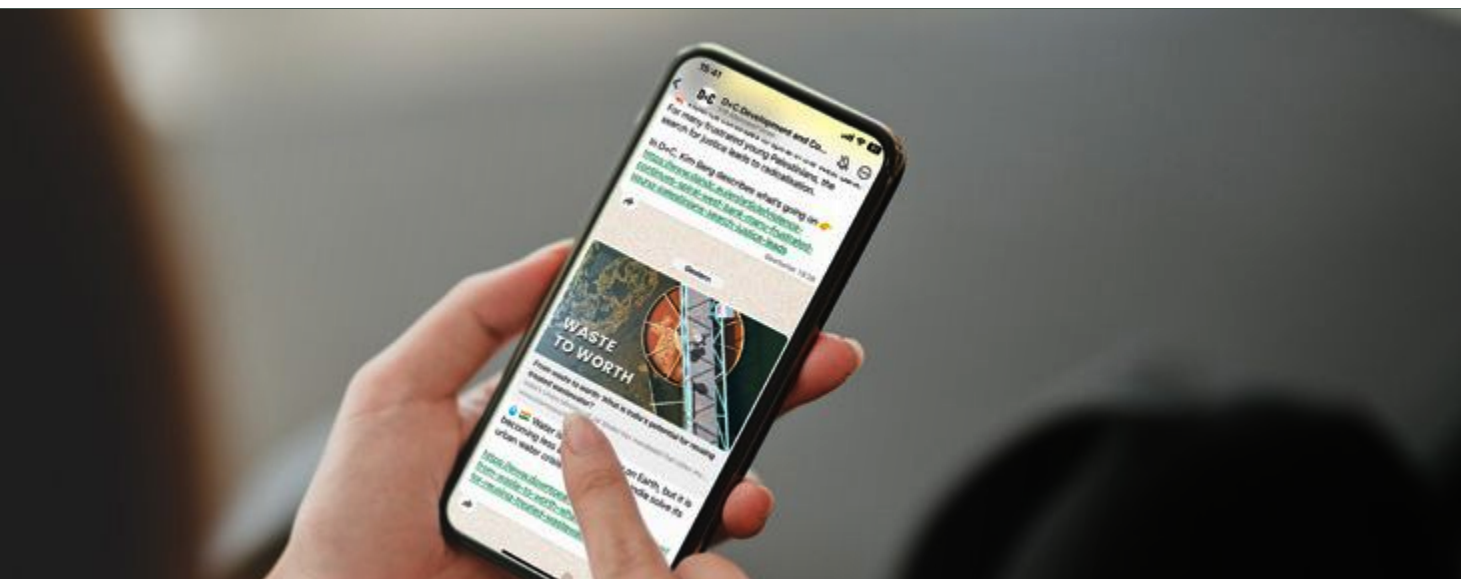
Gegenüber den Bürger*innen stellen die Regierungen die Investitionen als Spritze für die lokale Wirtschaft dar und argumentieren mit mehr Arbeitsplätzen und Entwicklung. Zugleich setzen sich aber immer mehr soziale Organisationen kritisch mit den Big-Tech-Unternehmen auseinander – aufgrund der Umweltauswirkungen und anderer Mängel im Bereich Regulierung. Sie stellen zu Recht wichtige Fragen wie: Was bedeutet die Ansiedlung der KI-Rechenzentren eigentlich langfristig für die Bevölkerung und deren natürliche Lebensgrundlagen? Wer hat die Macht über die Daten? Und gäbe es eine Möglichkeit, KI nachhaltiger und zu anderen Bedingungen zu nutzen? Die Volksvertreter*innen sind gut beraten, auf diese kritischen Stimmen zu hören, um zu verhindern, dass die KI-Investitionen am Ende mehr Schaden als Nutzen anrichten.



JULIA GAVARRETE

ist eine Investigativjournalistin aus El Salvador.

Bluesky: @PetizaGavarrete



Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!



Foto: E+Z, KI-generiert

KI-Projekte verfolgen teils hehre Ziele. Doch wie nützlich sind sie wirklich?

NACHHALTIGKEIT UND GEMEINWOHL

„Das Bild von KI als Werkzeug greift viel zu kurz“

Hat Künstliche Intelligenz eher positive oder negative Folgen für die Gesellschaft und den Planeten? Theresa Züger und ihr Forschungsteam haben eine Audit-Methode entwickelt, die diese Frage für einzelne KI-Projekte beantwortet. Im Interview spricht sie darüber, weshalb KI selbst dann problematische Aspekte hat, wenn sie in Projekten mit hehren Zielen zum Einsatz kommt.

THERESA ZÜGER IM INTERVIEW MIT JÖRG DÖBEREINER

Sie haben eine Methode entwickelt, die helfen soll, zu beurteilen, ob ein bestimmtes KI-Projekt unterm Strich eher nützt oder schadet. Welche Kriterien sind hier aus Ihrer Sicht sinnvoll?

Unsere Kriterien basieren auf den universellen Menschenrechten und den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Daneben orientieren wir uns auch an anderen Standards, zum Beispiel am AI Act der Europäischen Union, einem der weltweit umfassendsten KI-Gesetze. Im Vordergrund stehen die Auswirkungen von KI-Anwendungen auf Gemeinwohl und Nachhaltigkeit, beides gut ausgehandelte gesellschaftliche Begriffe. Wir stellen uns die Frage: Wenn ein KI-Projekt ein bestimmtes Ziel hat, das im Sinne der Nachhaltigkeit ist – erreicht es dieses Ziel auch? Welche negativen Effekte entstehen dabei möglicherweise? Um das zu beurteilen, betrachten wir mit unserer Audit-Methode verschiedene Dimensionen von Nachhaltigkeit, zum Beispiel soziale, ökonomische und ökologische Aspekte.

„Viele Aussagen, die Big-Tech-Unternehmen dazu machen, wie sie KI für Nachhaltigkeit einsetzen, sind wenig evidenzbasiert.“

Bevor wir genauer auf Ihre Methode eingehen, lassen Sie uns auf den Kontext blicken: Inwiefern hilft KI bereits jetzt dabei, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl zu fördern?

Mir ist zunächst wichtig zu klären, was wir überhaupt unter „KI“ verstehen. Grob lässt sich unterscheiden zwischen generativen und nicht-generativen Machine-Learning-Modellen. Generative KI erstellt auf Basis von Deep Learning und als Antwort auf textuelle Anweisungen – sogenannte Prompts – neue Inhalte wie Texte, Videos oder Programmiercode. Dazu zählen beliebte Chatbots wie etwa ChatGPT, Claude oder Gemini. Schon lange zuvor gab es aber nicht-generative Modelle, etwa zur Erkennung von Mustern. Diese benötigen in der Regel kleinere Datenmengen als generative KI.

Insbesondere nicht-generative Modelle kommen bereits in zahlreichen Projekten zum Einsatz, die das Ziel haben, zu mehr Nachhaltigkeit und Gemeinwohl beizutragen. Sie helfen zum Beispiel bei der Erforschung von Biodiversität, indem sie Tiere beobachten und Daten mit Mustererken-

nung auswerten. Oder sie analysieren Satellitenbilder, um Aufforstung zu verbessern. Andere Anwendungen sollen helfen, klimaschädliche Emissionen einzusparen, zum Beispiel in der Gebäudeklimatisierung oder bei der Optimierung industrieller Prozesse.

Wie stark die positive Wirkung von KI in diesen Feldern global betrachtet ist, lässt sich allerdings schwer beantworten, auch wegen des sogenannten Rebound-Effekts. Das sind Veränderungen, die einen erzielten Einsparungserfolg wieder zunichtemachen. Wenn zum Beispiel ein Unternehmen an einer Stelle mithilfe von KI-Systemen Ressourcen einspart, dafür aber an anderer Stelle expandiert und mehr Ressourcen verbraucht, bleibt netto keine Ersparnis übrig. Solche Effekte lassen sich aber erst nachträglich feststellen, im Rahmen einer umfassenderen Betrachtung.

Solche Rebound-Effekte kann man aber kaum der KI anlasten.

Das stimmt. Aber KI selbst kann man ohnehin nie etwas anrechnen. Es ist immer eine menschliche Entscheidung, ein KI-System zu einem bestimmten Zweck einzusetzen, etwa um Ressourcen zu sparen. Wichtig ist, über kurzfristige Einsparungen hinauszublicken. Leider hat sich bisher bei vielen Aspekten der Digitalisierung gezeigt: Einsparungen sind zwar möglich, sie führen aber unterm Strich oft nicht dazu, dass unsere Wirtschaft weniger Ressourcen verbraucht. Hinzu kommt: Viele Aussagen, die Big-Tech-Unternehmen dazu machen, wie KI für eine nachhaltige Transformation eingesetzt werden kann, sind wenig evidenzbasiert. Unterm Strich kann KI also zwar positive Effekte haben, aber diese lassen sich nur für einzelne Projekte beurteilen und nicht einfach gesamtgesellschaftlich für alle KI-Systeme.

Zu den klar negativen Auswirkungen von KI auf das Gemeinwohl gehört ihr Einsatz im Dienst von Desinformation, etwa zur Manipulation von Bildern und Videos. Sie schreiben aber, dass KI selbst dann problematische Aspekte hat, wenn sie für vermeintlich „gute“ Zwecke eingesetzt wird. Was meinen Sie damit?

Dieser Punkt stellt nicht infrage, dass KI-Systeme in bestimmten Szenarien positive gesellschaftliche Effekte haben können. Es geht vielmehr um grundlegende Dilemmata, die derzeit mit der Industrie um generative KI verbunden sind. Gerade generative KI hat tendenziell einen hohen Verbrauch an Ressourcen, von Energie über Wasser und Mineralien bis hin zur Entsorgung als E-Waste. Viele Data Worker, die KI trainieren und Content modellieren, werden schlecht bezahlt, arbeiten in sehr unsicheren Arbeitsverhältnissen und leiden unter massiven psychischen Belastungen. Weitere wichtige Fragen be-

treffen die globale Gerechtigkeit: Welche Nationen und Industrien profitieren am meisten von KI? Wer leidet eher unter Ressourcenabbau und schlechten Arbeitsbedingungen? Einige Forschende sprechen bereits von neuen Formen des Kolonialismus.

Wie sind hier Vor- und Nachteile verteilt?

Es leidet eher die „Global majority“: Menschen mit afrikanischen, asiatischen, lateinamerikanischen oder gemischten Hintergründen, welche die Mehrheit der Weltbevölkerung darstellen. Ärmere Länder, in denen viele der Data Worker leben, die aber selbst keine große KI-Industrie beherbergen, sind tendenziell benachteiligt. Dagegen profitieren die westlichen Nationen und vor allem die USA von den günstigen Arbeitskräften in diesen Ländern, vom dortigen Ressourcenabbau und vom Export von E-Waste in diese Länder.

Es muss uns auch klar sein, dass hinter der KI-Industrie sehr mächtige Menschen stehen – insbesondere in den USA –, die antidemokratische Ideologien vorantreiben. Für Elon Musk und andere ist es erklärtes Ziel, staatliche Apparate durch Automatisierung zu ersetzen. Seit Beginn von Donald Trumps zweiter Amtszeit haben wir gesehen, dass dies nicht reine Fiktion ist, sondern ein konkret verfolgtes Szenario.

All das bedeutet nicht unbedingt, dass wir KI nicht nutzen sollten. Aber wir sollten uns dessen bewusst sein, insbesondere wenn wir darüber sprechen, dass wir KI im Sinne des Gemeinwohls einsetzen. Und wir sollten uns überlegen, wie wir diese Bedingungen politisch verändern oder unsere individuelle Nutzung anpassen können.

Ist KI als ein Werkzeug zu betrachten, das man zu verschiedenen Zwecken einsetzen kann, nützlichen wie schädlichen?

Das Bild von KI als Werkzeug greift viel zu kurz. Es verdeckt die hohe Komplexität, die dahintersteht. KI ist ein Sammelbegriff für ganz unterschiedliche Arten von Technologien. Diese sind miteinander verbunden über ein riesiges Netzwerk an materiellen Strukturen, beispielsweise Rechenzentren und die industrielle Infrastruktur, in denen die Data Worker arbeiten. Der Einsatz dieser Technologien geschieht zudem unter sehr schwierigen gesellschaftlichen Grundbedingungen, die uns vor das oben beschriebene Dilemma stellen, wenn wir KI im Sinne von Nachhaltigkeit und Gemeinwohl nutzen möchten.

Das bringt uns zurück zu der von Ihnen entwickelten Audit-Methode zur Beurteilung von KI-Projekten. Wie läuft das ab?

Zunächst identifizieren wir mit unseren Partnern Greenpeace und Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland in Frage kommende Projekte und führen Vorgespräche darüber, ob ein Audit stattfinden kann. Es ist wichtig, dass ein KI-System

bereits im Einsatz ist, nicht erst in der Forschungsphase. Dann fragen wir Dokumente an und führen Interviews. Uns interessiert beispielsweise, welche Ziele die Projekte verfolgen und wie diese Ziele überprüft werden. Wir werfen aber auch einen Blick auf die technische Infrastruktur und betrachten den ökologischen Fußabdruck.

Insgesamt stellen wir mehr als 200 Fragen, auch solche: Haben Nutzer*innen die Möglichkeit, direkt Kontakt mit einem Projekt aufzunehmen? Können sie Kritik an einem Projekt üben, wenn sie von einer Anwendung betroffen sind und ein Problem sehen? Wie wurden Entscheidungen über das Design des Systems getroffen und auf Basis welcher Argumente? Das geht deutlich tiefer als ein herkömmliches Impact Assessment. Wir möchten den Kontext der Projekte genauer verstehen und haben dafür verschiedene bereits existierende Methoden in unser Modell integriert.

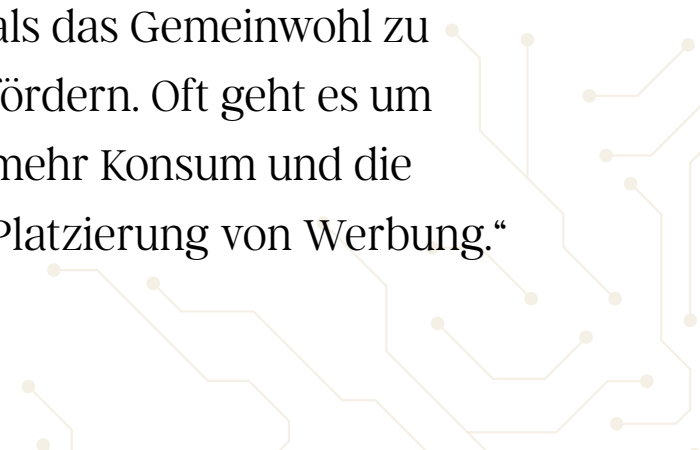
Wie werten Sie die Daten aus?

Teils analysieren wir den Inhalt qualitativ, teils werten wir Metriken und Zahlen aus. Dann bewerten wir einzelne Aspekte des Projekts auf einer fünfstufigen Skala. Die Kriterien dafür sind inspiriert von jenen, die die UN für ihre eigenen KI-Projekte definiert hat, den UN Principles for the Ethical Use of AI. Dazu zählt zum Beispiel, ob ein System notwendig und angemessen ist, also ob es nicht einen viel einfacheren Weg gäbe, das besagte Problem zu lösen. Auch andere Aspekte spielen eine Rolle, etwa Sicherheit, Diskriminierung, menschliche Kontrolle, Transparenz und Datenschutz.

An wen richtet sich Ihr Audit?

Wir haben bisher zwei Projekte von etablierten NGOs im Bereich KI und Demokratie auditiert: eines zur Bekämpfung von Desinformation, eines zu demokratischer Meinungsbildung. Demnächst folgt eines im Bereich Digitalisierung der

„Viele der KI-Systeme, die wir im Einsatz sehen, haben ganz andere Ziele, als das Gemeinwohl zu fördern. Oft geht es um mehr Konsum und die Platzierung von Werbung.“



Verwaltung. Bisher haben wir uns auf solche Projekte beschränkt, die den Anspruch haben, zu mehr Nachhaltigkeit und Gemeinwohl beizutragen. Man könnte aber auch andere Projekte mit denselben Kriterien beurteilen.

Erkennen Sie bei führenden KI-Unternehmen ein Interesse, die eigenen Produkte nach solchen Kriterien zu bewerten?

Im Rahmen des globalen Trends zu generativer KI erleben wir eher eine gegenläufige Bewegung: Nachhaltigkeit und Gemeinwohl werden hintenangestellt. Das zeigt sich auch an den Nachhaltigkeitsberichten der Big-Tech-Unternehmen selbst, wo bereits gesetzte Ziele revidiert wurden. Viele der KI-Systeme, die wir im Einsatz sehen, haben ja ganz andere Ziele, als das Gemeinwohl zu fördern. Oft geht es um mehr Konsum und die Platzierung von Werbung, teils aber auch um die Verbreitung von Desinformation. Auch Kontrolle und Überwachung sind zunehmend Einsatzfelder, in denen die KI-Entwicklung den Prinzipien von Gemeinwohl und Nachhaltigkeit entgegenläuft.

Aber gerade wegen dieser Entwicklungen hat Europa die Chance und die Verantwortung, eine andere KI-Vision und

ein anderes KI-Ökosystem zu schaffen. Eines, in dessen Zentrum eine alternative Zukunft steht, basierend auf Demokratie und Nachhaltigkeit.

LINK

Projekt „Impact AI“ am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft: hiig.de/project/impact-ai



THERESA ZÜGER

ist Leiterin des Forschungsschwerpunkts Gesellschaftliche Werte, Transformation und Künstliche Intelligenz am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft in Berlin.

zueger@hiig.de



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/
company/d-c-development-
and-cooperation](https://linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



ChatGPT, wie würdest du Entwicklungspolitik machen?

Was tun, wenn Geld knapp ist, aber die Probleme groß sind? Wir haben einem der verbreitetsten KI-Chatbots eine der drängendsten Fragen der Entwicklungszusammenarbeit gestellt. ChatGPT empfiehlt: Die EZ sollte Wirkung und Risiken abwägen wie ein Investor. Aber lesen Sie selbst.

CHATGPT IM INTERVIEW MIT DER E+Z-REDAKTION

Anmerkung der Redaktion: Dieses Interview ist ein Experiment, das im besten Fall Denkanstöße geben soll. Die Antworten wurden teilweise gekürzt, darüber hinaus aber nicht inhaltlich bearbeitet, etwa im Rahmen eines Faktenchecks. Die KI wurde nicht voreingestellt oder trainiert.

Ich möchte mit dir über Entwicklungspolitik sprechen. Was tun mit 100 Milliarden Dollar?

Spannende Frage. 100 Milliarden Dollar sind etwa das Niveau der jährlichen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit großer Geberländer – also genug, um strukturell etwas zu verändern, aber nicht genug, um „alle Probleme“ zu lösen. Ich würde das Geld nicht als ein einziges Projekt verstehen, sondern als strategisches, zehnjähriges Transformationsprogramm mit klaren Prioritäten, Hebelwirkung und messbaren Zielen.

1. Klima & Anpassung – 30 Milliarden

Ziel: 200 Millionen Menschen erhalten Zugang zu sauberer Energie; messbar reduzierte Klimarisiken.

2. Gesundheitssysteme stärken – 20 Milliarden

Ziel: Deutliche Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit in Schwerpunktländern.

3. Bildung & digitale Infrastruktur – 20 Milliarden

Ziel: 50 Millionen zusätzliche Kinder mit hochwertiger Grundbildung.

4. Wirtschaft & Jobs – 20 Milliarden

Ziel: Millionen produktive Arbeitsplätze.

5. Governance & Institutionen – 10 Milliarden

Ziel: Mehr eigene Staatseinnahmen und bessere Rechenschaftspflicht.

Man könnte die 100 Milliarden auch radikal anders einsetzen: direkte Bargeldtransfers (à la GiveDirectly), massive Beiträge an multilaterale Fonds wie den Global Fund, Klimafinanzierung über den Green Climate Fund, Bildungspartnerschaften mit UNICEF. Jede dieser Optionen hätte unterschiedliche Effekte auf Effizienz, Sichtbarkeit, politische Kontrolle und Systemveränderung.

Mich interessiert deine Perspektive: Soll das Geld Armut direkt reduzieren, globale Stabilität sichern, Migration mindern, Klima schützen – oder primär wirtschaftliches Wachstum erzeugen? Je nach Ziel würde ich die 100 Milliarden ganz anders verteilen.

Es sollte so verteilt sein, dass aus den begrenzten Mitteln möglichst große Verbesserungen für die Menschen erreicht werden.

Dann würde ich die Mittel strikt nach Kosten-Wirksamkeit priorisieren – also dort investieren, wo pro Dollar die größte messbare Verbesserung von Lebensjahren, Einkommen oder Bildung entsteht. Das spricht stark für evidenzbasierte Maßnahmen wie Entwurmungsprogramme, Impfkampagnen, Bargeldtransfers und Basisgesundheitsversorgung. Ein Teil sollte in systemische Reformen (zum Beispiel Steuerverwaltung, digitale Verwaltung) fließen.

Das ist interessant. In deiner ersten Antwort lag der Fokus noch auf Klima, und du hättest auch viel für Bildung und Wirtschaft ausgegeben. Wieso setzt du die Schwerpunkte anders, wenn es um Wirksamkeit geht? Sind die anderen Maßnahmen nicht wirksam?

Gute Beobachtung – der Unterschied liegt nicht darin, dass Klima, Bildung oder Wirtschaft „unwirksam“ wären, sondern im Zeithorizont und in der Messbarkeit der Wirkung.

Wenn das Ziel allgemein „Transformation“ ist, sind Investitionen in Energie, Bildungssysteme oder Wirtschaftsstrukturen plausibel. Wenn du aber explizit sagst: „Mit begrenzten Mitteln möglichst große Verbesserungen pro Dollar“, dann verschiebt sich der Maßstab auf kurz- bis mittelfristig messbare, kausale Effekte – und dort schneiden viele Basisgesundheits- und Armutsinterventionen empirisch extrem gut ab.

Die normative Frage dahinter ist spannend: Zählt nur die kurzfristig messbare Wirkung – oder auch strukturelle, langfristige Veränderungen trotz höherer Unsicherheit?

Wie würdest du diese Frage beantworten?

Ich würde weder rein kurzfristig noch rein strukturell entscheiden, sondern portfolio-basiert vorgehen – ähnlich wie ein Investor mit Risikoabwägung. Ein großer Anteil (zum Beispiel 60-70 %) sollte in hochgradig evidenzbasierte, sofort wirksame Maßnahmen fließen, weil sie zuverlässig Leid reduzieren und extrem kosteneffektiv sind. Ein kleinerer, aber signifikanter Anteil (30-40 %) sollte in strukturelle Transformation gehen – etwa Energieinfrastruktur, Institutionen oder Bildungssysteme –, auch wenn die Wirkung unsicherer ist, weil dort die potenziellen Langfristerträge enorm sind. Ich würde messbare kurzfristige Wirkung priorisieren, aber strukturelle Hebel systematisch mitfinanzieren, um zukünftige Wirkung zu vervielfachen.

„Ich würde weder rein kurzfristig noch rein strukturell entscheiden, sondern portfolio-basiert vorgehen – ähnlich wie ein Investor mit Risikoabwägung.“

Wie kommst du zu dieser Beurteilung?

Ich komme dazu über drei Überlegungen:

1. Moralische Intuition unter Knappheit

Wenn Mittel begrenzt sind, wiegen vermeidbare Todesfälle oder extreme Armut sehr schwer. Maßnahmen mit klar nachgewiesener Wirkung erzeugen pro Dollar oft sehr große, sichere Verbesserungen – das spricht ethisch für eine starke Gewichtung kurzfristig messbarer Effekte.

2. Unsicherheit und Risiko

Strukturelle Reformen (Energie, Institutionen, Wirtschaft) können enorme Langfristwirkungen haben, aber sie sind politisch, institutionell und kontextuell riskanter. In unsicheren Umfeldern ist Diversifikation rational: ein Teil sichere Rendite, ein Teil langfristige Wetten.

3. Intergenerationelle Fairness

Nur kurzfristig zu optimieren, ignoriert zukünftige Generationen. Nur langfristig zu investieren, ignoriert akutes Leid heute. Ein Portfolio-Ansatz balanciert beides und reduziert das Risiko moralischer Einseitigkeit.

Wie sieht es aktuell bei den großen Geberländern aus, stimmt deren Mittelverteilung mit deinen Vorschlägen überein?

Die aktuellen Muster der großen Geberländer stimmen nur teilweise mit meinem Vorschlag überein. Daten der OECD zeigen, dass bei der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) traditionell Gesundheit, humanitäre Hilfe, Infrastruktur, Governance und Bildung zu den größten Sektoren gehören. Allerdings sind große Teile der ODA nicht strukturell, etwa Ausgaben für Flüchtlinge in den Geberländern oder geopolitisch motivierte Transfers. Im Zeitvergleich ist Bildung in vielen Geberländern anteilig gesunken, während Gesundheit nach den Pandemiehöhepunkten wieder zurückgeht und Governance/Politik sowie kurzfristige humanitäre Hilfe wieder wichtiger werden.

Das heißt: Mein Ansatz – Mischung aus wirksamkeitsstarken Basisinterventionen und langfristigen strukturellen Investitionen – ist in Teilen reflektiert. Aber strukturelle Investitionen erhalten in der aktuellen Praxis oft weniger Fokus oder werden durch geopolitische Prioritäten überlagert.

Was halten Sie, liebe Leser*innen, von diesen Vorschlägen? Schreiben Sie uns an euz.editor@dandc.eu